

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

**Abonnements-Bedingungen:**  
 Abonnement - Preis halbjährlich 1  
 Vierteljährlich 2,30 Mk., monatlich 1,10 Mk.,  
 wöchentlich 25 Pf. frei ins Haus.  
 Einzelne Nummer 6 Pf. Sonntags-  
 nummer mit illustrierter Sonntags-  
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-  
 Abonnement: 1,10 Mark pro Monat.  
 Eingetragen in die Post-Zählungs-  
 Preisliste. Unter Kreuzband für  
 Deutschland und Oesterreich - Ungarn  
 2 Mark, für das übrige Ausland  
 3 Mark pro Monat.

Erscheint täglich außer Montags.

**Die Insertions-Gebühr**  
 beträgt für die sechsgeheilene Koloniel-  
 gelle oder deren Raum 40 Pf. für  
 politische und gesellschaftliche Vereins-  
 und Versammlungs-Anzeigen 25 Pf.  
 „Kleine Anzeigen“, das erste (stetig-  
 gedruckte) Wort 10 Pf., jedes weitere  
 Wort 5 Pf. Worte über 15 Buchstaben  
 zählen für zwei Worte. Inzerate für  
 die nächste Nummer müssen bis 6 Uhr  
 nachmittags in der Expedition abgegeben  
 werden. Die Expedition ist an Wochen-  
 tagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und  
 Feiertagen bis 8 Uhr vormittags geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.  
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Dienstag, den 9. Februar 1904.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.  
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

### Emil Rosenow.

Garter Verlust trifft unsre Partei.

Vor drei Wochen erlachte schwere Krankheit unsren Freund Emil Rosenow. Wir hofften, die jugendliche Kraft werde der Krankheit Herr werden, doch in den letzten Tagen verschlimmerte sich sein Zustand und ärztliche Hilfe erwies sich als ohnmächtig. Am Sonntagvormittag erlag er der Krankheit.

Ein jähes Geschick reißt einen Mann dahin, der in reichster Jugendkraft unter uns stand, den die reichste Zukunft erwartete. Nicht ward es ihm gegönnt sich auszuleben und auszuschaffen, um nach vollbrachter Arbeit zu ruhen, allzu grausam ist diesem Leben das Ende gefehrt, gerade da es zur vollsten Entfaltung erblickte. Fast scheint es unmöglich, daß so frische Jugend so schnell dahinwelken, so viel Hoffnungen so plötzlich zusammenbrechen können.

Ergrüttert steht die deutsche Arbeiterchaft an der Bahre dieses Mannes, dessen Herz ihr gehörte und dessen Wirken viel gute Frucht versprach!

Emil Rosenow ist unter den Vorkämpfern unsrer Partei einer der Allerjüngsten. Wenn sein Name dennoch schon seit fast einhalb Jahrzehnten wachsende Bedeutung gewann, so geschah es, weil er schon in seinen jungen Jahren die Ueberzeugungsfestigkeit und die Kampfesfähigkeit gewann, durch die der Sproß des Proletariats in unsre Reihen, in die vordersten Reihen geführt wurde.

Er war ein Proletariatskind. Am 9. März 1871 in Köln geboren, erlebte er die Kindheit der Armut und der Entbehrungen. Die Eltern starben, da er noch ein Knabe war. Er besuchte die Volksschule und trat dann in ein kaufmännisches Geschäft. Die Eindrücke der Jugend, der helle Sinn, in dem er sie aufnahm, die begeisterungstriebe Seele, die in ihm lebte, führten den noch nicht Zwanzigjährigen zur Arbeiterbewegung, zu den Idealen der Sozialdemokratie. Wagemutig stürzte sich der Jüngling in den Kampf, der seine Zeit erfüllt und der seines Lebens Inhalt wurde. Schon bald war er in Versammlungen als Redner thätig und ebenso bald erwies er, daß er die Feder zu führen verstand. Die Redaktionen der Parteiblätter, an die er sich wandte, erkannten in seinen Beiträgen viel Gewandtheit, viel Fleiß, viele Kenntnisse; er wurde gern empfangener Mitarbeiter der „Sächsischen Arbeiter-Zeitung“ in Dresden und der „Fränkischen Tagespost“ in Nürnberg. Im Jahre 1891 bereits trat er vollständig in die Parteithätigkeit ein, indem er einem Rufe nach Chemnitz folgte, wo er die Redaktion unsres Parteiblattes, des damaligen „Beobachter“, übernahm.

In dieser Thätigkeit blieb Rosenow bis 1898. Das war die Zeit seiner Entwicklung zum ganzen Kämpfer in der Partei. Er gewann sich durch Eifer und Thätigkeit das Vertrauen der Chemnitzer Arbeiterchaft nicht nur, sondern weit hin über die Nachbargemeinde ging sein Wirken und besonders hin auf die Bezirke des Erzgebirges, dessen armes Volk ihm besonders in das Herz wuchs. Ein unermüdlicher Kämpfer des Sozialismus stieg er in die fernsten Dörfer des Gebirges, durch Regen, Schnee und alle Wetter schlug er sich, um der bitterarmen Bevölkerung von Holzarbeitern, Webern, Strumpfwirkern das Wort der Ermahnung und Aufrichtung zu bringen. Seiner Arbeit als Redakteur und als Agitator verdankt unsre Partei in Chemnitz und in den benachbarten Landstrichen überaus viel.

Die Gegner erkannten denn auch bald in dem besichtigten Jüngling einen Umstürzler von besonderer Gefährlichkeit. Die sächsischen Gerichte und Verwaltungsbehörden widmeten ihm ihre volle Aufmerksamkeit. Es ereilten ihn kleinere und größere Gefängnisstrafen, wir erinnern uns insbesondere einer Bestrafung mit drei Monaten Gefängnis wegen „Verächtlichmachung von Staatseinrichtungen“, welche Bestrafung noch ein Nachspiel herbeiführte, das in den Spielen der sächsischen Reaktion einen besonderen Platz gewann. Rosenow wurde — es war im Sommer 1896 — als „Vorbestrafter“ durch die Chemnitzer Amtshauptmannschaft aus allen Dörfern, die um Chemnitz liegen, auf die Dauer von zwei Jahren ausgewiesen, also in Chemnitz interniert. In diesen Dörfern gerade hatten unsre Parteigenossen ihre Versammlungslokale, und die Behörde erklärte in ihrer Weisheit, daß der Vorbestrafte in diesen Orten in besonderem Grade Gelegenheit zur Wiederholung von Rechtsverletzungen habe. Es wurde im Fall der Zuwiderhandlung „zwangsweise Ausbringung“ und acht tägige Haftstrafe angeordnet. Die obere Behörde bestätigte die Maßregel, die natürlich, so unangenehm sie zunächst unsren Genossen traf, ihm nur neue Sympathien bei den Arbeitern erwarb.

Inmitten dieser eifrigen politischen Betätigung und trotz aller feindlichen Verfolgungen erhielt sich der vielseitige Jüng-

ling die Möglichkeit, sich auch literarisch zu entwickeln und zu betätigen. Künstlerische Neigungen und Fähigkeiten lebten in ihm gleich stark wie die politischen. Früh keimte in ihm der Gedanke, das große Leben der modernen Arbeiterklasse auch in der Dichtung darzustellen. Er schrieb die Romane „Frühlingsstürme“ und „Die Lüge“, in deren Gestalten die sozialen Kämpfe unsrer Zeit sich spiegeln. Viele unsrer Parteiblätter gaben diese Romane wieder und machten so ihren Verfasser zu einem Vertrauten der ganzen deutschen Arbeiterchaft.

Als die Reichstagswahlen von 1898 kamen, übertrugen ihm die Genossen des 20. sächsischen Wahlkreises Ischopau-Marienbergr die Kandidatur. Der Kreis war zuvor in konservativen Händen, und es war eine schwierige Aufgabe, ihn zu bearbeiten und zu gewinnen. Nicht zum geringsten durch Rosenows unermüdliche Arbeit, durch sein zündendes Wort gelang es, den Kreis — mit nur sehr geringer Majorität — zu erobern.

Rosenow siedelte nun nach Berlin über. Er — der Benjamin des Reichstages — nahm sichigen Anteil an parlamentarischen Leben und besonders wurden die Specialfragen des kaufmännischen Berufes das Gebiet, auf dem er hervortrat. Er gehörte der Kommission an, welche die Vadenstschuß-Novelle behandelte, und sprach wiederholt wirksam für den Schutz der Angestellten im Handelsgewerbe. Zugleich bewährte er sich in zahlreichen Berliner Versammlungen als Redner und wurde so auch unsern Berliner Genossen ein guter Freund. Die freundliche Lebenswürdigkeit seines Wesens öffnete ihm alle Herzen. Wen immer dieser prächtige Mensch traf, den eroberte er im Fluge.

Dabei verblieb er in guten Beziehungen zu den sächsischen Parteiverhältnissen und in stetiger Fühlung mit seinem Wahlkreise. Bei der letzten Wahl im Juni 1903 erneuerte sich der Wahlkampf in diesem Kreise auf das heftigste. Die vereinigten Gegner hofften durch die reichen Geldmittel des Generalsekretärs Jense, ihres Kandidaten vom Scharfmacherverband, unsrer Partei den Kreis wieder zu entreißen, aber die Arbeiterchaft wählte ihren Rosenow von neuem und mit weit überholender Majorität; Rosenow erhielt 13 616 Stimmen gegen 9076 gegnerische. Mit uns andern jubelte der Sieger zu den herrlichen Erfolgen über die sächsische Reaktion, an deren Erringung er zu gutem Teil mitgewirkt hatte.

Während der letzten Jahre war Rosenow zugleich ein fleißiger Mitarbeiter unsrer Presse geblieben. Er schrieb für sächsische Partei-Organe und auch der „Vorwärts“ erhielt aus seiner Feder manch guten Beitrag. Desgleichen fehrte er seine literarische Produktion fort; die „Neue Welt“ veröffentlichte häufig gute kulturhistorische Studien und in der Unterhaltungsbeilage unsres Blattes erzeute er oft durch realistische Bilder aus dem ihm heimatisch gewordenen Leben der arbeitenden Bevölkerung des Erzgebirges; das waren köstliche Wirklichkeitsbilder, vergolbet durch sonnigen Humor, den der Sohn des Rheinlandes sich inmitten harter Kämpfe bewahrte.

Und gerade in neuester Zeit wurde seinem künstlerischen Schaffen schöner Erfolg. Die volkstümliche Charakterkomödie „Rater Lampe“, deren Stoff und Ton er ebenfalls von seinen Erzgebirgsbüden geholt hatte, fand weit hin die Anerkennung der literarischen Öffentlichkeit. Dem tapferen Kämpfer des Volks ward der Lorbeer des Dichters und strenge Kritik verstandete unserm Genossen bedeutende Zukunft.

Troh des Erreichten und lebendvoll zu neuen mannigfaltigen Arbeiten schreitend sahen wir unsern Freund noch vor kurzem in unsrer Mitte. Nach heftigem Mühen schien ihm sich die sonnige Höhe zu öffnen. . . Da ergriß ihn das tragische Geschick. . .

Unvollendet liegen in seinem Vult mancherlei Arbeiten. Zu Dreifünfteln ist ein Buch über die Geschichte des Papsitums und der Mönchsorden, die demnächst im Vorwärtsverlage erscheinen sollte, vollendet. Ein Drama liegt fertig, mancherlei Entwürfe harreten der vollendenden Hand. Aus der Fülle all dieser Thätigkeit ward er dahingerafft!

Wie viel Treffliches und Schönes durften wir von diesem jugendlich ragenden Manne erwarten! Es soll nicht sein. Er ist von uns gerissen.

Am seiner Bahre tranert mit der jungen Witwe und dem fünfjährigen Töchterchen, das er hinterläßt, die deutsche Arbeiterchaft.

Die deutsche Arbeiterchaft, schmerzvoll bewegt, dankt dem ihr allzufröh Entzissenen für alle Kämpfe, die er für sie gekämpft, für alle Erfolge, die er für sie errangen.

Du bist von uns genommen, lieber Genosse und Freund! Doch Dein Angebenken bleibt in unserm Herzen!

### Krieg in Ostasien.

Was von dem einschätigen, durch die von Berlin und Paris aus betriebene diplomatische Vertuschungs- und Fälschungstaktik nicht getäuschten Beobachter der ostasiatischen Krise für jeden Augenblick erwartet werden mußte, ist inzwischen eingetreten: die diplomatischen Beziehungen zwischen Petersburg und Tokio sind abgebrochen worden, der Ausbruch der Feindseligkeiten ist damit in unmittelbare Nähe gerückt. Ob Japan erst noch eine besondere Kriegserklärung erlassen wird — Rußland scheint die Abberufung des japanischen Gesandten nicht durch eine Kriegserklärung beantworten zu wollen, um bis zum letzten Augenblick den Schein der „Friedensliebe“ zu wahren — ist fraglich. In der Kriegsgeschichte der neuesten Zeit sind Kriegserklärungen nur in Ausnahmefällen ergangen, Japan beriefte also keineswegs gegen das Völkerecht, wenn es nunmehr ohne weiteres zum Angriff überginge. Es brauchte deshalb in keiner Weise zu überraschen, wenn uns der Telegraph meldete, daß die ersten Schüsse bereits gewechselt worden seien.

Die Nachricht von der

Abberufung des japanischen Gesandten in Petersburg erfolgte durch folgende vom „Regierungsböden“ veröffentlichte Circulardepeche des Ministers des Aeußern an die russischen Vertreter im Auslande vom 6. Februar:

„Im Auftrage seiner Regierung übergab der japanische Gesandte am allerhöchsten Hofe eine Note, welche die kaiserliche Regierung von der Entscheidung Japans in Kenntnis setzt, weitere Verhandlungen einzustellen und den Gesandten und das ganze Gesandtschaftspersonal aus Petersburg abzurufen. Infolgedessen beliehte es seiner Majestät dem Kaiser allerhöchst zu befehlen, daß der russische Gesandte in Tokio mit dem gesamten Personal der kaiserlichen Mission unverzüglich die Hauptstadt Japans verlasse. Eine derartige Handlungswaise der Tokioer Regierung, welche nicht einmal das Eintreffen der dieser Tage abgeordneten Antwort der kaiserlichen Regierung abwartete, wälzt Japan die ganze Verantwortung für die Folgen zu, welche durch den Abbruch der diplomatischen Beziehungen zwischen beiden Reichen entstehen können.“

Die Behauptung, daß Rußland bis zum letzten Augenblick bemüht gewesen sei, den Frieden zu erhalten, daß dagegen Japan bestrebt gewesen sei, um jeden Preis den Krieg zu provozieren, wird dann von der „Kosowo Wremje“ ausführlicher wiederholt:

Drei Monate bemühte sich die russische Diplomatie, die japanischen Vorschläge friedliebend zu prüfen und alle möglichen Zugeständnisse zu machen, welche zulässig sind, ohne die Würde Rußlands zu schädigen. Rußland wurde beschuldigt, daß es die Verhandlungen zum Zwecke kriegerischer Vorbereitungen hinzühe. Obne sich durch niedrige Verleumdung betrunken zu lassen, erfüllte Rußland seine Pflicht gewissenhaft im Vertrauen auf die Gewissenhaftigkeit des Gegners. Wie es sich erweist, war der ganze Kostenwechsel eine Komödie. Japan, nicht Rußland, mußte den Moment abwarten, bis zwei in Italien gekaufte Kreuzer die chinesischen Gewässer erreichten. Die Kreuzer haben Singapores erreicht; die Japaner warfen die Maske ab; sie warteten nicht einmal die russische Antwortnote ab, sondern beriefen die Gesandten ab. Die Asiaten zeigten sich als Asiaten, sie vermochten nicht einmal den äußeren Anstand zu beobachten. Die Geschichte kennt keinen Fall eines ähnlichen Betragens. Wir sind überzeugt, daß die öffentliche Meinung Rußlands den Japanern die gebührende Antwort geben wird. Der Abbruch der diplomatischen Beziehungen bedeutet noch nicht Krieg. Die Geschichte kennt Beispiele des Abbruchs der Beziehungen auf Jahre ohne nachfolgenden Krieg. Solche Beispiele aber sind selten. Bei normalem Gang der Dinge bedeutet der Abbruch der diplomatischen Beziehungen entweder den Beginn eines Krieges oder die Notwendigkeit der Vermittlung dritter Mächte. Somit stehen wir mit dem heutigen Tage vor drei Lösungen: Krieg, Vermittlung oder sich in die Länge ziehender Konflikt. Letzterer ist am wenigsten wahrscheinlich. Die Interessen beider Staaten sind allzu intensiv und allzu entgegengefeht, als daß die Möglichkeit zugelassen werden könnte, sie im Wege faktischer Besitzergreifungen in Einklang zu bringen. Vermittlung wird wahrscheinlich nicht eintreten. Somit bleibt die ultima ratio der Völker und Staaten. Eines nur scheint unzweifelhaft: nach dem gestrigen Schritt der Japaner wird es kein ehrenhafter Ausländer für möglich halten, uns aggressiver Haltung zu beschuldigen. Rußland steht an der Grenzscheide großer Ereignisse. Jeder Sohn Rußlands ohne Unterschied der Ueberzeugungen wird heute bewußt und aufrecht sagen: Die Japaner haben es selbst gewünscht. So sei es. Gott helfe uns.“

Es verlohnt kaum, dieser feindsidigen Deusehele die ja allgemein bekannten Thatsachen gegenüberzusetzen. Es stellt den Bispel unverschämter Verdrehungen dar, Japan eines in der Geschichte beispiellosen Freubruches zu zeihen. Thatsache ist nur, daß Rußland seit Monaten bemüht gewesen ist, die Entscheidung in Ostasien hinauszuziehen. Natürlich nicht im Vertrauen auf die Einfalt Japans, sich durch belanglose Zugeständnisse vorläufig abspesen zu lassen, sondern im Interesse der mit fieberhaftem Eifer betriebenen russischen Rüstungen. Was Japan verlangte, verlangte mußte und zu verlangen berechtigt war, war Rußland seit Beginn der Verhandlungen ganz genau bekannt: die Räumung der Mandchurci. Wollte Rußland im Besitz der Mandchurci, so war Japans Position nach wie vor bedroht. Die Mandchurci zu räumen — nicht nur

auf dem Papier, sondern in Wirklichkeit — fiel Rußland aber keinen Augenblick ein. Dies Zugeständnis dürfte auch die berühmte letzte Antwortnote Rußlands nicht enthalten. Rußlands ganze Taktik lief also darauf hinaus, Zeit zu gewinnen, um seine Macht in Ostasien derart zu stärken, daß es später Japans Drängen höhnisch abwischen konnte. Zudem war Rußland gerade in der letzten Zeit ernstlich genug, seine Rüstungen und Truppenkonzentrationen an der koreanischen Grenze offen zuzugehen. Während es die japanische Diplomatie, die auf Verantwortung ihrer letzten Note drängte, Woche um Woche hinhielt, gab es ihr durch die Blume zu verstehen, daß es nunmehr ja getrost die Lösung der Frage, die der Diplomatie nicht gelingen wollte, dem Entscheid der Waffen überlassen könne. Es blieb den russischen Offizieren in Berlin und Paris vorbehalten, die Ehrlichkeit der russischen Friedensbemühungen zu preisen und über Japans Mißtrauen und Drängen erstaunt zu thun — trotz Rußlands schamlosem Vertragsbruch in der Mandchurei, trotz der frechen Annexion jenes Gebietes, das Rußland 1895 mit Hilfe Frankreichs und Deutschlands (!) Japan erst abgejagt hatte!

#### Japanische Kundgebungen gegen die russischen Beschimpfungen.

Die diplomatischen Vertreter Japans sind die Antwort auf die heuchlerischen Beschimpfungen Japans durch die russischen offiziellen und halb-offiziösen Erklärungen natürlich nicht schuldig geblieben. Herr Biliers, dem diplomatischen Mitarbeiter des „Temp“, erklärte ein Mitglied der japanischen Gesandtschaft in Paris:

„Baron Komura hat gestern keine Note von Baron Rosen erhalten; keine Antwort der russischen Regierung ist meiner Regierung zugestellt worden. Die „Habas“-Depesche, die das meldete, begibt einen Irrtum. Wir haben die Antwort, die wir erwarteten, nicht erhalten, und weil wir nichts erhalten, haben wir uns für ein thätkräftiges Vorgehen entschlossen. Rußland hat es dahin treiben wollen und trägt allein die Verantwortung. Rußland hat, unsere letzte Note vom 13. Januar spätestens am 15. empfangen, seither sind 25 Tage verstrichen. Wiederholt hat Herr Kurino den Grafen Lamdorff gedrängt, um eine Antwort zu erhalten, diese Antwort ist mehrmals versprochen worden, aber nie gekommen. Anfangs der vorigen Woche wurde sie uns in bestimmtester Form angekündigt; nichts erfolgte. Inzwischen wurden die militärischen Rüstungen fortgesetzt und Truppen am Jalu angehäuft. Nach mehr als dreiwöchentlichem geduldigen Warten hat man in Tokio geglaubt, daß es nun genug wäre.“

Der Mitarbeiter des „Temp“ fragt: Der Inhalt der russischen Note ist also nicht die Ursache des Bruches? Das Mitglied der japanischen Gesandtschaft, offenbar der Gesandte selber, antwortet: Wir kennen noch nicht den Inhalt der Note. Die Ursache des Bruches ist erstens das Hinanszögern Rußlands, das wir für beleidigend halten, zweitens die bedrohliche Lage, in die wir durch die militärischen Maßnahmen in der Mandchurei und Korea geraten. Die Russen haben in allem kein ehrliches Spiel gespielt.“

Ähnlich wie der japanische Gesandte in Paris hat sich auch der japanische Gesandte in London geäußert:

„Japan und Rußland sind nun im Kriegszustand. Ich habe diese Nachricht bereits in den letzten Tagen erwartet, habe aber bis jetzt noch keine offizielle Benachrichtigung. Wir treten in den Kampf, durch das Gesez der Selbsterhaltung gezwungen. Es scheint richtig, daß meine Regierung den entscheidenden Entschluß gefaßt hat, ohne Rußlands Antwort auf die letzte Note abzuwarten. Rußlands Verhinderung ist für die Wendung, welche die Dinge genommen haben, ausschließlich die Dinge beizumessen. Während der letzten vierzehn Tage haben wir täglich Petersburg um Antwort ersucht und haben täglich zur Antwort erhalten, daß die Note sofort abgehen würde. Während wir gewartet haben, hat Rußland seine Position verstärkt und seine Armeen eine strategische Position längs des Jaluflusses nehmen lassen. Wir können unmöglich länger diesem feindlichen Vorgehen zusehen, das unsere Existenz bedroht. Es ist uns nichts übrig geblieben, als die Angelegenheit nunmehr selbst in die Hand zu nehmen und technisch gesprochen die Kriegsinitiative zu ergreifen. Ein unmittelbarer casus belli als solcher existiert nicht. Aber die ganze Welt weiß, wofür wir stehen.“

#### Die Situation in Ostasien.

London, 8. Februar. „Standard“ berichtet aus Tokio, in Japan herrsche eifrige Thätigkeit, die Eisenbahnen schaffen mit großer Beschleunigung Truppen nach den Einschiffungshäfen. Die Straßen der Hauptstadt wimmelten von Soldaten. — Nach der „Daily Mail“ werden der russische Gesandte Baron v. Rosen, das Gesandtschaftspersonal und der Generalkonsul in Yokohama am Freitag abreisen. Am Sonntag hat in Tokio eine lange außerordentliche Sitzung des Kabinetts stattgefunden. Der russische Gesandte soll vor der Abreise vom Kaiser nochmals in Audienz empfangen werden. — „Daily Telegraph“ erzählt aus Tokio, ein den Jiji-Schimpf aus Shanghai zugegangenes Telegramm besage, daß die Russen den chinesischen Konsulenten des Zollkommissars in Kiutschang entfernt und an seiner Stelle den russischen Beamten Stepanoff angestellt hätten. Es verlautete, daß russische Truppen bereits die Grenze überschritten hätten. — Die Vertretung der russischen Interessen in Tokio soll nach demselben Blatte dem österreichisch-ungarischen Gesandten übertragen worden sein. — Die „Times“ melden aus Tokio, das russische Kanonenboot „Mandschur“ liege zur Zeit im Dod in Nagasaki. Wahrscheinlich werde es nicht im Stande sein, den Hafen vor Ausbruch der Feindseligkeiten zu verlassen.

#### Frankreich und Rußland.

Während die französische Regierung im Verlaufe des bisherigen Konflikts durch die von ihr inspirierte Presse eine rußland-freundliche Haltung eingenommen hat, nimmt die Presse angesichts des nunmehr eingetretenen Kriegesalles eine geteilte Haltung ein:

Die linksrepublikanischen Blätter weisen jede Idee an eine Beteiligung Frankreichs am Kriege weit zurück, wie der „Radical“, sprechen ungern von dem unerfüllbaren russischen Ehrgeiz, von russischer Ländergier. Dann ist die Kategorie der Blätter zu erwähnen, die, wie der „Matin“, „Eclair“, das „Petit Journal“, Japan alle Schuld zuschieben und den Russen die herzlichsten Wünsche in den Kampf mitgeben. „Rußland“, schreibt das „Petit Journal“, „verteidigt Europa und unsere Civilisation gegen den ersten Angriff der gelben Rasse, und schließlich ist als vereinzelter Phänomen der „Gaulois“ zu nennen, der in eine wahre Kriegsbegeisterung geraten ist und todesmutig schreibt: „Wenn gegen alle Wahrscheinlichkeit die Ereignisse, die im Alliance-Vertrag vielleicht vorhergesehen sind, uns zu einer weniger passiven Haltung nötigen, ließe es Frankreich beleidigen, wollte man nur einen Augenblick glauben, es könnte seine Unterschrift nicht anerkennen.“

Der vorzüglich unterrichtete „Petit Parisien“ schreibt: Frankreich werde bis zum letzten Augenblick bemüht sein, den Konflikt zu verhindern, und werde, wenn das unmöglich sei, den Konflikt zu lokalisieren trachten. Daß Delcassé momentan noch einen Versuch zu einer freundschaftlichen Ver-

mittlung mache, sei wahrscheinlich. Man hat indessen nur äußerst geringe Hoffnung, daß ein solcher Schritt irgend einen Erfolg haben kann.

Ueber die Tragweite des russisch-französischen Bündnisses besagt man auch in Paris keine Kenntnis.

Die „Agence Havas“ veröffentlichte am 10. März 1903 folgende halbamtliche Notiz:

Die diplomatischen Vertreter Frankreichs und Rußlands teilten am Mittwoch dem Minister des Aeußeren derjenigen Mächte, die das Protokoll vom 7. September vorigen Jahres unterzeichnet haben, folgende Erklärung mit: „Die verbündeten Regierungen Frankreichs und Rußlands, denen der englisch-japanische Vertrag vom 30. Januar 1902 zur Kenntnis gebracht worden ist, haben mit vorbehaltloser Befriedigung wahrgenommen, daß in diesem Vertrag, der abgeschlossen wurde, um den status quo und den allgemeinen Frieden im äussersten Orient zu sichern und die Unabhängigkeit Chinas und Koreas aufrecht zu erhalten, im wesentlichen dieselben Grundsätze anerkannt werden, die sie selbst zu wiederholten Malen aufstellten und die die Grundlage ihrer Politik bilden. Die beiden Regierungen sind der Ansicht, daß die Respektierung dieser Grundsätze zugleich als eine Garantie für ihre speziellen Interessen im äussersten Orient sich erweist. Gleichwohl sind sie genötigt, ihrerseits den Fall ins Auge zu fassen, in dem eine aggressive Aktion dritter Mächte oder neuer Wirren in China zu einer Gefahr für ihre Interessen werden könnten. Beide Regierungen behalten sich vor, eventuell auf die zu ihrem Schutz erforderlichen Mittel bedacht zu sein.“

Diese Verlautbarung ist so unbestimmt wie möglich gehalten. Inwiefern die französische Regierung durch den Kriegesfall zu Gunsten Japans sich engagiert fühlen könnte, ist daraus absolut nicht zu entnehmen. Jedenfalls hätte Frankreich alle Veranlassung, Rußland schon deshalb eine Unterstützung zu verweigern, weil es durch sein Verbleiben in der Mandchurei ja selbst den status quo verlegt hat.

Die französische Regierung wird sich einstweilen die Zeit nehmen, sich den Fall zu überlegen, um sich nicht durch Erklärungen in der Kammer vorzeitig festzulegen. Ein Pariser Telegramm meldet: Vor der heutigen Sitzung der Deputiertenkammer bildeten die Ereignisse im äussersten Osten das allgemeine Gesprächsthema in den Wandelgängen. Alle Abgeordneten sprachen sich dahin aus, daß es wünschenswert sei, daß der Minister des Aeußeren Ausschlag darüber gebe, welche Haltung Frankreich einnehmen werde, wollen ihm aber die Wahl des Zeitpunktes für eine solche Erklärung überlassen.

In dem morgen stattfindenden Ministerrat wird Minister Delcassé feststellen, in welchem Sinne er dem Deputierten Cochin auf dessen Frage über den russisch-japanischen Konflikt antworten werde. Deputierte aller Parteien sprachen einstimmig die Hoffnung aus, daß die europäischen Mächte sich dahin bemühen werden, daß der Konflikt lokalisiert bleibe.

#### England und Japan.

„Daily Mail“ erklärt in einem Artikel über den Abbruch der Beratungen zwischen Japan und Rußland: Japan verteidige augenblicklich nicht nur die eigenen Interessen, sondern auch diejenigen der ganzen, speziell aller Mächte, welche Interessen in der Mandchurei besitzen. Es verteidige das Princip der offenen Thür, für welches man jahrelang eingetreten sei. Die englischen Sympathien stehen auf Seiten Japans, England müsse bereit sein, seinen Verpflichtungen gegenüber Japan nachzukommen. Das Blatt fügt hinzu, der südafrikanische Krieg habe bewiesen, welchen Gefahren man sich aussetze, wenn man unvorbereitet in einen Krieg ziehe; England müsse sich auf alle Eventualitäten in Europa wie Ostasien beizeiten vorbereiten.

Bekanntlich verpflichtet der englisch-japanische Vertrag die beiden Kontrahenten nur dann, dem andern Teil zu Hilfe zu kommen, wenn eine dritte Partei in den Austrag des Konfliktes kriegerisch eingreift. Andererseits läge es natürlich im Interesse Englands, Japan auch dann bereits beizustehen, wenn sich der Erfolg auf die Seite Rußlands neigen sollte. Hat doch England alles Interesse daran, die Macht Japans, seines einzigen Bundesgenossen in Ostasien, nicht brechen zu lassen. Ein russischer Erfolg bedeutete die schwerste Bedrohung von Englands asiatischen Interessen. Nicht nur in China, sondern auch in Indien, Persien und Tibet. Gerade für den gegenwärtigen Augenblick des Abbruchs der diplomatischen Beziehungen zwischen Japan und Rußland ist es außerordentlich interessant, daß die englische Regierung ihren diplomatischen Schriftwechsel wegen Tibet veröffentlicht. Diese Schriftstücke ergeben, daß infolge der in den Jahren 1900/1901 vom Dalai Lama nach Petersburg gesandten Mission Großbritannien Rußland und China davon verständigt hat, daß es irgend welchen Maßnahmen, die darauf gerichtet seien, den bestehenden Zustand in Tibet zu ändern, nicht gleichgültig zusehen könne. Die indische Regierung hat unter dem 8. Januar 1903 die Reichsregierung benachrichtigt, daß der einzige Weg, der den britischen Interessen drohenden Gefahr zu begegnen, derjenige sein werde, daß Großbritannien die Initiative ergreife und Chinas Vorschläge wegen einer Konferenz annehme. Letztere sollte in Chassa und im Weisheit eines Vertreters der tibetianischen Regierung stattfinden. Die indische Regierung legte nahe, daß die Verhandlungen nicht nur die Frage der Grenze von Sikkim, sondern die Beziehungen zwischen Großbritannien und Tibet im allgemeinen zum Gegenstand haben sollten, und daß in Chassa ein ständiger Vertreter Großbritanniens eingesetzt werde. Ein russisches Memorandum vom 2. Februar 1903 enthält die Mitteilung, daß Rußland infolge des Vorgehens Englands vielleicht Schritte ergreifen könne, um seine Interessen zu schützen. Lansdowne teilte daraufhin dem russischen Votschafter mit, wenn Rußland irgend welche Thätigkeit entfalten sollte, werde Großbritannien gezwungen sein, seinerseits eine Thätigkeit zu entfalten, die über diejenige Rußlands hinausgehe. So lange dieser Meinungsaustrausch im Gange war, wurde es nicht für wünschenswert gehalten, eine Deputation nach Chassa zu senden. Einige Wochen später unterbreitete der russische Votschafter eine Darlegung der Anschauungen Rußlands, in der erklärt wurde, daß, wenn auch Rußland nicht wünsche, sich in Tibet einzumischen, doch irgend welche Verletzung des status quo in Tibet Rußland zwingen werde, seine Interessen in Asien zu schützen. Lansdowne erwiderte, Großbritannien müsse darauf bestehen, daß Tibet seine Vertragsverpflichtungen erfülle. Als die britische Expedition nach Tibet marschierte, erhob der russische Votschafter Graf Wenden-dorff ernste Vorstellungen bei Lansdowne. Dieser entgegnete, es scheine ihm über die Mägen sonderbar, daß diese Einsprüche von einer Macht erhoben würden, die auf der ganzen Welt niemals gegehrt habe, in die Rechte ihrer Nachbarn einzugreifen, wenn die Umstände dies zu erfordern schienen. Wenn die russische Regierung ein Recht habe, sich darüber zu beschlagen, daß Großbritannien Schritte thue, um durch Eindringen in tibetianisches Gebiet Erfolg von den Tibetanern zu erlangen, zu welcher

Sprache, fragte Lansdowne, würde dann nicht Großbritannien Be-rechtigt sein angesichts der russischen Uebergriffe in der Mandchurei, in Turkestan und in Persien? Ein Telegramm des Vizekönigs von Indien an den Staatssekretär für Indien vom 13. Dezember 1903 besagt, daß nach einem Bericht des Obersten Younghusbane russische Waffen in Tibet eingeführt würden und daß sich die Tibetaner auf Versprechungen von russischer Unterstützung verlassen.

#### Der ostasiatische Krieg und das Proletariat.

Das internationale Proletariat — das Rußlands selbst eingeschlossen — könnte es nur mit der größten Genugthuung erfüllen, wenn Rußlands imperialistische Raubpolitik in Ostasien eine schwere Niederlage erleben würde. Freist doch der zarische Despotismus seine fluchwürdige Existenz nur noch durch seine skrupellose Weltpolitik. Das Land der Stute hätte längst sein inneres Jema erlebt, wenn nicht der thönerne Kolos des absolutistischen Reiches durch seine Weltpolitik den Vankrott immer noch hinauszuschieben vermocht hätte. Die russische Intelligenz revolutioniert seit Jahrzehnten, die idealistisch veranlagten Elemente der studierenden Jugend schmachten in den Kasematten der Festungen oder in den Bergwerken Sibiriens. Die Gouern werden durch eine chronische Hungersnot bedrückt, selbst innerhalb der Bourgeoisie, der Priesterseminare und des Offizierscorps gärt es. Wenn trotzdem das absolutistische Regiment noch nicht zusammengebrochen ist, so liegt das lediglich an der Entfaltung jenes westpolitischen Va banque-Spiels, das bis jetzt das Geld und den inneren Zerlegungsprozess durch äußere Glorie erfolgreich zu verbergen und durch werlose militärische und marinische Rüstungen das in den Jagen krachende Staatsgefüge zu stützen vermocht hat. Hingulam, daß Bismarcks kurzzeitige Politik Frankreich in die Arme Wäterchens trieb, so daß der französische Revanche-Gedanke durch Rußland finanziell ausgebeutet werden konnte. Die großen und kleinen Kapitalisten Frankreichs lieferten dem thönernen Kolos die Milliarden, durch die es seine prählende Scheinexistenz fristen und seine dreiste Raubpolitik in immer größerem Maßstabe fortsetzen konnte.

Die weltliche Macht Rußlands auch in militärischer Beziehung ist lange nicht so groß, als man gewöhnlich annimmt. Der Krimkrieg und der letzte russisch-türkische Krieg haben das bewiesen. Es ist deshalb auch gar nicht ausgeschlossen, daß der russische Wä: von dem kleinen, aber behenden Japan furchtbar zerzaust wird. Damit wäre aber Rußlands Prestige vernichtet und sein unheilvoller Einfluß auch auf die europäische Politik gebrochen. Frankreich würde sich dann wahrscheinlich bedanken, durch immer neue Milliarden-Anleihen den Absolutismus Wäterchens zu stützen, und auch die deutsche Regierung würde dann vielleicht ein Gefühl der Scham für die Demütigungen empfinden, die ihm der Zarismus seit den Zeiten der heiligen Alliance zumutet. Vielleicht auch käme dann endlich in Rußland selbst die innere Krise zum Ausbruch, eine Krise, die das Selbstherrschertum und die verankerte Beamtenhierarchie hinwegsetzte und durch Schaffung eines konstitutionellen Regiments die natürlichen Vorbedingungen für den politischen und sozialen Fortschritt schuf.

Es ist deshalb zu hoffen, daß vor allen Dingen auch das französische Proletariat jedem eventuellen Versuch der Regierung, sich zu Gunsten der russischen Raubpolitik in Ostasien einzumischen, energisch entgegentritt!

Das internationale sozialistische Bureau hat dem auch bereits am Sonntag in dieser Beziehung Stellung genommen. Das Bureau, das aus Deutschland durch Singer, Kautsky und Rosa Luxemburg besetzt war, hat folgende von dem französischen Genossen Bailant vorgeschlagene Tagesordnung angenommen:

Falls durch ein Verbrechen der Herrschenden und des Kapitalismus ein Krieg zwischen Japan und Rußland ausbrechen sollte, wäre es die Pflicht der Sozialisten aller Länder, besonders der französischen, englischen und deutschen Arbeiterpartei, mit allen Kräften die Einbeziehung ihrer Länder in den Krieg zu verhindern.

## Politische Uebersicht.

Berlin, den 8. Februar.

### Der Reichstag.

Mit der Trauerkunde von dem plötzlichen Tode unfres Genossen Rosenow begann die heutige Sitzung. Die Meldung von dem Ableben des zweitjüngsten aller Abgeordneten — nur der Pole Koranyi ist jünger als der Verstorbene war — weckte allseitige Teilnahme.

Bevor an die eigentliche Arbeit gegangen werden konnte, mußte über das Schicksal der Resolutionen entschieden werden, die mit dem Gehalt des Staatssekretärs verknüpft waren. Der Senatorenkonvent hatte ihre Vertagung bis nach Ostern beschlossen und das Haus stimmte zu. Es gab dabei eine kleine Auseinandersetzung zwischen unfrem Genossen Bebel und den Centrumsführern Spahn und Gröber. Unstreitig trägt neben der Regierung, die den Reichstag viel zu spät zusammenberufen hat, das Centrum die Hauptschuld an der Geschäftsklemme, weil es seine Initiativanträge, statt in die Einschlebung von mehr Schwerinstagen zu willigen, in die Form von Resolutionen gekleidet hat, vielleicht von der stillen Hoffnung getragen, daß es nach außen hin den Ruhm der Priorität in sozialpolitischen Dingen in Anspruch nehmen könnte. Bebel stellte das fest, nachdem Herr Gröber so naiv gewesen war, eine gewisse Dankbarkeit von uns zu verlangen, weil das Centrum dafür gesorgt habe, daß die sozialpolitischen Fragen noch in dieser Session zur Vertagung gelangen.

Die Debatte über den Etat des Innern setzte dann beim Kapitel Gesundheitsamt ein. Zunächst brachte Genosse Scheidemann die Verunreinigung der Flüsse durch Fabrikabwässer und den besonderen Hinweis auf die Wupper und den Main zur Sprache und forderte ein Reichsgesetz. Graf Bosadowsky gab eine entgegenkommende Erklärung ab. Weniger entgegenkommend stellte sich der Vorlage der freisinnigen Abgeordnete Dr. Müller-Weinigen gegenüber, der die vom Reichs-Gesundheitsamt festgelegte Liste derjenigen Geheimmittel, deren Anzeig in der Zeitung verboten ist, einer eingehenden Kritik unterzog und darin von dem Abg. Gotthein unterstützt wurde.

Die Hauptfrage, die zur Erörterung gelangte, waren das Fleischbeschau-Gesetz und seine Ausführungsbestimmungen. Der konservative Abgeordnete Rettki hatte sie angeknüpft und dem Verlangen seiner Freunde nach weiterer Verschärfung des Fleischbeschau-Gesetzes Ausdruck gegeben. Genosse Scheidemann wies in einer vortrefflichen Rede die agrarischen Annahmen zurück. Er führte den Nachweis, daß das Fleischbeschau-Gesetz nicht der Fürsorge für die Konsumenten, sondern dem Profit der Jumper diene, und zeigte im einzelnen, welche schändliche Behandlung die Fleischfuhr ausgesetzt sei. Er schloß mit der Forderung, daß die Einfuhrbedingungen so rasch wie möglich erleichtert und eine gründliche Revision des ganzen Fleischbeschau-Gesetzes vorgenommen würde. Im Sinne

Der Agrarier äußerten sich der Nationalliberale Dr. Becker, der der Socialdemokratie wieder einmal den Vorwurf machte, daß sie in dieser Frage die Partei des Auslandes nehme, und der christlich-social Abgeordnete Dürchardt, Staatssekretär Graf Posadowsky konnte nicht in Abrede stellen, daß für die Unterjochung des importierten Fleisches hier und da zu hohe Gebühren genommen worden seien. Auf eine Anregung des freisinnigen Abgeordneten Dr. Mugdan hin teilte er noch mit, daß die Reform des Apothekenwesens in Preußen in Aussicht genommen sei und daß auch die Einführung einer einheitlichen Prüfung für alle Krankenhäuser im Plane liege.

Dienstag wird die Debatte fortgesetzt.

### Preussisches Abgeordnetenhause.

Im Abgeordnetenhause ereignete sich am Montag der felle Fall, daß durch sogenannten Hammelsprung die Beschlußfähigkeit des Hauses konstatiert wurde. Zur Beratung standen die Gesetzentwürfe betreffend die Abänderung des Gesetzes über die Regelung der Richtergehälter und über die Dienstaufsicht bei den größeren Amtsgerichten. Während die erstere Vorlage, die die Gehaltsregelung für einige höhere Richter durch Dienstaltersstufen vorsieht, eine rein finanzielle ist, ist die letztere von einschneidenderer Bedeutung. Es soll danach bei den mit mehr als 15 Richtern besetzten Amtsgerichten das Recht der Aufsicht einem Amtsrichter zustehen, der den Amtstitel „Amtsgerichtsdirektor“ führt. Heute führen die Landgerichtsdirektoren die Aufsicht. Schon seit Jahren bemüht sich die Regierung, die Dienstaufsicht im Sinne ihrer jetzigen Vorlage zu regeln. Aber vergebens! Nur die Konservativen sind dafür zu haben, während alle übrigen Parteien davon eine Minderung des Ansehens der Amtsrichter und eine Gefahr für die Unabhängigkeit und Selbständigkeit der Richter erblicken. Als ob die Richter heute dieser Gefahr nicht ausgelegt sind! Der eigentliche Grund des Widerstandes dürfte, wie aus den Ausführungen einer Reihe von Rednern hervorgeht, vielmehr in der Furcht zu suchen sein, daß die neuen Amtsgerichtsdirektoren das Material für zukünftige Landgerichtsdirektoren und andern Richtern im Avancement vorgezogen werden könnten.

Bei der Abstimmung darüber, ob die Vorlagen, die gemeinsam beraten wurden, der Justizkommission oder einer besonderen Kommission überwiesen werden sollten, blieb das Bureau zweifelhaft, auf welcher Seite die Mehrheit war. Infolgedessen erfolgte die Auszählung, die die Anwesenheit von nur 164 Mitgliedern ergab. Dem „Hammelsprung“ wohnt übrigens, in der Annahme, daß es sich um eine Angelegenheit seines Ressorts handle, der Landwirtschaftsminister v. Podbielski bei.

Eine Viertelstunde später fand eine zweite Sitzung statt, in der die Ueberweisung der Richter-Gesetze an eine Kommission von 21 Mitgliedern beschlossen und eine Reihe von Kapiteln des Etats der landwirtschaftlichen Verwaltung ohne allgemeines Interesse erledigt wurden.

Die Fortsetzung der Etatsberatung findet am Mittwoch statt. Der Dienstag bleibt für die Beratungen der Budgetkommission frei.

### Der Herrero-Krieg.

Ueber die letzten Kämpfe bei Omaruru meldet der Kommandant des „Habicht“ aus Swakopmund:

Compagnie Franke ist nach heftigem Kampf in Omaruru eingedrungen.

Seid große Verluste an Toten, Verwundeten, Groß-Vieh. Hauptling Ntshela ist ziemlich sicher tot.

Auf unserer Seite tot: Feldwebel Müller, Unteroffizier Otto Pries, Gefreiter Linke, Scherrer, Reservist Seelmann, Landwirthemann Gerlich.

Verwundet: Lieutenant Griesbach, Rathhaus, Bollwirth, Sergeant Lante, Unteroffizier Feder, Ulrich, Gefreiter Mille, Kauf, Reservist Hoffmann, Lazemann, Wahl.

Bermittelt: Patrouille 1 Unteroffizier, 3 Mann.

Verwundete scheinen außer Gefahr.

Der Feind schließt Omaruru ein.

Sebe Corps Habicht und Winkler nach Karibib zurückberufen, von wo voraussichtlich morgen Vormarsch nach Omaruru. Bahn bis Windhuk wieder befahrbar; ist nach Möglichkeit in Sicherheit gebracht.

### Allgemeine Verlustliste.

Außer den im Gefechte bei Omaruru Gefallenen weist die Verlustliste, die der Kommandant des „Habicht“ nach letzter Zusammenstellung telegraphisch hierher übermittelt hat, folgende Namen auf:

Gefallen: Karl Engbart, Gefreiter Tröglisch, Lieutenant Bohnen, Gefreiter Jäntz, Gefreiter Rudolf, Reiter Gerwinold, Unteroffizier Bösch, Reiter Weiß, Volomotivführer Tader, Assistent Rod, Schliepen, Freiwilliger Hoffat, Pietro, Feldwebel Kuhn, die Reservisten Grundmann, Hellige, Unteroffizier Holtzer, die Reiter Kadete, Hiescher, Dormschle, Sergeant Wapent, Unteroffizier Gaf, Reiter Kordbruch, Tierarzt Kämpf, Freiwilliger Stolamp, Ganshorn.

Er mordet: Hermann Koszarski, Richard Laufendfreund mit Sohn, Max Vorberg, Moriz Pilet, Ferdinand Dames, Ernst Mohm, Eduard Stüber, Weggehilfe Rosenhauer und Hadelberg, Legationsrat Höpner und Watermeyer, Farmer Lange mit Kind in M. Varmen, Kaufmann Diedmann mit Frau und Kind, Boer Ung, Farmer Lange in Eneyrivier, Ernst Ih mit Frau, Diamanten-Schulze, Händler Künze, Ansfiedler Bremen und Kurz, Ansfiedler Peters, Hermann Nöhren in Kierstein, Farmer Müller und Leding, Händler Rosenbauer, Veterinär, Garmerie und Viehle, Farmer Zimmermann, Biermann, Koczorowski, Hubner, Kräfte, Schautweder, Stredenswarter Lehmann, Händler Wenter, Frau des Farmers Müller, Kronenwiler, Joost, Max Schröder, v. Fallenhäuser, Händler Küssel, außerdem 51 Vermittelt.

### Preskorrumpion.

Paris, 4. Februar. (Fig. Ver.) Wo Partei-Organisationen nicht stark genug sind, um die Erziehung einer Tagespresse zu ermöglichen, da ist jedes Tageblatt notwendig ein kapitalistisches Unternehmen, das unter dem Aushängeschild idealer Ziele geschäftliche Interessen verfolgt oder aber — im besten Falle — sich in mehr oder minder dunkle Geschäfte und Subsidienhagerei einläßt, um existieren und für seine politischen Ziele wirken zu können.

Den neuesten Beweis für die permanente, sozusagen organische kapitalistische Korruptionierung der Presse liefert der Skandal, der in der „antikerikalen, republikanischen, sozialistischen“ Zeitung „Action“ ausgebrochen ist. Der Skandal begann mit der gewaltigen Pinautwerfung des ehemaligen Abbé Charbonnel, des eigentlichen Gründers des Blattes, durch seinen Mitdirektor Henry Béranger, der im Einverständnis mit dem Verwaltungsrat handelte, an dessen Spitze seit einem halben Jahre Madame Durand, eine frauenrechtlerische Leuchte, steht. Diese Madame war es nämlich, die im Sommer durch eignes oder fremdes Kapital die „Action“ vor der Pleite gerettet hatte. Dem Ex-Abbé Charbonnel blieb aber zur Verfügung sein eignes antikerikales Wochenblatt, die „Raison“ (Wermuth). In diesem Blatt plaudert

er nun ziellos aus der Schale. Er beschuldigt seinen früheren Vorgesetzten und Mitdirektor, die „Action“ durch Vermittelung der Madame Durand den Börsen-Coullissiers verkauft zu haben. Es soll sich um eine von den Coullissiers bezahlte Presse-campagne gegen das Privilegium der 70 Wechselagenten handeln, das 1896 unter dem Kabinett Meline eingeführt wurde zum Nachteil der Coullissiers. Die Campagne wurde in der „Action“ im vorigen September eingeleitet und mit wachsender Intensität betrieben — unter andern auch vom Senator Delpech, einem hohen Würdenträger der Freimaurerei und einem Vice-Präsidenten der Nationalen Freidenker-Association. Delpech hat auch in der „demokratischen Linken“ des Senats die Einsetzung einer Kommission zum Studium des Monopols der Wechselagenten veranlaßt. Charbonnel beschuldigt nun der Korruption auch den Senator Delpech. Und man muß sagen, daß seine Weise überzeugend erscheint, was von den Gegenbeteuern der Beschuldigten nicht im entferntesten gesagt werden kann. Diese ergehen sich vielmehr in pathetischen Schmähsagen wider den „Agenten der Jesuiten“, als welchen sie den Ex-Abbé nunmehr behandeln. Ferner hat die „demokratische Linke“ auf den Antrag Delpechs besagte Studien-Kommission infolge der Enthüllungen Charbonnels prompt aufgelöst, was diese jedenfalls nicht zu entkräften vermag.

Charbonnel aber ist seinerseits allerdings noch die Erklärung schuldig, warum er sich zum Anwalt der Tugend erst dann aufgeworfen hat, als ihm der Direktorstuhl vor die Thür gesetzt war. Nach seinen eignen Angaben war er schon drei Wochen vor seiner Ausweisung vollständig im Klaren über den schosfen Hintergrund der Coullissiers-Campagne.

In der „Action“, die an Stelle von Leitartikeln eine freie Tribüne für „sämtliche republikanische Meinungen“ hat, arbeiteten auch sozialistische Schriftsteller aller Richtungen mit. Seit dem Bruch zwischen den beiden Direktoren haben jedoch nur die revolutionär-socialistischen Abgg. Sembat und Allard das richtige getroffen, indem sie jegliche Parteinahme in dem häufigen Streit verweigerten und von der „Action“ zurücktraten. Die übrigen sozialistischen Mitarbeiter (aller Richtungen) haben teils und in der Mehrheit für Charbonnel Partei ergriffen, teils sind sie der Béranger-„Action“ treu geblieben, ohne sich übrigens über die „Verwaltungsschwierigkeiten“ auszusprechen zu wollen. Das war jedoch vor den neuesten Enthüllungen Charbonnels. Jedenfalls ist es traurig genug, daß eine Reihe sozialistischer Journalisten, darunter namhafte politische Persönlichkeiten, infolge des belamnten Zustandes der sozialistischen Presse ihre Mitarbeit einem sich „socialistisch“ nennenden Blatt, wie die „Action“ und dergleichen, leißen müssen.

### Deutsches Reich.

Eine Denkschrift über die Witwen- und Waisenversicherung wird, wie man uns mitteilt, in etwa 14 Tagen vom Reichsamt des Innern veröffentlicht werden.

Wie aus den Andeutungen des Grafen Posadowsky hervorgeht, handelt es sich um eine Denkschrift gegen die vom Centrum zur Hinterziehung seiner Wähler befristete Versicherung aus den Mitteln des Zollwuchers. In der Denkschrift wird also vermutlich die Unmöglichkeit nachgewiesen, überhaupt eine wirkliche Witwen- und Waisenversicherung einzuführen. Dagegen will man — unter der Voraussetzung, daß Arbeitgeber und Arbeiter Beiträge leisten — für „bedürftige“ Witwen eine Versicherung in beschränktem Maße einführen. Wihin dürfte sich auch diese Socialreform nur als eine Umänderung der Armenpflege darstellen.

### „Das Leben für den Zaren.“

Die preussische Justiz fährt fort, intellektuell die Grenze zu überschreiten und sich als Hüterin juristischer Interessen zu fühlen.

Aus Königsberg i. Pr. meldet uns ein Privattelegramm, daß die Voruntersuchung auf alle in den Geheimbunds-Prozess verwickelten Personen wegen Hochverrats gegen das russische Reich und Zarenbeleidigung erfolgt ist.

Als weiteren Beitrag zum Kosakenkurs meldet die „Frankfurter Zeitung“:

Aus Breslau wird uns gemeldet: Die russischen Studenten werden neuerdings streng überwacht; mehrere wurden von russischen Geheimagenten auf der Straße angehalten und vor einem weiteren Besuch sozialistischer Versammlungen, sowie dem Weiterhalten revolutionärer (?) Zeitungen gewarnt.

Die Herren russischen Spitzel fühlen sich in Deutschland also wie zu Hause und treten bereits als Gesetzgeber auf, indem sie die Studenten unter eine verschärfte Gefinde-Ordnung stellen.

Aristoteles II. In eine Betrachtung über den 90jährigen Philosophiegelehrten Eduard Zeller hatte der dem deutschen Reichsanzler persönlich befreundete Professor Ludwig Stein folgenden Satz der Weisheit eingefügt:

„Wie man dem Grafen Willow so häufig gesagt hat, er vertrete die Politik der „mittleren Linie“, so könnte man die Philosophie Eduard Zellers als die Weltanschauung der Diagonale bezeichnen, aber nicht in malam partem (zu seinen Ungunsten). Denn der Stammvater dieser Lehre von der Diagonale ist kein Geringerer als Aristoteles.“

Wir irgend einem klassischen Denker zusammengenannt zu werden, ist die höchste Freude unsres gegenwärtigen Reichsanzlers. Rein Wunder daher, daß Graf Willow sofort folgendes ebenso gedankenschwere wie höchst bescheidene Dankschreiben an den Professor Stein sandte:

„Berlin, den 31. Januar 1904.“

Mein lieber Herr Professor! Ich danke Ihnen für die freundliche Zusendung Ihrer von schöner Pielitz zeugenden Aufsätze über unsern verehrten Eduard Zeller und für die anerkennende Grundgesinnung, mit der Sie bei dieser Gelegenheit der Bestimmung meiner politischen Sympathie näher treten. Ihre Freundschaft bringt mich freilich in gar erhabene Zusammenhänge. Dem großen Stagiriten (d. h. Aristoteles) darf ich mich doch nur in dem Sinne verwandt fühlen, daß auch er ein Mann des hässlichen Lebens war, und daß vielleicht gerade seine politischen Erfahrungen ihm nahelegten, das Richtige in allen menschlichen Dingen als ein Mitteltes zwischen zwei Extremen zu suchen. Was den guten Politiker macht, ist ja im Grunde nicht das Ziel — das können Phantasten sich immer höher und schöner stellen, als je ein Staatsmann es zu erreichen vermag; — sondern die Benutzung der Mittel. Der rührige Erzieher des macedonischen Imperators — „Aristotele qui remans toutes choses“ (Aristoteles, der alle Dinge bedrögt), sagt Montaigne von ihm — besah eine Lebenserfahrung wie wenige Große im klassischen Altertum und verpflichtete sich auf einen nüchternen Wirklichkeitsinn, der wohl mehr erwerbener Charakter als natürliches Temperament war. Wenn Sie ihn mit solchen Attributen als einen Lar familiaris (Familiengeist) ausstellen wollen, bin ich bereit, den Meister zu loben.

Mit freundlichen Grüßen auch von meiner Frau  
Ihr aufrichtig ergebener  
Willow.

Wie weit es dem alten Aristoteles vergönnt gewesen ist, den Staatsstiefmutter des Grafen Willow zu erreichen, ist ohne weitläufige Untersuchungen nicht zu erweisen. Wir entnehmen aber dem Reichsanzler-Brief das stolz-demütige Bekenntnis, daß er sich als rühriger Erzieher eines neuen Alexander des Großen fühlt.

In einer Hinsicht hat die aristotelische Wiffion in der Weltgeschichte allerdings die fatalste Nechlichkeit mit dem Veruf des Grafen Willow. Der griechische Philosoph der mittleren Linie war der Schutzgeist des ganzen Mittelalters, dessen philosophische Ueberwindung erst durch die Rückkehr zu Plato möglich wurde, der nicht von der mittleren Linie wußte. Aristoteles wurde bei seinem Diagonalismus der Anwalt der finsternen und zähesten Reaktionszeit, welche die Menschheit erduldet hat. So ist auch der mittlere Graf Willow berufen, der Staatsmann äußerster Reaktion und klerikaler Vorherrschaft zu sein.

Väterchen Gamp betreibt sich um die Ehre, Mitarbeiter des „Vorwärts“ zu werden. Wir hatten und neulich mit seinen Meinungen auf seinen Wunsch eingehender beschäftigt, weil er im Abgeordneten-hause geklagt hatte, daß die socialdemokratischen Blätter seine Erwiderung auf die Rede des freisinnigen Hirsch vielleicht gar nicht bringen.

Aber der Rittergutsbesitzer auf Hebron-Dammth ist schwer zu fassen zu stellen. Wir haben, so meint er, seine Anschauungen noch nicht ausführlich genug mitgeteilt, und so wünscht er — unter überflüssiger und formell unbedeutender Verweisung auf das Pressegesetz — daß wir seine Darlegungen über das Verhältnis des Gutsherrn zu seinen Arbeitern wirklich bringen. Wir thun das natürlich mit Vergnügen.

Herr Gamp erklärt, er habe über das Koalitionsrecht der Landarbeiter kein Wort gesagt. Das hatten wir auch nicht behauptet, sondern nur berichtet, daß er gegen die Ausführungen des Abgeordneten Hirsch über das Koalitionsrecht der Arbeiter gewillt habe. Das aber hat Herr Gamp auf das nachdrücklichste gethan, indem er die Gefinde-Ordnung und das Prägekreuz gegenüber den ländlichen Arbeitern verteidigte. Herr Gamp behauptete nämlich zunächst, daß die Gefinde-Ordnung von 1854 keine Anwendung mehr findet.

„Ich bin jetzt zwölf Jahre praktischer Landwirt, ich kenne eine solche Behandlung der Arbeiter gar nicht, auch in meiner ganzen Gegend ist sie ganz unbekannt. (Sehr richtig! rechts.) Daß der Inspektor sich mal an einem Arbeiter, der sich unangemessen benimmt, vergreift, das kommt ja vor; es ist aber auch erklärlich und entschuldbar; denn wenn hier irgend etwas passiert, so hat man die Polizei im Leben; wenn aber, was ja auf dem Lande auch vorkommt — meistens sind das die halberwachsenen Jungen —, diese einmal in obstruater Weise gegen den Inspektor aufzutreten, dann weiß ich auch kein andres Mittel, als daß dieselben etwas abbekommen. (Unruhe; Heiterkeit rechts.) Ich meine, der Inspektor hat an sich vielleicht nicht einmal das Recht dazu; aber ich meine, es ist durchaus entschuldbar und begreiflich, wenn der Inspektor sich selbst hilft.“

Herr Gamp legt also anscheinend Wert auf die Freistellung — und diese Freistellung ist in der That wertvoll —, daß bei ihm nicht auf Grund der Gefinde-Ordnung, sondern ohne jedes Recht geprügelt wird.

Das vereinfacht die Sachlage. Wenn kein geschriebenes Recht zur körperlichen Züchtigung besteht, sondern nur eine Art ostentatives Naturrecht auf Prügel — entgegen den Gesetzen — geltend gemacht wird, so ist damit den Arbeitern gleichfalls die Erlaubnis eingeräumt, da sie ja auch keine Polizei zur Verfügung haben, gegen obstruante Gutsbeamte und gegen obstruante Gutsherrschaften handgreiflich zu werden.

Mandatniederlegung. Der nationalliberale Reichstags-Abgeordnete Dr. Max Jänsche, Verlagsbuchhändler und Zeitungsverleger in Hannover, hat sein Mandat, das die Wahlprüfungs-Kommission zu lassen empfohlen hatte, niedergelegt. Er ist am 16. Juni 1903 zum erstenmal in den Reichstag gewählt worden und vertrat den Wahlkreis 16 Hannover (Hainburg-Winsen-Wehde-Soltan-Amt Bergen bei Celle). Sein Gegenkandidat war ein Welse.

Die belagerte kleine Garnison. Der im Verlag von Sattler in Braunschweig erschienene Roman des Lieutenant Wilke ist auf Beschluß des Kriegsgerichts konfisziert worden.

Der Verleger verkaufte sein Werk an einen Wiener Verlag. Obwohl nun dieses Buch durch kein Gerichtsurteil beschlagnahmt worden ist, so werden trotzdem auch die Wiener Exemplare von den Behörden, wo sie ihrer habhaft werden können, fortgenommen.

Dagegen ist jetzt — völlig korrekt — in Meinungen die Wiener Ausgabe vom Gericht freigegeben worden, weil das Kriegsgericht in Reg nur die Konfiskation des Braunschweiger Buchs ausgesprochen hat.

Nebrigens ist das Wilkesche Buch so völlig wertlos, daß die Behörden nicht durch die fortgesetzte Klame neue Käufer anlocken sollten.

Weimar, 6. Februar. (Fig. Ver.) Nach drei langen Sitzungen hat unser Landtag die erste Lesung des Etats beendet. Die erste Sitzung verlief ziemlich ruhig. Anders wurde das Bild, als der Abg. Wandert auf die Einzelheiten des Etats näher einging und in ausführlicher Weise Mißstände gezeigte und beschwerden vortrug. Die Versammlungsverbote spielten dabei wieder eine große Rolle. Am zweiten Sitzungstage nahmen nun die verschiedenen Redner die Gelegenheit wahr, um das von Wandert einer Kritik unterzogene in ein etwas besseres Licht zu stellen. Am ungeschicktesten ging dabei der Abg. von Vohneburg vor. Er erklärte sich gegen eine Reichs-Einkommensteuer, für Erweiterung der indirekten Steuern. Er sprach seine unverborgene Freude gegenüber den Versammlungsverböten im Reichsbadter Kreise, weil dies so nahe bei Grimnitzschau sei, aus. Die Socialdemokratie sei der Lobfeind der bürgerlichen Gesellschaft — das habe Wabel auf dem Dresdener Parteitag gesagt, zur Bekräftigung las der Herr die Worte vor —, deshalb könne die Socialdemokratie nicht wie andre Parteien behandelt werden. Genosse Wandert, der am dritten Tage der erste Redner war, ließ sich die Gelegenheit nicht entgehen, den Herren das zu sagen, was die Junter und die herrschenden Parteien sonst nur in großen Parlamenten zu hören bekommen. Daß die Worte gesehen hatten, bewies der Herr Staatsminister, der seine Unbeholfenheit damit verdeckte, daß er zu schimpfen begann und Wandert vorwärts, er hebe und schüre zum Klassenhaß. Der Bürgermeister Frißke aus Verga, der durch sein neuestes Versammlungsverbot — weil der in Aussicht genommene Redner dort gänzlich unbekannt sei — dem Abgeordneten Wandert Gelegenheit gab, noch einmal auf dieses Gebiet zu kommen, verteidigte sich in einer recht originellen Weise. Wenn man bisher die Behörden der Willkür beschuldigte, dann wurde dies immer bestritten, der Herr Frißke hat es jetzt aber im Landtage bestätigt. Dieser Herr stellte sich als der Bürgermeister vor, der die Versammlung verboten habe. „Ich würde diese Versammlung auch ohne jede gesetzliche Handhabe verboten haben!“ So sagte dieser Herr wirklich, indem er noch betonte, daß er seit 18 Jahren dort als Bürgermeister amtierte und dies seine erste Versammlung sei, die er verboten habe.

Einführung des geheimen Wahlrechts bringt ein Gesetzentwurf, der dem Koburg-Gothaer Landtag zugegangen ist.

### Ausland.

#### Benjamin Bidard.

London, 4. Februar. (Fig. Ver.) Der auch in Deutschland bekannte Bergarbeiterführer und Parlamentsabgeordnete Mr. Benjamin Bidard ist gestern abend in London an einem Herzleiden gestorben. Er war ein typischer Vertreter der liberalen Arbeiterperiode und zeigte alle ihre Tugenden und Schwächen: treues Festhalten an seiner Gewerkschaft, Klugheit im Unterhandeln mit den Besitzern, aber auch kleinliche Ambitionen und politische Unreife. Die Woods, Vurt, Kentwid, Bell, Wilson, Abraham sind aus demselben Holz geschnitten, wenn auch sie und da keine Abweichungen vorkommen. Alle haben sie den Ehrgeiz, am Sonntag in der Bibelstunde zu unterrichten, dann als Vorkämpfer in irgend einer Sektenskapelle aufzutreten und von der Kanzel über Brüderlichkeit und Gerechtigkeit feierlich

Worte herabzulassen. Der Weg von der Kapelle führt direkt in die liberale Partei, in der die Konfessionisten (Sekten) die Mehrheit bilden und da gegen die Uebermacht der Hochkirche, mit der sich die Konfessionisten identifizieren, Schutz zu suchen. In den Werklagen ist man strenger Gewerkschaftler und kämpft gegen hochkirchliche und nonkonformistische Unternehmern. Kommt ein solcher Arbeiterführer ins Parlament, so sitzt er schon stille und stimmt mit den Liberalen, die seine Sektenbrüder sind.

Dies ist tatsächlich ein Abriss des Lebens von Genj. Wikard. Er wurde im Jahre 1842 in Nippag bei Wakefield geboren. Sein Vater war Vergarbeiter, der ihn bis zum zwölften Lebensjahre in die Schule schickte. Von Jahre 1854 bis 1873 war er als Kohlenarbeiter beschäftigt; er schloß sich seiner Gewerkschaft an, dann der religiösen Sekte des Wesleyaner, der er bis an sein Lebendes treu blieb und als Laienprediger (local preacher) diente. Im Jahre 1873 ernannte ihn seine Gewerkschaft zum zweiten Sekretär und drei Jahre später zum ersten Sekretär. Wikard besaß ein bedeutendes Organisationstalent. Er vereinigte die verschiedenen Vergarbeiter-Organisationen von Northire zu einer Gewerkschaft, und im Jahre 1881 gelang es ihm, eine Einschränkung der Kohlenförderung herbeizuführen, um die Preise und Löhne zu heben. Im Jahre 1885 und 1893 war er einer der Streikführer und bestrafte dann die Einsetzung eines Schiedsamtes, das in den letzten zehn Jahren mit verhältnismäßig gutem Erfolge funktionierte. Der Erfolg ist indes zum großen Teil der Geschäftsbilanz zuzuschreiben. Denn als im Jahre 1903 die Krise einsetzte, kam es in Northire zu mehreren Streiks, von denen der wichtigste sich in Denaby und Cadeby abspielte, der zu dem jetzt schwebenden Gewerkschaftsprozesse den Anlaß gab. Wikard sollte diese Woche als Zeuge vor dem Oberhofgericht auftreten, wurde aber daran durch sein Herzleiden verhindert, dem er gestern erliegen ist.

Im Jahre 1885 wurde Wikard im Wahlkreise Normanton zum Arbeiter-Abgeordneten gewählt. Der Wahlkreis ist ihm seitdem treu geblieben. Im Unterhause sprach er äußerst selten, hauptsächlich nur bei den Debatten über den Achtstundentag für die Vergleute. Dagegen war er in Wahlkämpfen im Interesse der Liberalen mit Fieber thätig, auch vor einem liberalen Kapitanisten ein Gewerkschafts-kandidat gegenüberstand. Die liberale Partei zeigte sich denn auch im Jahre 1897 erkenntlich und spendte dem Vergarbeiter-Kreis 10 000 Mark. Ein Jahr später wurde er der Königin Victoria in Windsor vorgeschickt.

Wikard bekleidete noch kleinere lokale Ämter, an der Schul-Kommission, im Gemeinderat etc. Sein Hauptamt war indes das Generalsekretariat des Vergarbeiter-Verbandes von Großbritannien, dem etwa eine halbe Million Arbeiter angehören. Als Träger dieses Amtes nahm er an den internationalen Kongressen der Vergleute lebhaften Anteil. —

### Italien.

Das Ende des Mailänder Militärstandes. Rom, 8. Februar. (Fig. Ver.) Das Disziplinargericht gegen den Oberst Marzese Terzi, dem unsittliche Handlungen gegen Soldaten zur Last gelegt waren, hat seinen Abschluß gefunden. Der heute bekannt gewordene Entscheid der Kommission lautet auf Ausstoßung des Offiziers aus dem Heere wegen ehrenrühriger Handlungen. Ob gegen den Offizier ein Strafverfahren eingeleitet wird, ist noch nicht zu ersehen. Die bloße Thatsache widerrechtlicher Geschlechtsbeziehungen ist nach italienischem Gesetz nicht strafbar, wenn die Beteiligten volljährig waren und kein Zwang auf sie ausgeübt wurde.

Oberst Terzi wird sich bei dem Versuch der militärischen Untersuchungskommission nicht beruhigen. Er wird gegen die beiden Korporale, auf deren Aussage der Beschluß erfolgte, Verleumdungs-lage ansprechen. Wenn er in diesem Prozeß siegreich ist, will Terzi auch die Zeitungen verklagen, die die Anklage zuerst erhoben, und schließlich einen Verleumdungsprozeß gegen das Kriegsministerium ansprechen.

Da man nicht annehmen kann, daß bei der Disziplinäruntersuchung parteiische Voreingenommenheit gegen Terzi im Spiele war und also die ihm zur Last gelegten Handlungen wirklich von ihm begangen sein dürften, ist es wenig wahrscheinlich, daß Terzi seine Drohungen ausführt. —

## Soziales.

### Ärzte und Krankenkassen.

In Köln ist nun tatsächlich den von den Kassen angestellten Ärzten von der Aufsichtsbehörde die Anweisung zugegangen, sich jeder Kassenprozeß zu enthalten. Wir haben unsfere Meinung über die jeder gesetzlichen Grundlage entbehrende Anordnung bereits ausgesprochen. Erklären können wir uns dieses Vorgehen der Behörde nur mit vollständiger Naivität, denn daß es ein Mittel giebt, den betreffenden Ärzten gegen ihren Willen die Erfüllung der eingegangenen Verpflichtungen zu verweigern, kann die Behörde doch unmöglich annehmen.

Die Versammlung der Kassenmitglieder am Freitag, in der die Abendung des Telegramms an den Kaiser beschlossen wurde, tagte unter Vorsitz des Unternehmers Herrn G e t t e r, der auch im Auftrage der Kassenverwaltungen in Berlin war, um mit dem Minister zu unterhandeln. Das Telegramm hat folgenden Wortlaut:

„Die 100 000 Mitglieder der Kölner Krankenkassen ersuchen von Ew. Majestät Schutz gegenüber den im Widerspruch mit der allerhöchsten Verfassung vom 4. Februar 1890 und dem Krankenkassengesetz stehenden Verfügung der königlichen Regierung, wodurch die Kassenmitglieder und ihre Familien auf Gnade und Ungnade den ärztlichen Ständebestimmungen ausgeliefert werden.“

Wiederum wandten sich gegen die Anrufung des Kaisers. Verschiedene Redner, unter andern auch der Vorsitzende, protestierten lebhaft dagegen, daß der Kampf der Krankenkassen gegen die Vergewaltigung als ein Kampf der socialdemokratischen Partei hingestellt werde. Dieser Protest kommt auch in der von der Versammlung angenommenen Resolution zum Ausdruck.

Die „Kölnische Zeitung“, die es bisher so genau wußte, daß es sich nur um socialdemokratischen Terrorismus handle, macht seltsame Hochsprünge. Das Telegramm an den Kaiser paßt so gar nicht zu dem von ihr angesprochenen Faden. Aber anstatt nun zuzugeben, daß sich das schöne Märchen vom socialdemokratischen Terrorismus nicht aufrechterhalten lasse, fällt ihr folgendes ein:

„Noch eins ist von Interesse. In Köln sind bei der letzten Reichstagswahl neben rund 19 000 Centrumsstimmen 16 500 socialdemokratische Stimmen abgegeben worden. Haben sich auch die Kölner Socialdemokraten an dem Beschluß beteiligt, daß die Krankenkassen den Kaiser um Schutz anrufen sollen?“

Kein, verehrte Köfing, das haben die Kölner Socialdemokraten nicht gethan. Die das Telegramm abzuschicken beschlossen haben, sind eben keine Socialdemokraten, was beweist, daß man nicht Socialdemokrat zu sein braucht, um das Vorgehen der ärztlichen Ständebestimmungen zu bekämpfen.

Zu den Schimpfereien des Centrums-Abgeordneten Dr. Rügenberg im Reichstag wird uns aus Krankenkassenkreisen aus Köln geschrieben:

Der Abgeordnete und Arzt Dr. Rügenberg hat offenbar von den Kölner Vorgängen nicht die leiseste Ahnung, und er ist von

seinen Gewährsleuten in der unersetzlichsten Art täuscht worden. Die von ihm gegen die Kassenärzte erhobenen Beschuldigungen mögen auf Kerze zutreffen, die sich auf die Besuche der Kölner Kassen gemeldet hatten. Die von den Kassen angestellten Ärzte aber können es an sittlicher und beruflicher Tüchtigkeit mit den Kölner Vereinsärzten getrost aufnehmen. Herr Dr. Rügenberg aber hat im Reichstag von der „Hefe des Arztstandes“, von „Elementen“ und „kalkulirischen Existenzen“ geredet, die von den Kölner Kassenvorständen herangezogen und den kranken Arbeitern als ärztlicher Beistand aufgetrieben worden seien. In Wirklichkeit sind diese Berufscollegen des Herrn Dr. Rügenberg von den Kassenvorständen zur Gänze gewiesen worden. Nach dem Berichte der „Kölnischen Zeitung“ hat der Abgeordnete Dr. Rügenberg im Reichstage weiter behauptet, der Kölner Regierungspräsident habe den Kassen Zeit gelassen zur Heranziehung der von ihm geforderten weiteren dreißig Kerze. „Er erlieh“ — so heißt es in dem Reichstagsbericht der „Kölnischen Zeitung“ — „eine Aufforderung an die Kassenvorstände, in so und soviel Tagen die als einseitigen nötig erachtete Zahl von 30 Kerzen nachzuweisen.“ In Wirklichkeit ging diese Aufforderung den Vorständen Sonnabendvormittag zu, und Montagvormittag um 10 Uhr sollten die 30 Kerze besichtigt sein. Wenn man den Sonntag und die Nachtzeit abzieht, so blieb den Kassen eine Frist von zehn Stunden. Bei behördlichen Auforderungen zählt der Tag der Zustellung nicht mit. Demnach hatten die Kassen also nur die Spottfrist von höchstens zwei Stunden am Montagvormittag bis 10 Uhr. Ueberdies: wenn die Kölner Regierung in ihrer eignen Verfügung noch 30 Kerze für nötig hielt zur Abstellung des Kerzemandels, weshalb hat sie sich dann nicht auf diese Zahl beschränkt, statt den Kassen die 20 Kerze des Kölner Kerzevereins bei einer horrenden Honorarverhöhung aufzuzwingen? Nach der Rede des Abg. Dr. Rügenberg soll die Kölner Regierung „im Interesse der Kassenmitglieder“ die freie Arztwahl eingeführt haben. Dieser Behauptung stellen wir die Thatsache gegenüber, daß in all den in Köln abgehaltenen Versammlungen sämtliche Krankenkassenmitglieder die Maßnahmen der Regierung verdammt haben.

Eine am Sonntag in Köln im Krupp-Palast abgehaltene Versammlung, die von tausend Personen besucht war, hat bereits zu den Beschimpfungen des Abgeordneten Rügenberg Stellung genommen und mit allen gegen die Stimmen von drei Kerzen folgende Resolution beschlossen:

„Die Versammlung protestiert mit aller Entschiedenheit gegen die Ausführungen, die der Abgeordnete Dr. Rügenberg in der Reichstags-Sitzung vom 6. Februar 1904 über die Kölner Krankenkassenangelegenheit gemacht hat. Die Ausführungen des genannten Abgeordneten kennzeichnen sich als Ausdruck völliger Unkenntnis tatsächlicher Verhältnisse. Die Versammlung weist insbesondere zurück, daß das Verhalten der Krankenkassenvorstände auf egoistische und parteipolitische Interessen zurückzuführen sei. Diese Behauptung enthält einen schweren Vorwurf gegen die Vorstände, die im Gegenteil einzig auf das Wohl und die Rechte der ihnen anvertrauten Kassen bedacht gewesen sind. Ebenso weist die Versammlung die Behauptung des Abgeordneten Rügenberg zurück, daß unter den neuen Kerzen eine ganze Anzahl mit Vorstrafen wegen Sittlichkeitsverbrechen und anderer Delikte sei. Diese Behauptung ist un-wahr. Bei dem Engagement der Kerze ist mit peinlicher Gewissenhaftigkeit und sorgfältiger Erwägung der sittlichen und beruflichen Befähigung verfahren worden; und es ist unter den von den Krankenkassen gewonnenen Herren nicht einer, dem in irgend einer Beziehung ein Makel anhängt. Die Versammlung ist nicht der Ansicht des Abgeordneten Rügenberg, daß die Regierung zu Gunsten der Kölner Krankenkassen eingeschritten sei; sie erblickt im Gegenteil in dem Vorgehen des Herrn Regierungspräsidenten eine einseitige und ungerechte Parteinahme zum Schaden der Krankenkassen. Die Versammlung spricht daher die Erwartung aus, daß alles gethan werde, um die Maßnahmen der Aufsichtsbehörde rückgängig zu machen, die nicht nur eine ruinöse Belastung der Krankenkassen, sondern auch die völlige Vernichtung ihres Selbstverwaltungsrechts bedeuten. Diese Resolution soll heute noch zur Kenntnis der Fraktionen des Reichstages sowie geeigneter Mitglieder, vor allem des Vertreters von Stadt-Köln, des Abg. Trimborn, gebracht werden.“

Nachdem die Kassenvorstände in Köln in dieser Resolution bekannt haben, daß sie bei der Anstellung der Kerze mit peinlicher Gewissenhaftigkeit die berufliche und sittliche Qualifikation der Anzustellenden geprüft haben, werden wir wohl demnächst wieder einen Nachschub der ärztlichen Ständebestimmungen hören über die unwürdige Abhängigkeit der Kerze von den Kassenvorständen.

Die Einführung der freien Arztwahl und Bezahlung der Einzelleistung nach der Mindesttage hat sich jetzt auch eine Versammlung des ärztlichen Bezirksvereins Dresden-Stadt ausgesprochen. Mehrere Mitglieder wandten sich dagegen. Herr Dr. Pfeilschneider erklärt die Einführung der obligatorischen freien Arztwahl weder im Interesse der Kassenmitglieder noch der Verwaltungen liegend, die niedrige Bezahlung der ärztlichen Leistung sei eine Folge der Ueberfüllung des ärztlichen Standes. Die Einführung der freien Arztwahl werde daran nichts ändern. Obligatorische Einführung der freien Arztwahl und ungenügende Bezahlung nach der Mindesttage hielten alle ohne Voreingenommenheit Urtheilenden für unmöglich. Die Einführung der freien Arztwahl werde eine weitere Ueberfüllung des ärztlichen Standes und den Eintritt weiterer sittlicher Schäden mit sich bringen.

Der Redner erreichte aber nichts weiter, als daß man sich dafür aussprach, die Durchsetzung der Forderungen nur im friedlichen Einvernehmen mit den Kassen zu erstreben. Es wird seiner Zeit schon noch anders kommen.

Was diese Forderungen für die Kassen bedeuten, das zeigt der gerade zur rechten Zeit bekannt werdende Verwaltungsbericht der Betriebs-Krankenkasse der Firma Zeiß in Jena. Dort besteht freie Arztwahl mit Bezahlung der Einzelleistung. Dabei konstatiert der Bericht ein fortwährendes Steigen der Ausgaben für ärztliche Honorare im Zusammenhange mit dem Zugzuge von Ärzten, der zum Wachstum der Bevölkerung in gar keinem Verhältnisse steht. Die finanzielle Lage der Kasse hat sich infolgedessen fortgesetzt verschlechtert, so daß bereits die Aufsichtsbehörde dazu Stellung genommen hat. Die Kasse hat Familienversicherung. Seit 1898 ist das ärztliche Honorar pro Kopf der Versicherten von 11,57 M. auf 17,53 M. im Jahre 1903 gestiegen. Dabei konstatiert der Bericht ausdrücklich, daß die gezahlten Sätze für die Einzelleistung der ärztlichen Mindesttage noch nicht entsprechen. Der Bericht schließt deshalb:

„Da sonach selbst unter den bei uns außerordentlich günstigen Verhältnissen — es sind bei hohen Beiträgen absolut keine Verwaltungs-kosten aus der Kasse zu zahlen, Saisonarbeit und Arbeitslosigkeit über nicht ihre nachteiligen Folgen, die Polikliniken behandeln eine große Anzahl Kranke gegen ein nur ganz mäßiges Pauschale — bei der Herrschaft der freien Arztwahl unter Honorierung nach Einzelleistungen kein dauernd zufriedenstellender Zustand zu erreichen gewesen ist, so können wir zu einer allgemeinen Einführung derselben nicht raten. Die darauf abzielenden einseitig-egoistischen Bestrebungen der deutschen Kerzenschaft verdienen die entschiedenste Bekämpfung. Bei Verwirklichung dieser Bestrebungen würde der

Rein des größten Teils der deutschen Krankenkassen unvermeidlich sein.“

Zu bemerken wäre noch, daß wir durchaus nicht grundsätzlich Gegner der freien Arztwahl sind, daß wir nur nach untern praktischen Erfahrungen diese, wie die Verhältnisse der Krankenkassen und der Beschäftigung heute liegen, zur allgemeinen Einführung unter keinen Umständen empfehlen können.

Wie die Sache sonst auch ausfallen mag, jedenfalls muß die uneingeschränkte Möglichkeit für die Kassen zu erhalten gesucht werden, nach eigenem Bedarfs Kerze anzustellen und unter gewissen Umständen die Beziehungen zu einzelnen Kerzen auch jederzeit wieder lösen zu können.“

Man vergegenwärtige sich die Wirkungen der Jenaer Erfolge in ihrer Uebertragung auf die gesamte Krankenversicherung. Jetzt zahlen die Krankenkassen bei rund 10 Millionen Versicherten rund 85 Millionen Mark ärztliches Honorar. Nach Jenaer Muster — wobei die Höhe der Mindesttage noch nicht erreicht sind — würde das Kerzhonorar 175 Millionen Mark betragen. Das bedeutete für jeden der rund 80 000 deutschen Kerze beinahe 6000 M. Jahreshonorar allein aus der Behandlung der 10 Millionen Versicherten und ihrer Angehörigen, alle Militärärzte, alle Professoren, Anstaltsärzte und Amtsärzte eingeschlossen.

Es gehört wirklich ebensoviel Ueberstand wie Unerfahrenheit dazu, den Kassen solche Zumutungen zu machen.

### Gefetzgebung gegen das Schwitz-System.

Im Staate Maryland trat mit dem 1. Juli 1903 eine Novelle zum Fabrikinspektions-Gesetz in Kraft, wonach die sogenannten „sweating-shops“ der Aufsicht der Fabrikinspektoren unterstellt wurden, außerdem wurde die Zahl der Arbeiter bestimmt, die im Höchstfall in den Räumen beschäftigt werden dürfen, wo Manufakturarbeiten angefertigt werden. Aus dem soeben veröffentlichten Bericht des Fabrikinspektors für das erste halbe Jahr seit Bestehen des obigen Gesetzes geht hervor, daß in dieser Zeit in Baltimore 1423 Häuser mit 1881 Arbeitsräumen beschäftigt wurden. In den kontrollierten Häusern wohnten insgesamt 1598 Familien mit 7335 Personen. Von 9179 Personen, welche in diesen Räumen beschäftigt waren, gehörten 2273 zu den Familien, denen die Räume gehörten, der Rest von 6906 Personen waren Fremde. Bezüglich des Alters der in den „Schwitzhäusern“ beschäftigten Personen wurde festgestellt, daß 867 Personen im Alter von unter 16 Jahren und zwar 147 männliche und 230 weibliche, sich befanden; 28 waren Kinder unter 12 Jahren (7 männlich und 19 weiblich). In 213 Fällen war das Gesetz durch Ueberfüllung der Räume mit Arbeitspersonal verletzt worden.

\*) Die Reichliche Krankenkasse hat sich nämlich jeder Einwirkung auf die Entlastung von Kerzen begeben.

## Der russisch-japanische Konflikt.

### Antliche Auslassungen in Paris und London.

Paris, 8. Februar. Der Minister des Aeußern Delcassé hatte eine lange Unterredung mit dem Deputierten Denhs Cochin, welcher beabsichtigte, die statistische Frage in der Kammer zur Sprache zu bringen. Vor Ausführung dieser Absicht wird eine nochmalige Besprechung zwischen Delcassé und Cochin stattfinden.

In den Wandelgängen der Kammer erzählt man sich, daß Delcassé wahrscheinlich morgen die Anfrage Cochins beantwortet und dabei auf die Erklärungen zurückgreifen wird, welche er der Kammer am 26. März 1903 bei Gelegenheit der Erörterung des französisch-russischen Uebereinkommens betreffend Ostasien gegeben hat. Delcassé erklärte damals, um Frankreich zum tätigen Eingreifen zu veranlassen, müßte der Fall eintreten, daß China angegriffen und seine Integrität verletzt würde und daß die Interessen Frankreichs in Gefahr gebracht würden. Delcassé fügte noch hinzu, zur Wahrung der Interessen Frankreichs und Ostasien in China sei es nicht unmöglich, daß darüber keine Zweifel bestehen können, daß sie einen Gegenstand gemeinsamer Sorge beider Staaten bildeten. Uebrigens hätten alle Mächte das gleiche Interesse, daß China unverletzt, unabhängig und offen für den internationalen Handel bleibe. Cochin drückte in seiner damaligen Erwiderung sein Bedauern aus, daß Delcassé der Kammer keine Auskunft über die Ausdehnung der Verpflichtungen Frankreichs im Kriegsfall gegeben habe.

London, 8. Februar. Staatssekretär des Innern Alder Douglas erklärt, die Regierung sei von dem Abbruch der diplomatischen Beziehungen zwischen Rußland und Japan amtlich in Kenntnis gesetzt worden, er habe aber dem Hause keine weitere Mitteilung zu machen. Balfour fragt, ob die Regierung die Behörden in den britischen Häfen und Kohlenstationen instruiert habe, welche Haltung sie im Falle eines Krieges den Schiffen der Kriegsführenden gegenüber zu beobachten hätten. Der Staatssekretär des Innern erwidert, die Frage sei der Aufmerksamkeit der Regierung nicht entgangen.

### Japanische Küstungen.

Köln, 8. Februar. Der „Kölnischen Zeitung“ wird aus Wien vom heutigen Tage gemeldet: Der Kommandant der Kriegsmarine Kreuzer von Spain erhielt heute von dem Kommandanten des Landdetachements der Belgischer Gesundheitsflotte eine Depesche, nach welcher Japan seine Garde und zwei Divisionen auf 40 Dampfern eingeschifft haben soll. Die russische Kreuzerdivision sei bei Port Arthur ausgelassen; der Krieg sei stündlich zu erwarten.

Washington, 8. Februar. (Meldung des Reuterschen Bureaus.) Das Staatsdepartement hat ein Telegramm von der amerikanischen Gesundheitsflotte in Seoul erhalten, wonach dort verlaunet, daß japanische Kriegsschiffe auf der Höhe von Wampoo angekommen seien; die telegraphische Verbindung sei jedoch unterbrochen und eine Verstärkung des Verkehrs daher unmöglich.

Petersburg, 8. Februar, 10 Uhr 45 Minuten. (B. T. O.) Aus Port Arthur vom heutigen Tage wird gemeldet: Die Abreise der Japaner dauert fort, sonst ist alles ruhig.

### Das gauernde Aufsehen.

Köln, 8. Februar. (B. T. O.) In einem längeren Telegramm des Petersburger Korrespondenten der „Kölnischen Zeitung“ von heute heißt es: Anscheinend steht man den jetzigen Zustand an maßgebender russischer Stelle noch nicht als Kriegszustand an. Gestern abend soll im Winterpalais eine Beratung über die Lage stattgefunden haben, an welcher unter andern Graf Lambdorsky, General Kuropatkin und Admiral Welles teilnahmen, worauf nachts Megejeth die telegraphische Weisung erhalten habe, er solle die Bewegungen der Flotte und des Landheeres derartig leiten, daß aus ihnen Japan keinen Anlaß für die Annahme gewinnen könne, als ob Rußland den Kriegszustand als bereits bestehend ansehe.

Wie aus japanischer Quelle ausgegangene Nachrichten bestätigen, daß die japanische Regierung ebenfalls in dem Abbruch der diplomatischen Beziehungen noch keinen Kriegszustand erblickt, vielmehr die Möglichkeit, auch jetzt noch einen friedlichen Ausgleich zu finden, anerkannt. Wie mir aus russischen Kreisen berichtet wird, würde eine Landung japanischer Truppen in Süd-Korea selbst heute noch seitens Rußlands als casus belli nicht unbedingt angesehen werden. Nur ein Vorgehen Japans gegen die Mandchurie und Korea werde die russischen Interessen derartig berühren, daß Rußland dann jedenfalls an der Grenze der geduldrigen Zurückhaltung angelangt sein würde.

## Letzte Nachrichten und Depeschen.

### Gezetzgebung.

Berlin, 8. Februar. (B. T. O.) Der Kommandant des „Habicht“ meldet aus Swatow: Der Feind hat die Umgegend von Amatur verlassen, Operation gegen Cobabis wieder aufgenommen.

Reichstag.

27. Sitzung, Montag, den 8. Februar 1904, 1 Uhr.

Am Bundesratsitz: Graf Posadowsky.

Der Präsident teilt mit, daß der Abg. Rosenow (Soc.) gestern vormittag nach schwerem Leiden verstorben ist. Das Haus ehrt das Andenken des Verstorbenen durch Erheben von den Plätzen.

Die zweite Beratung des Etats des Reichsamts des Innern wird fortgesetzt.

Präsident Graf Ballestrem: In der vorigen Sitzung haben wir die Debatte über Titel I geschlossen und den Titel bewilligt. Nach früheren Beschlüssen des Reichstags würden wir jetzt in die Debatte über die Resolutionen eintreten müssen, die zu diesem Titel gestellt sind.

Wir haben nur noch 30 Beratungstage, wenn wir einen sehr späten Termin zur Vertagung vor Osten annehmen. Nach früheren Erfahrungen werden die kaum genügen, um den Reichshaushalts-Etat in zweiter und dritter Lesung zu verabschieden.

Abg. Spahn (L.): Meine politischen Freunde waren an sich bereit gewesen, die Resolutionen jetzt zu beraten. Wir verkennen gewiß nicht die Gründe, die der Herr Präsident für seinen Vorschlag angeführt hat, aber wir hätten es doch für möglich erachtet, den Etat rechtzeitig fertigzustellen.

Abg. Bebel (Soc.): Wir haben schon in der Beratung der Vertrauensmänner erklärt, daß wir keinen Widerspruch gegen den Vorschlag des Präsidenten erheben werden. Ich will bei dieser Gelegenheit nur darauf hinweisen, warum dieser Vorschlag des Präsidenten überhaupt notwendig wurde.

Die Verpflichtung, für die rechtzeitige Fertigstellung des Etats zu sorgen, die der Präsident für uns hervorhob, haben aber auch die verbündeten Regierungen. Sie hätten die Möglichkeit dazu gehabt, wenn sie früher den Reichstag einberufen hätten.

Abg. Dr. Sattler (nall.): Auch wenn der beste Wille gezeigt werden sollte die Beratungen einzufrieren, würde es ganz unmöglich sein, im Verlaufe weniger Tage die Erörterungen zum Abschluß zu bringen.

Abg. v. Nothmann (L.): Meine politischen Freunde werden dem Vorschlag des Herrn Präsidenten zustimmen auf Grund der gesamten Geschäftslage des Hauses.

Abg. Dr. Müller-Sagan (fr. Sp.): Meine politischen Freunde haben schon bei den ersten Erörterungen durch den Mund des Abg. Müller-Meinungen die Befürchtung ausgesprochen, daß die Geschäftsfrage sich so gestalten würde, wie sie sich gestaltet hat.

Abg. Gröber (L.): Herr Bebel hat uns den Vorschlag gemacht, durch Einbringung der Resolutionen die Einberufung zu verzögern zu haben. Aber was wir hier getan haben, ist zum Nutzen der Gesamtheit ausgefallen.

Abg. v. Kardorff (Sp.): Auch meine Freunde haben wie Herr Bebel den Weg nicht für richtig gehalten, die Initiativanträge in Interpellationen umzuwandeln; das führt zu einer Art unläuterer Wettbewerbs.

Abg. Bebel (Soc.): Ich habe gar keine Veranlassung, Herrn Gröber und seinen Freunden dankbar zu sein für den Weg, den sie eingeschlagen haben, indem sie ihre Anträge in Resolutionen verwandelten. Sie (zum Centrum) werden doch nicht behaupten, daß Sie vorausgesehen haben, daß Ihr böses Beispiel von andern nachgeahmt werden würde.

regung geblieben. Was den Hinweis auf die Dauerreden betrifft, so hat Herr Gröber kühnweise hinzugefügt, er wolle nicht auf eine bestimmte Partei exemplarisch zeigen. In der That haben, glaube ich, in dieser Debatte gerade Mitglieder seiner Partei genügend lange und mit Aufwand gehöriger Lungenkraft geredet.

Abg. Dr. Spahn (L.): Wir sind nie im Zweifel darüber gewesen, daß andre Parteien unserem Vorgehen folgen werden. Wir wollten aber vermeiden, daß wie in früheren Jahren beim Reichsamts des Innern über alles Mögliche zum Teil recht einseitig debattiert wurde und hofften durch gruppenweise Zusammenfassung der verschiedenen Materien ein schnelleres Tempo der Debatten zu erzielen.

Präsident Graf Ballestrem: Ich habe gegen meinen Vorschlag keinen Widerspruch gehört, — die Resolutionen sind abgelehnt. Die Beratung des Etats des Reichsamts des Innern wird fortgesetzt.

Beim Kapitel „Allgemeine Fonds“ beantragt Abg. Graf Oriola, den Titel 4a „20 000 M. als Unterstützung für die Beteiligung der deutschen Kunst an internationalen Ausstellungen des Auslandes“ bis zur Beratung der Forderung für die Beschaffung der Weltausstellung in St. Louis unter den „Einmaligen Ausgaben“ zurückzustellen.

Abg. Scheidemann (Soc.):

auf die zahlreichen Petitionen des Vereins zur Reinhaltung der deutschen Flüsse hin. Regierungspräsident v. Dergen in Lüneburg hat jüngst gesagt, so wie wir die Wasserberber und die Luftverfäuler austrotten, so müssen wir auch die Socialdemokratie austrotten. Umgekehrt hätte diese geschmackvolle Äußerung mehr Sinn gehabt.

Redner schildert eingehend, in wie hohem Maße besonders die Wupper verunreinigt ist. Schon im Jahre 1885 klagte der preussische Gewerbe-Inspektor darüber und hob hervor, daß dieser kleine Fluß 100 Tonnen Säure mit sich schleppen muß.

Die Wupper ist so schwarz bei Eibfeld: Wenn Sie da einen Rationalliberalen einsteigen, ziehen Sie ihn als Centrumsmann wieder heraus. (Große Heiterkeit.) Seit 10 Jahren ist trotz aller Versprechungen nichts geschehen.

Ein zweites Beispiel ist der Main, der manchmal dunkelrot, manchmal ganz schwarz ist. Hier ist es umgekehrt wie bei der Wupper. Sieden Sie einen Centrumsmann in den Main, so bringen Sie ihn als Oppositionisten der nationalliberalen Partei heraus. Die weißen Badedosen werden geradezu gefärbt.

Es wird freilich sehr schwer sein, hierüber ein Reichsgesetz zu schaffen. Denn die Mehrheitsparteien hier im Hause sind die Vertreter der Industriebarone, die an der Verunreinigung der Flüsse schuld sind. Freilich vor den letzten Landtagswahlen haben die Rationalliberalen in jenen Gegenden sich viel darauf zu gute getan, daß durch den Einfluß ihres Herrn v. Cyprien ein preussisches Gesetz betreffend die Reinigung der Wasserläufe verhängt worden ist.

Staatssekretär Graf Posadowsky:

Ich bin vollkommen der Ansicht des Vorredners. Die Frage der öffentlichen Wasserläufe wird von Tag zu Tag wichtiger. Das Reichs-Gesundheitsamt hat sich mit dieser Frage beschäftigt und über die Verhältnisse in Mannheim, Dresden, Mainz usw. eingehende Gutachten erstattet. Am 4. und 5. vorigen Monats fand in Mainz eine Konferenz zur Aufstellung der Regeln über die Beobachtung der systematischen Verunreinigung des Rheins statt. Man ist übereingekommen, daß mindestens achtmal im Jahre bei verschiedenen Wasserständen derartige Untersuchungen stattfinden müssen, und hat dazu die Strecke von der Grenze bis Mainz in verschiedene Sektionen eingeteilt, um Klarheit zu gewinnen 1. über das Maß der Verunreinigung des Rheinstromes in verschiedenen Sektionen; 2. über die feineren Grade der Kraft des Stromes und 3. über die Ursachen der Verunreinigung.

Abg. Metrich (L.): Meine Freunde vermissen den und seiner Zeit für Anfang dieses Jahres in Aussicht gestellten Gesetzentwurf betreffend aber das Fleischbeschau-Gesetz hinauszugehen Bestimmungen über die Einfuhr ausländischen Fleisches. Insbesondere hätte die Bestimmung des bestehenden Gesetzes entfernt werden müssen über die Einfuhr von Wurstfleisch.

Staatssekretär Graf Posadowsky: Mit der Einfuhr von Wurstfleisch unter vier Pfund sind bisher noch nicht genügend Erfahrungen gemacht worden, um die Regierung zu veranlassen, das Gesetz schon jetzt zu ändern.

Abg. Dr. Müller-Meinungen (fr. Sp.): Vom Reichs-Gesundheitsamt ist eine Liste aufgestellt worden, welche die Arguementen, die sogenannten Geheimmittel, enthält, deren Anfertigung verboten ist. In dieser Liste sind ganz wahllos die harmlosesten, beliebtesten

Handmittel neben wirkliche Schwindelmittel gestellt. Zwei vom Reichs-Patentamt geschützte Mittel hat das Reichs-Gesundheitsamt verboten. (Hört! hört! links.) Painerpeller, ein ganz unschädliches Mittel, hat man verboten, und was das traurigste ist, selbst Brandis-Schweizerpillen! Ich frage die Herren vom Reichs-Gesundheitsamt und den Herrn Staatssekretär, ob sie jemals diese „Schweizer Pillen“ ohne Erfolg angewandt haben. (Große Heiterkeit.) Diese famosen Anti-Obstruktionsmittel mühten die Herren doch besonders hochschätzen. (Heiterkeit.) Auf der andren Seite läßt man die größten Schwindelmittel wie die verschiedenen Volta-Kreuze usw. ohne weiteres zu. Der Verkauf der Mittel ist dabei gar nicht verboten, nur darf der Apotheker nicht sagen, daß er die Sachen verkauft. Der Erfolg dieses ganzen Vorgehens ist, daß die Mittel einfach unter andern Namen angelündigt werden. Die Presse wird in einer Weise diktiert, die geradezu arg ist. (Sehr richtig! links.) Der Polizeipräsident von Berlin hat sich veranlaßt gesehen, im Gegenjag zum Wortlaut der Verordnung zu bestimmen, daß die Zeitungen erst verworfen werden. Die Anfertigung des Elektro-Vigor, welche der „Freisinnigen Zeitung“ verboten wurde, erfolgt in einer ganzen Reihe Berliner Zeitungen ungestraft. Regeln Sie die Sache endlich durch ein Reichsgesetz und geben Sie uns unsere Schweizerpillen wieder! (Heiterkeit und Beifall links.)

Staatssekretär Graf Posadowsky: Nicht aus der Initiative der verbündeten Regierungen, sondern auf eine Anregung aus der Mitte des hohen Hauses hin ist seiner Zeit gegen den Geheimmittelschwindel mit allem Nachdruck vorgegangen worden.

Früher wußte die Presse nicht, was ein Geheimmittel ist, daher ist jetzt das Verzeichnis aufgestellt, auf Grund von Gutachten der ausgezeichneten Sachverständigen des Reichs-Gesundheitsamts. Auf Einzelheiten der Liste lasse ich mich naturgemäß nicht ein, und ich glaube auch der Herr Präsident des Reichs-Gesundheitsamts wird dazu nicht in der Lage sein. Durch Befehl die Frage zu regeln wird unmöglich sein. Das Verzeichnis mühte doch stets geändert werden. Daß die Fabrikanten der verbotenen Mittel sich beschwerten würden, haben wir allerdings vorausgesehen. Es wird mit diesen Mitteln ein solches Maß von Täuschung und Ausbeutung der Dummheit getrieben, das nicht mehr gebuldet werden konnte.

Abg. Gothein (fr. Sp.): Ich bin durch die Erklärungen des Staatssekretärs sehr wenig befriedigt. Es ist eine unglaubliche Bevormundung der Konsumenten einerseits, der Fabrikanten andererseits. Die Kerze verzeichnen doch selbst solche Geheimmittel. Wenn der Staatssekretär sich auf eine Anregung aus dem Hause beruft, so war das eben eine der unvermeidlichen, unpraktischen. Ich bin überhaupt kein Freund dieser bürokratisch-polizeilichen Einmischung.

Zur Frage der Flusereinigung halte ich die reichsgesetzliche Regelung für dringend notwendig; denn die Flüsse lehren sich einmal nicht an die Grenzen von Anhalt und Braunschweig. Jedenfalls richte ich an die Reichsregierung die dringende Bitte, nicht in der bisherigen langsamen Weise fortzufahren, sondern uns möglichst bald einen Entwurf vorzulegen. (Beifall links.)

Abg. Dr. Müller-Sagan (fr. Sp.): Die Hoffnungen, die ich auf die Thätigkeit der biologischen Abteilung des Reichs-Gesundheitsamts gesetzt habe, sind mehr und mehr einer Enttäuschung gewichen. Besonders ist über eine gewisse bürokratische Arbeitsweise zu klagen. Die Verhandlungen der biologischen Abteilungen müssen öffentlich sein, damit auch die weitere Öffentlichkeit davon Kenntnis erhalte und sich für die betreffende Frage interessiere. Nicht um die Resultate der Untersuchungen, sondern auch die prozessierten Untersuchungen müssen der öffentlichen Kritik zugänglich gemacht werden. (Bravo! links.)

Präsident des Reichs-Gesundheitsamts Dr. Köhler verliest das Verzeichnis der von der biologischen Abteilung in diesem Jahre geplanten Arbeiten. Es sind lauter große Probleme, bei denen wir der freien wissenschaftlichen Forschung so weit wie möglich Raum gewähren. Von Bürokratismus ist keine Rede. Die Tagesordnungen der Verordnungen können nicht in der Zeitung veröffentlicht werden, weil es sich dabei nicht nur um wissenschaftliche Erörterungen, sondern auch um Verwaltungsmassnahmen handelt. Wir stehen gern allesamt zur Verfügung, wenn einzelne Herren sich für irgendeine Frage speziell interessieren.

Abg. Scheidemann (Soc.): Ich verstehe es, daß von konservativer Seite die Frage der Fleischbeschau vorgebracht wurde. Es ist bereits im Landtage und im preussischen Oekonomie-Kolloquium darüber gesprochen worden; nun bringen Sie (nach rechts) die Sache auch im Reichstage vor, um für die bevorstehende große Woche im Circus Busch gründlich geräthet zu sein. (Hoi rechts.) Graf Posadowsky erklärte, noch nicht genügend Erfahrungen mit dem Fleischbeschau-Gesetz gemacht zu haben, um die Einfuhr von Fleisch aus dem Auslande erneut zu regeln. Ich bin trotz des großen Respektes, den ich vor der Arbeitskraft des Grafen Posadowsky empfinde, gegenentlicher Meinung. Die hervorragende Zustellung des Staatssekretärs würde uns im Zukunftsaustausch gewiß außerordentlich nützlich sein können. (Große Heiterkeit.) Aber die bisherigen Erfahrungen mit dem Fleischbeschau-Gesetz genügen sowohl den Konsumenten wie den Fleisch-Importeuren, zumal in den Hansestädten, als auch dem weitaus größten Teile der deutschen Schlächtermeister. Das Fleischbeschau-Gesetz sollte nach dem Willen der Agrarier nicht der Volksgesundheit dienen, sondern dem agrarischen Proffit. (Unruhe rechts.) Selbst der „Wälw-offizielle“ „Hamburgische Correspondent“ schrieb, das Fleischbeschau-Gesetz sei einer der traurigsten Triumphe der reaktionären Wirtschaftspolitik, und müsse, je eher desto besser, beseitigt werden. In der That stellt das Gesetz den Vorläufer des Nationalrats dar. Man hat auf Grund desselben Verordnungen erlassen, wonach ausländisches Fleisch und Schmalz, das auch nur die geringste Spur von Veräuerung — 0,004 Prozent — enthält, von der Einfuhr zurückgewiesen wurde. Dagegen erfolgte Freisprechung inländischer Fleischmeister, deren Fleisch mit 0,14 Proz. Veräuerung versetzt war. (Hört! hört!) Wegen die glänzende Behandlung der Einfuhr von Kalbfleisch, Gaildrüsen, Därmen etc. haben sich die deutschen Darm-Importeure mit Recht gewandt. Die Herren, welche die Verantwortung für das Fleischbeschau-Gesetz tragen und die sich stets als besondere Mittelstandsvertreter aufspielen, wird es interessieren, daß durch dieses Gesetz die Wurstfabrikation schwer geschädigt worden ist. — Was die Gebühren bei der Fleischbeschau anlangt, so hieß es in einer nicht für die Öffentlichkeit bestimmten Begründung des Entwurfs, es werde an einzelnen Grenzstellen vielleicht der nötige Mehraufwand an Beamten durch entsprechende Einnahmen an Gebühren aufgebracht werden müssen. (Hört! hört! links.) Die offizielle Begründung lautete natürlich ganz anders; nach welcher aber in der That vorgegangen wird, das hat die Praxis gelegentlich gezeigt. Eine Firma in Königsberg klagt, daß sie pro kilo amerikanisches Schmalz 1 Pf. Untersuchungsgebühren hat zahlen müssen, das ist für eine Sendung 162 M., während nach ihrer Berechnung die Gebühren höchstens 30 M. betragen dürften. Die Krefelder Handelskammer stellt fest, daß die Margarinefabrikanten in der dortigen Gegend 200 000 M. jährlich für Untersuchung ausländischen Fettes zu entrichten haben, während diese Untersuchung gar nicht notwendig sei. Der Herr Staatssekretär sagte einmal, ein Lot Erfahrung ist mehr wert als ein ganzer Centner Theorie; da meine ich, diese vielen Tausende von Lot Erfahrung, die bisher schon gemacht worden sind, hätten dem Bundesrat genügen müssen, um ihn längst zu einer neuen Vorlage zu veranlassen. Ein leidenschaftlicher preussischer Geheimrat Finanzrat (Heiterkeit), Dr. Georg Schmidt, hat einen vorzüglichen Kommentar zum Fleischbeschau-Gesetz geschrieben, worin er nachweist — sicher ganz ungetrübte — daß eine große Anzahl von Bestimmungen des Gesetzes so schnell wie möglich beseitigt werden sollten. Vor allem fehlt es an jeder festen Begriffsbestimmung. Bald ist der Speck Speck, bald Fett, bald ist Speck

wieder zubereitetes Fleisch, ganz wie der junge Karpiß schrie: bald ist der Kaug eine Kaug, bald ist die Kaug ein Kater (Heiterkeit). Nach dem Fleischbeschau-Gesetz ist Kenntnis und Wildschwein gleich Schwein, nach dem Jollitaxi gleich Wildpret. Auch das Denaturierungsverfahren macht außerordentlich große Schwierigkeiten. Gehemnt Schmidt erklärt, daß von den Zoll- und Fleischbeschau-Behörden zwei verschiedene Arten der Denaturierung nebeneinander werden angewandt werden. Knochenöl, von dem ein Liter bis zu 100 M. kostet, soll Fleisch sein; das glaubt ja der lächerlichste Mann nicht. (Heiterkeit.) Das ist geradezu lächerlich — außer für die Betroffenen. Die Zahl der Jollistellen, über die eingeführt werden kann, sind viel zu gering. Zahlreiche Jollistellen sind Beschränkungen hinsichtlich der anzunehmenden Gegenstände unterworfen. Auch die Räuherwaren, die nur vorübergehend zum Räuhern eingeführt sind, müssen verjollt werden. Das wird eine Anzahl unserer Küstenbewohner geradezu zur Auswanderung zwingen. Schlimmere Erfahrungen als mit dem Fleischbeschau-Gesetz sind wohl noch nie mit einem Gesetze gemacht worden. Auch die Hamburger und Bremer Handelskammern haben außerordentlich lebhaft Klagen über dieses Gesetz geführt.

Die verschiedensten Zweige der Einfuhr aus den verschiedensten Ländern leiden erheblich unter dem neuen Gesetz. Eine national-liberale Zeitung hat das Fleischbeschau-Gesetz einen Hohn auf unsere ganze Wirtschaftspolitik genannt, auf unser zum großen Teil auf Export angewiesenes deutsches Volk. Man habe über die Erschütterung unserer Stellung auf dem Weltmarkt noch keine genügende Vorstellung. Es ist bewundernswert, wiewohl christliche Nächstenliebe die Agrarier in dieses angeblich hygienische Gesetz hineingeleitet haben. Es gehört eine eiserne Stirn dazu, nach dem, was man in den agrarischen Blättern gelesen hat, hier den hygienischen Standpunkt in den Vordergrund zu schieben. Für Sie (nach rechts) kam es in letzter Linie auf die Volksgesundheit, in erster Linie auf Ihren Profit, die Steigerung der Fleischpreise, an. (Sehr richtig! bei den Socialdemokraten.) Auch Staatssekretär Graf Posadowsky und der Centrumsabgeordnete Verjenberger haben das deutlich und offen genug zugegeben. Die Worte „national“ und „Patriotismus“ gebrauchen Sie (nach rechts) ja nur, wenn Sie dem Volke ein Stück Fell über die Ohren ziehen wollen. In den Münchener Blättern stand neulich ein Infanat der Schlächter-Jungung, daß mindertwertige preussische Schweine nach München eingeführt worden seien. So ist's überall. Für Preußen taugt das hayerische, für Bayern das preussische und für Deutschland das auswärtige Schwein nichts. Das nationale Schwein ist das einzige anständige! (Heiterkeit.) Sie (nach rechts) behaupten, daß wir von der Landwirtschaft nichts verstehen, aber wir haben aus Wüchtern, sehr guten Wüchtern, mindestens so viel gelernt, wie Sie in den Kavallerie-Regimentern. Auch Ihnen könnte Davids Buch über die Landwirtschaft nichts schaden. (Zwischenrufe rechts: Schippel ist sehr gut!) Schippel ist auch nicht von Papp; dessen Kenntnisse wünschte ich Ihnen. (Heiterkeit.)

Das vom Bunde der Landwirte herausgegebene agrarische Handbuch sagt unter der Ueberschrift „Schlachtwiech und Fleischbeschau“: „Es kam darauf an, den Nachweis zu liefern, daß die deutsche Viehzucht im Stande sei, den Konsum der Bevölkerung aus ihren eigenen Beständen zu decken. Erst unter dieser Voraussetzung ist die deutsche Landwirtschaft berechtigt, den Ausschluß des ausländischen Fleisches zu verlangen, ohne den eine wirksame Organisation des heimischen Viehmarktes nicht wohl möglich ist, und darf sie hoffen, daß die deutsche Regierung zu Maßnahmen schreiten wird, um die deutsche Landwirtschaft vor der Konkurrenz des unter geringeren Produktionskosten arbeitenden Auslandes zu schützen.“ (Hört! hört! bei den Socialdemokraten.) Die Behauptung, daß die deutsche Viehzucht den Bedarf der Bevölkerung decken könne, ist falsch. Trotz der Zunahme der Bevölkerung ist bei Küthern, Kindern, Schafen die Produktion von 1902 zu 1903 gesunken, und nur die Schweineproduktion ist gestiegen. Selbst auf der Versammlung des Landesökonomie-Kollegiums mußte zugegeben werden, daß der Rindviehbestand von 1900 bis 1902 um 4,1 Proz. zurückgegangen ist. (Hört! hört! bei den Socialdemokraten.) Sie können in dem Werk meines Freundes Dr. David nachlesen, wie viel günstiger die Landwirtschaft die Viehproduktion betreiben könnte, wenn wir diese verfluchte Schutzpolitik nicht hätten. (Laute Ohl-Rufe rechts. Bravo! bei den Socialdemokraten.)

Die Schädlichkeit des ausländischen Fleisches ist nicht nachgewiesen. Warum soll uns schaden, was den Ausländern sehr gut bekommt? Legen Sie (nach rechts) einmal jemand auf den Tisch des Hauses nieder, der sich an dem ausländischen Fleisch den Ragen verbrochen hätte. (Heiterkeit.)

Redner weist im weiteren den starken Rückgang der Einfuhr von Wüthern, Konferven, Wüthenfleisch, frischem Schweinefleisch und Schweinefleisch statistisch nach. An Wüthern wurden 1899 noch 68 000 Doppelcentner eingeführt, 1903 nur noch 921 Doppelcentner! Die Bevölkerung ist mithin durch das Fleischbeschau-Gesetz ganz enorm geschädigt worden; Konferven und Wüthe sind so gut wie ganz ausgeschlossen von der Einfuhr und die Fleischpreise sind bedeutend in die Höhe gegangen. Allerdings haben auch die Schlächter, als nach der Fleischnot die Schweinepreise wieder sanken, den Preis des Fleisches nicht entsprechend herabgesetzt. Ein Schlächter gab mir als Grund dafür an, daß man einen Ausgleich für die Erhöhung der Rindviehpreise habe suchen müssen. Sie (nach rechts) rufen immer nach dem Schutz des nationalen Schweins und des nationalen Ohns. Aber wer schützt den deutschen Arbeiter vor der ausländischen Konkurrenz? Jetzt haben Sie das neue Schlagwort von der Freizügigkeit des Fleisches erfunden, um damit die Nachschau in den Städten zu bekämpfen. Die deutschen Oberbürgermeister haben in einer Eingabe an das Herrenhaus die Notwendigkeit dieser Nachschau überzeugend nachgewiesen. Redner erwähnt darauf die Resolution des Centrums über das Fleischbeschau-Gesetz.

Vizepräsident Graf Stolberg (unterbrechend): Ich kann es nicht hindern, über den Inhalt dieser Resolution zu sprechen, möchte Sie aber bitten, nicht über die Resolution als solche zu reden. (Heiterkeit.)

Abg. Scheidemann (fortfahrend): Wir befürworten — ich glaube hier im Namen meiner Fraktion sprechen zu können — auch eine Abänderung des Fleischbeschau-Gesetzes in der Weise, daß der § 2 der ehemaligen Regierungsvorlage wieder hineinkommt und daß die Kosten für die Untersuchung der Hauschlachtungen den Landesverbänden überwiesen werden. Weiter verlangen wir Erleichterungsbedingungen für die Einfuhr von frischem, unzubereitetem Fleisch aus dem Ausland. Mit der Aufstellung dieser Forderung leisten wir wieder ein Stück positiver Arbeit im Interesse der Volksgesundheit. (Weißl bei den Socialdemokraten.)

Abg. Dr. Ringdanz (fr. Sp.): Ich stimme im allgemeinen den Ausführungen des Herrn Vordredners zu. Einen Teil der Schuld trägt die nicht richtige Organisation des Reichs-Gesundheitsamtes, das zum Teil Verwaltungsbehörde, zum Teil wissenschaftliches Institut ist. Beim Verbot der Fleischbeschau ist das Reichs-Gesundheitsamt zweifellos nicht richtig vorgegangen, ebenso neuerdings in der Frage der Uebertragung der Tierüberlufule auf den Menschen. — Dringend notwendig ist eine Reform des Krankenpflegepersonals durch das Reich. Es müssen bestimmte Vorschriften über die Ausbildung des Personals erlassen werden. Für die allgemeine Hygiene spielt das Krankenpflegepersonal eine mindestens so große Rolle wie der Arzt. In Preußen denkt man ja zur Zeit an eine Reform des Krankenpflegepersonals, besser wäre es aber, wenn hier allgemeine Bestimmungen geschaffen würden. Wir haben das größte Interesse daran, den Kreis der Personen, die sich der Krankenpflege anvertrauen, nach Möglichkeit zu erweitern. Reformbedürftig ist auch das Apothekenwesen. Das Reichs-Gesundheitsamt aber ergreift auch hier nicht die Initiative, sondern überläßt das den Einzelstaaten.

Die Verlängerung des Studiums der Medizin um zwei Semester sollte nur auf die Studierenden Anwendung finden, welche nach Erlaß der Verfügung, also nach dem 28. Mai 1901 das Studium begonnen haben. Ich behalte mir einen Antrag in der Richtung vor, daß alle Mediziner, die bis 1906 ihr

Staatsexamen gemacht haben, vor dem einen praktischen Jahre befreit werden. In der neuen Prüfungsordnung für Mediziner findet sich die Bestimmung, daß die Approbation verlagert werden kann, wenn schwere Straftatbestände oder sittliche Vergehen vorliegen. Das ist ein ganz unbestimmter Begriff. Es sollte bestimmt gesagt werden, was für Verbrechen das sind. (Bravo! links.)

Staatssekretär Graf Posadowsky: Herrn Scheidemann gegenüber bemerke ich, daß Knochenmehl jetzt nicht mehr als Fleisch angesehen wird. Die Gebührensatzung sollte von vornherein nur eine vorläufige sein. Wir wüßten nicht vorher, ob und in welchem Maße die Einfuhr sinken würde usw. Grundlag ist jedenfalls, daß nur die haren Auslagen in Form von Gebühren zurückverlangt werden sollen. Ich werde mich sofort mit den verbündeten Regierungen über eine neue Festsatzung der Gebühren in Verbindung setzen. Auch ich habe den Eindruck, daß ein Teil der Gebühren zu hoch gegriffen wird. Die Reform des Apothekenwesens ist eine sehr schwierige Frage. Der Kultusminister hat den Entwurf eines Gesetzes betr. Ablösung der in Preußen vorhandenen Apotheken ausgearbeitet, eine Maßregel, die im Reichsamt des Innern als unumgängliche Voraussetzung für die Einbringung eines Reichs-Apothekengesetzes angesehen wird. Gegen dieses Gesetz aber ergaben sich die ernstesten Bedenken. Der Herr Kultusminister ist jetzt damit beschäftigt, die Reform des Apothekenwesens auf einer ganz neuen Grundlage vorzubereiten. Wie weit diese Verhandlungen gediehen sind, kann ich im einzelnen nicht sagen. Was das praktische Jahr der Ärzte anlangt, so ist von mir in allen Fällen, wo besondere persönliche Verhältnisse die rechtzeitige Ablegung des Examen verhinderte oder wo der Betreffende Aussicht auf eine feste Stellung hatte, Dispensation erteilt worden. Eine Reform des Krankenpflegepersonals wäre gewiß wünschenswert, namentlich mit Rücksicht auf die sogenannten wilden Krankenpflegerinnen. Im vorigen Jahre wurde vom Abg. Schrader beantragt, daß das Reichs-Gesundheitsamt im Interesse der allgemeinen Gesundheitspflege prüfen solle, ob und inwieweit ein Eingriff des Reiches bei Vergabung der Arbeitszeit und Arbeitsleistung und in Bezug auf eine Prüfung und Gewährung einer besonderen Berechtigung für das Krankenpersonal zulässig sei. Das Reichs-Gesundheitsamt hat sich dahin geäußert, daß für alle Krankenwärter im Wege der Vereinbarung unter den Bundesregierungen eine Prüfung nach einheitlichen Plänen einzuführen sei, und eventuell für solche Personen, die als Oberwärter geeignet erschienen, eine zweite Prüfung mit erhöhten Anforderungen einzuführen sei. Am 18. November 1903 ist ein Rundschreiben an die Regierungen ergangen. Ich muß die Antwort der Regierungen abwarten. Es wird sich dann zeigen, ob der Bundesrat geneigt sein wird, durch übereinstimmenden Beschluß solche Prüfung einzuführen.

Präsident des Reichs-Gesundheitsamtes Professor Köhler verteidigt die Organisation des Reichs-Gesundheitsamtes gegenüber dem Abg. Ringdanz. Wir legen den größten Wert darauf, ständig Fühlung mit der Wissenschaft zu halten. Das gilt insbesondere von der Erforschung der Tuberkulose. Es ist ein besonderer Ausschuss für Tuberkulose eingesetzt, der verläßt ist durch hervorragende Männer, z. B. früher durch Virchow und jetzt seinen Nachfolger Herr Ringdanz verwechelt Publikationen von Mitgliedern des Reichs-Gesundheitsamtes mit der offiziellen Stellungnahme dieses Amtes; aber die Mitglieder sind so vorsichtig vorgegangen, daß sie sich noch in keiner Weise in der Uebertragung der Tuberkulose auf die Menschen festgelegt haben. Eine Kommission von Fachmännern hat einen Versuchsplan bis ins Detail ausgearbeitet und kommt jedes Jahr zusammen, um ihn zu ergänzen und zu modifizieren. Die Entscheidung wird jedenfalls nicht nach einseitigen Gesichtspunkten erfolgen.

Abg. Dr. Becker (nat.): Das Verbot der Vorsäure hat bei den Wüthfabrikanten zunächst eine gewisse Erregung hervorgerufen, aber man hat sich jetzt vollständig damit abgefunden. Bezeichnend ist, daß die Socialdemokratie auch hier wieder die Partei des Auslandes nimmt. Wir müssen doch den ausländischen Importeuren wenigstens dieselben Bedingungen auferlegen, wie den inländischen Produzenten. In vielen Fällen ist tatsächlich eine gesundheitsgefährliche Wirkung der Vorsäure festgestellt worden (Hört! hört! bei den Nationalliberalen), so von Professor v. Korden in Frankfurt a. M., der seine Patienten im Krankenhaus mit einer dreiprozentigen Vorsäurelösung gurgeln ließ. — Weiterhin möchte ich um den Erlaß einer Bestimmung bitten, wonach allen denjenigen Medizin-Standbuden die Ableistung des praktischen Jahres erlassen wird, die vor Erlaß der neuen Prüfungsordnung ihr Studium begonnen haben. Erreulicherweise ist meinem Assistenten von der heftigen Regierung bereits das praktische Jahr erlassen worden. Das praktische Jahr bedeutet eine große Erschwerung und finanzielle Belastung des medizinischen Studiums. Ich hänge bei dieser Gelegenheit das Elaborat eines socialdemokratischen Blattes nieder, das — allerdings ohne Nennung meines Namens — unter dem Titel: „Die Ausbeutung“ behauptete, es gebe Ärzte, die ihr Geschäft in großkapitalistischer Weise betrieben, indem sie sich in den Reichstag wählen und die Praxis zu Hause durch Assistenten ausüben lassen. Ich reise trotz der weiten Entfernung jede Woche mindestens einmal nach Hause. Schon der junge ärztliche Nachwuchs muß sich besonders mit den Schwierigkeiten der Kassenzpraxis vertraut machen. Nur dadurch kann eine Harmonie zwischen Ärzten und Kassenzmitgliedern angebahnt werden.

Abg. Dr. Müller-Meiningen (fr. Sp.): Wir richten unsere Angriffe nicht gegen die Spezialisierung der Geheimmittel an sich, sondern dagegen, daß auf der Liste auch vollkommen unschädliche Mittel enthalten sind. Wir bestreiten keineswegs, daß mit einzelnen Mitteln großer Schwindel getrieben wird. Diese Mittel sollten Sie ganz verbieten! Statt dessen werden solche Mittel hier in Berlin unter den Augen des Polizeipräsidenten angepriesen! Ich frage jetzt den Präsidenten des Reichs-Gesundheitsamtes, warum so unschädliche Mittel wie Brandis-Schneizerpillen und Painezeller auf die Geheimmittel-Liste gesetzt worden sind. Wir verlangen ein kontraktorisches Verfahren über das, was ein Geheimmittel ist und was nicht, und eine reichsgesetzliche Regelung, die vor allen Dingen die Preise vor derartigen Chikanen des Bundesrates sichert. (Bravo! links.)

Präsident des Reichs-Gesundheitsamtes Dr. Köhler: Ich muß mich entschieden dagegen verwahren, daß der Bundesrat hilflos vorgehe. Das Reichs-Gesundheitsamt hat die Liste nicht selbständig aufgestellt, sondern ist nur gutachtlich gehört worden. Vor Fertigstellung der Liste ist jedem der beteiligten Produzenten genau mitgeteilt worden, daß sein Mittel zur Einschließung in die Liste vorgeschlagen sei. Wenn auch nicht alles Erforderliche geschehen ist, so ist doch jedenfalls ein Fortschritt erreicht worden.

Abg. Dr. Burckhardt (Wirtsch. Bg.): Bei den Schweizer Willen wird das Publikum um 30 Proz. überfordert und so ist es bei fast allen Geheimmitteln. Vor einer derartigen Ausbeutung muß das Publikum geschützt werden. — Die Mängel und Härten des Fleischbeschau-Gesetzes will ich nicht verteidigen; gegen ungewundes importiertes Fleisch brauchen wir aber eine Sicherung. — Die Herren Socialdemokraten berufen sich immer auf die Wissenschaft, von den deutschen Nationalökonomern aber steht niemand auf dem Boden der Socialdemokratie, auch Brentano nicht, der übrigens ein reiner Theoretiker ist. Die praktisch erfahrenen Wissenschaftler wie Professor v. d. Goltz in Poppelsdorf stehen auf unserem Standpunkt. Die Landwirtschaft kann nicht ohne Schutzoll bestehen, das hat auch Herr Schippel anerkannt. Eine Partei, die einen besseren Staat einführen will. (Glocke des Präsidenten.)

Präsident Graf Ballerstein: Ihre Ausführungen stehen doch mit der Staatsposition nur in äusserst losem Zusammenhang. (Heiterkeit.)

Abg. Dr. Burckhardt (fortfahrend): Ich wünsche nur, daß die Herren Socialdemokraten, die so stark in der Kritik sind, uns praktische Mittel zur Hebung der Landwirtschaft angeben. (Bravo! rechts.) Aber dazu sind sie politisch noch nicht reif genug. Ich hoffe, daß das deutsche Volk sich nicht mehr lange von ihnen verlocken lassen wird. (Lachen bei den Socialdemokraten. Bravo! rechts.)

Darauf vertagt sich das Haus.

Persönlich bemerkt

Abg. Erzberger (C.) gegenüber einer Aeußerung des Abg. Scheidemann, nicht er, sondern der Abg. Wurm habe das Wort des Bischofs Ketteler falsch citiert. Es heißt in Wirklichkeit: „Die die Habgucht, Genußsucht und Selbstsucht die Reichen von den Armen abgemeldet hat, so hat Habgucht, Genußsucht und Selbstsucht in Verbindung mit großer Not den Haß der Armen gegen die Reichen hervorgerufen.“ Den ersten Teil dieses Satzes habe Abg. Wurm völlig unterdrückt.

Nächste Sitzung: Dienstag 1 Uhr. (Fortsetzung der heutigen Beratung.)

Schluß 6 Uhr.

## Partei-Nachrichten.

Das internationale socialistische Bureau hielt, wie uns ein Privattelegramm meldet, am Sonntag in Brüssel eine Sitzung ab. Die Tagung des internationalen Kongresses wurde für die dritte Woche des September, eventuell für Mitte August festgesetzt. Für die Tagesordnung des Kongresses wurden eine Anzahl Resolutionen acceptiert. Auf Antrag von Singer, Kautsky und Rosa Luxemburg wurde ein Protest gegen die Ruffenverfolgungen in Deutschland beschlossen. Am Abend fand eine große öffentliche Versammlung statt, in der Singer unter stürmischem Beifall sprach. Die Versammlung gestaltete sich schließlich zu einer Ehrung des Proletariatsdichters Vottier durch eine wohlgelungene Aufführung seiner Internationalen.

Aus den Organisationen. Das Agitationskomitee für den 12. und 13. sächsischen Reichstags-Wahlkreis (Leipzig-Stadt und Land) hatte im verflossenen Jahre eine Gesamteinnahme von 60 337 M. Unter den Ausgaben werden 12 000 M. an die Partei-Hauptkasse genannt. Das Komitee, das auch für die Agitation im 11. und 14. Kreise mit thätig war, betätigte eine Riesenarbeit. Wurden doch in den vier Kreisen 2 677 000 Flugblätter, 192 000 Handzettel, 7800 Plakate und 754 000 Stimmzettel verteilt. Im 12. und 13. Kreise fanden 78 Wahlveranstaltungen statt; im 11. und 14. Kreise wurden 216 Versammlungen angemeldet, davon wurden 63 verboden. Die „Leipziger Volkszeitung“ gewann über 10 000 neue Abonnenten. Sie zählt deren jetzt 33 000; dazu kommen noch 7000 Abonnenten auf die „Volkszeitung für das Waldenbühl“.

In der Generalversammlung des socialdemokratischen Vereins für Magdeburg wurden Mitteilungen gemacht über die Verhältnisse der Magdeburger „Vollstimme“. An Stelle des aus der Redaktion ausgeschiedenen Genossen Ratzwald ist Genosse Müller, jetzt in Jülich, wieder engagiert worden, der früher schon der Redaktion angehört hat. Außerdem ist Genosse Wader wieder als leitender Redakteur eingetreten. Zur Hebung des Blattes sollen nach und nach 12 000 M. aufgewendet werden. Die Gehälter der Angestellten sind wesentlich aufgebessert worden. Die Einnahmen des Unternehmens waren im abgelaufenen Jahre um 23 000 M. höher als im Jahre vorher.

Der socialdemokratische Wahlverein Hannover zählt jetzt 3100 Mitglieder. Die Einnahmen des Vereins betragen im abgelaufenen Jahre 10 234 M. In der letzten Generalversammlung wurde ein ungewöhnlicher Modus für die Wahl der Vorstandsmitglieder festgelegt.

Die Wahl des Vorstandes wird in zwei aufeinander folgenden Versammlungen vorgenommen. Die erste Versammlung macht die Vorschläge der für die Ämter geeigneten Personen. Die Vorschläge sind dem Bureau der Versammlung schriftlich zu unterbreiten. Der Vorstand hat dann eine Liste der vorgeschlagenen Personen aufzustellen. Auf diese Vorschlagsliste kommen nur solche Personen, deren Vorschlag von mindestens 25 Versammlungsbesuchern unterstützt worden ist.

In der zweiten Versammlung wird die Wahl vorgenommen. Die Besucher der zweiten Versammlung erhalten beim Betreten des Saales gegen Vorzeigung ihres Mitgliedsbuches eine Vorschlagsliste, die als Stimmzettel gilt.

Der socialdemokratische Verein Karlsruhe steigerte im Jahre 1903 seine Mitgliederzahl von 508 auf 723.

Die Vertretung der schweizerischen Socialdemokratie in den Behörden ist nach einer zusammenfassenden Darstellung des Berner Universitätsprofessors Dr. Reichesberg folgende: Im Nationalrat sitzen 7 Socialdemokraten unter 167 Mitgliedern (= 4,2 Proz.), in den Kantonsregierungen von Zürich, Basel und St. Gallen sitzt je 1 auf je 7 Mitglieder, in den Kantonsräten von 17 Kantonen sitzen 158 socialdemokratische Vertreter: 30 in Zürich, 22 in Basel, 20 in Neuchâtel, 16 in Bern, 10 in Schaffhausen, 9 in Solothurn, 8 im Waadtland, 7 in Genéve, 6 in Luzern, 5 in St. Gallen und Zug, je 3 in Baselland und Thurgau, 2 in Appenzell, je 1 in Freiburg, Aargau und Graubünden. Die prozentuale Stärke der socialdemokratischen Vertretung in den kantonalen Parlamenten beträgt von 0,5 bis 17 Proz. in Basel. In sechs Städten sitzen neun Socialdemokraten in den Exekutivbehörden (Magistrate) und zwar drei in Zürich, zwei in Winterthur und je einer in Bern, Biel, Genéve und Freiburg. In den Stadtparlamenten sitzen 136 socialdemokratische Vertreter und zwar an 13 Orten in folgender Stärke: Zürich 81, Bern 25, Winterthur 16, Biel 15, Lausanne 13, Luzern 10, Lugano 6, Genéve 5, Schaffhausen 4, Solothurn 3, Freiburg und Thurgau je 2. Das prozentuale Verhältnis der socialdemokratischen Vertretung beträgt 2,5 bis 35,5 Proz. Die Gesamtzahl dieser socialdemokratischen Vertreter beträgt 311. Dazu kommen aber noch die Socialdemokraten in den Gerichtsbehörden usw. Im Lichte dieser Zahlen zeigt sich, daß die Socialdemokratie in der Schweiz doch fortschreitend an Terrain und Einfluß gewinnt.

Pollzeiliches, Gerichtliches usw.

— Zu 2000 Mark Geldstrafe wurde am Sonnabend der verantwortliche Redakteur der „Sächsischen Arbeiter-Zeitung“, Genosse Däwlel verurteilt. Er soll durch einen Artikel über das Eisenbahnlängsloch in Buchholz die Generaldirektion der sächsischen Staatsbahnen beleidigt haben. Rührer Bericht liegt noch nicht vor.

## Gerichts-Zeitung.

Das korrekte Gaarauseichen. Die Anwendung des Wortes „Dippoldismus“ auf das Verhalten eines Lehrers hat dem Kaufmann Hermann Sello eine Anklage wegen Beleidigung zugezogen. Die gestrige siebente Strafkammer des Landgerichts II beschäftigte. Ein Sohn des Angeklagten besuchte das köllnische Gumnasium und sitzt jetzt in der Untertertia. Er war bis dahin als befähigter und fleißiger Schüler bekannt, in der neuen Klasse erhielt der Junge von dem Oberlehrer Dr. Jahn, der im Griechischen Unterricht erteilt, mehrfach tadelnde Bemerkungen und ziemlich zahlreich häusliche Strafarbeiten, an welchen er längere Zeit zu thun hatte. Der Vater glaubte zu bemerken, daß unter dem Regime des Dr. Jahn die Lernfreudigkeit des Knaben litt und er eingeschüchtern und verängstigt wurde. Am 22. Oktober v. J. war der Junge in der Klasse etwas vorlaut; als der Dr. Jahn außer den Vorbereitungen zu einem Extemporale noch andere Aufgaben zur häuslichen Bearbeitung gegeben hatte, war dem Knaben ein bedauerndes „Nahl“ entwichen. Dr. Jahn ließ ihn vortreten und rief ihn bei den Haaren, so daß ihm einige davon in den Fingern blieben. Er warf die Haare an die Erde, der Junge las sie aber in der Zwischenpause auf und erklärte dem Lehrer in etwas trotzigem Tone: „Ich habe mir alle die Haare, die Sie mir ausgerissen haben, aufgehoben.“ Er nagte seinen Mitschülern, daß er Kopfschmerzen habe und nahm die von ihm aufgefundenen Haare mit nach Hause, wo er sie seinen Eltern unter Aufzählung einer Darstellung seiner Erlebnisse vorlegte. Als nach einigen Tagen der Knabe wieder mit einer Strafarbeit nach Hause kam, hielt es der Vater für angezeigt, einmal den Oberlehrer Dr. Jahn aufzusuchen und sich bei ihm über die Behandlung seines

Sohnes zu beschweren. Er traf ihn auf dem Korridor des Köllnischen Gymnasiums und brachte seine Beschwerde vor, wobei er von „Drangsalieren“, „unerhörte Art und Weise“ usw. sprach. Ein Wort gab das andre und als der Lehrer auch auf das Haarausreißen zu sprechen kam, erklärte der Angeklagte, daß dies seiner Meinung nach beinahe an Dippoldismus grenze. — Dr. Jahn lehnte hierauf jede weitere Unterhaltung mit dem Angeklagten ab und trug dem Sachverhalt dem Direktor Dr. Reufel vor. Dieser rief dem Angeklagten, dem Dr. Jahn Abbitte zu leisten und die Sache damit aus der Welt zu bringen; dies wurde abgelehnt, insofern dessen wurde der Vorfall dem Provinzialschulkollegium unterbreitet und es erfolgte die Strafanzeige. — Der Angeklagte bestritt, bei dem Gebrauch des Wortes „Dippoldismus“ eine beleidigende Absicht gehabt zu haben. — Nachdem der Direktor Dr. Reufel, der Oberlehrer Dr. Jahn, mehrere Mitschüler des Max Sello, dieser selbst und seine Mutter zur Sache selbst vernommen waren und festgestellt worden war, daß bei dem „Biepen“ dem Jungen etwa 10—12 Haare ausgerissen worden sind, beantragte der Staatsanwalt gegen den Angeklagten 300 M. Geldstrafe, wobei er die durch die Erzählung des Sohnes verursachte Erregung als Widerungsgrund geltend ließ. — Rechtsanwält Meyerstein war der Ansicht, daß eine Züchtigung in der Form des Ausreißens von Haaren über das normale Maß hinausgehe und beantragte die Freisprechung, da dem Angeklagten der Schutz des § 193 voll gewährt werden müsse. — Der Gerichtshof hielt in keiner Weise erwiesen, daß Dr. Jahn seine Befugnisse überschritten und den Anaben gemißhandelt habe. Der Lehrer habe sich richtig und korrekt betragen und der Angeklagte habe, indem er ihn durch das Wort „Dippoldismus“ einer brutalen und rohen Behandlung beschuldigt, die Grenze der berechtigten Interessen überschritten. Mit Rücksicht aber auf die Erregung, in der sich der Angeklagte befunden verurteilte ihn der Gerichtshof nur zu 150 M. Geldstrafe eventuell 15 Tagen Gefängnis.

**Kampfkundige Feuerwehren** sind die Arbeiter Gustav Wende, Eduard Kolberg und Franz Kolberg, die gestern wegen Körperverletzung mittels gefährlichen Werkzeugs vor der dritten Strafkammer des Landgerichts II standen. In der Nacht zum 1. September v. J. hatte die freiwillige Feuerwehr zu Ober-Schöne weide eine Übung abgehalten. Einige Feuerwehrleute, unter ihnen die Angeklagten, lehrten noch in einem Schanklokal ein, um sich nach getaner Arbeit durch einen guten Trunk zu stärken. Als

die Wirtin Feierabend gebot, erklärten die Angeklagten, sie seien selbst Polizeibeamte, für sie gäbe keine Polizeistunde. Erst auf wiederholtes Auffordern der Wirtin verließen sie das Lokal. Draußen wollten sie die Arbeiter Wibleben und Rieger, die gleichfalls im Lokal gewesen waren, feststellen, weil diese sie angeblich gehänselt hätten. Die beiden weigerten sich aber, ihre Namen zu nennen. Darüber kam es zu Thätlichkeiten. Der letzte Angeklagte stieß den Wibleben vor die Brust und als dieser sich wehren wollte, wurde er von den übrigen Feuerwehrleuten umringt. Dasselbe Schicksal hatte Rieger, als er seinem Fremde zu Hilfe eilen wollte. Plötzlich ergriff der zweite Angeklagte sein Feuerwehrröhrchen und versetzte mit diesem dem Rieger einen so wuchtigen Schlag gegen den Hinterkopf, daß der Betroffene sofort bewußtlos zusammenbrach. Nunmehr riß sich Wibleben von seinen Gegnern los und stürzte sich auf den Angeklagten, erhielt aber von Wende und Franz Kolberg mit Schürmen und Stöcken so heftige Schläge, daß auch er, aus mehreren Kopfwunden blutend, zu Boden sank. Als ein Polizeibeamter, der durch die Hilferufe der Mißhandelten aufmerksam geworden war, herbeieilte, nahmen die Feuerwehrmänner Reißaus, der Beamte konnte aber die drei Angeklagten als die Schläger feststellen. Ihre beiden Opfer sind längere Zeit arbeitsunfähig gewesen, Rieger ist auch jetzt noch nicht völlig wiederhergestellt. Das Schöffengericht zu Köpenick hatte seiner Zeit den Angeklagten Eduard Kolberg zu 6 Monaten, die beiden andern Angeklagten zu je 3 Monaten Gefängnis verurteilt. Dies Urteil ist gestern von der 3. Strafkammer bestätigt worden.

Stationen	Parameter	Wind	Witterung	Wetter	Stationen	Parameter	Wind	Witterung	Wetter
Emmende	752	SW	1	Dunst	Haparanda	760	SW	2	bedeckt
Hamburg	752	D	2	1 Nebel	Reiersburg	750	D	1	Schnee
Berlin	753	SW	3	2 bedeckt	Gork	734	SW	3	Wolfig
Franzosen	752	SW	1	1 Regen	Aberdeen	—	—	—	—
München	756	SW	1	Wolfig	Paris	747	SW	4	heiter
Wien	758	SW	1	Dunst					

**Wetter-Prognose für Dienstag, den 9. Februar 1904.**  
Niemlich warm, teilweise heiler, aber sehr veränderlich mit Regenfällen und lebhaften südwestlichen Winden. Berliner Wetterbureau

**Marktpreise von Berlin am 6. Februar 1904**  
nach Ermittlungen des Igl. Volkseigenen Amtes.

Ware	Einheit	Preis	Ware	Einheit	Preis
Weizen, gut	D.-Gr.	16,25	Rindfleisch, neue D.-Gr.	kg	7,00
„ mittel	„	16,27	„	„	1,80
„ gering	„	16,19	„	„	1,40
„	„	12,70	„	„	1,80
„	„	12,66	„	„	1,80
„	„	12,62	„	„	1,80
„	„	12,60	„	„	1,80
„	„	12,50	„	„	1,80
„	„	12,70	„	„	1,80
„	„	11,60	„	„	1,80
„	„	14,40	„	„	1,80
„	„	14,39	„	„	1,80
„	„	12,30	„	„	1,80
„	„	12,30	„	„	1,80
„	„	4,32	„	„	1,80
„	„	6,80	„	„	1,80
„	„	40,00	„	„	1,80
„	„	50,00	„	„	1,80
„	„	60,00	„	„	1,80

**Briefkasten der Redaktion.**  
Juristischer Teil.

**N. 23. 12.** 1. Ihr Bruder möchte Ihnen eine Legitimationskarte ausstellen. 2. Die Abreise der Zeitschriften finden Sie im vierten Teil des Adreßbuchs. — **N. 23. 101.** Kiehlisch Spind, Spiegel und Bilder. — **N. 23. 102.** Wilmsdorf, Ja. — **N. 23. 103.** Die von Ihnen mitgeteilten Mitteln, auf Kunstprodukte geteilt, würden den Anschein erwecken, als handle es sich um Naturprodukte. Eine Anklage wegen Nahrungsmittel-Verfälschung, unehrlichen Wettbewerbs oder Betrug würde wahrscheinlich zur Verurteilung führen. — **Abraham 43.** Bedenken Sie sich an das Volkseigenes Amt mit einer Beschwerde. Sie hatten nicht nötig, den Schein herauszugeben. Haben Sie es getan, so können Sie weitere Schritte nicht. — **N. 23. 104.** — **N. 23. 105.** Nach Ansicht des Ober-Verwaltungsgerichts sind beide Fragen zu bejahen. — **N. 23. 106.** Die beiden ersten Fragen wollen Sie unter genauer Angabe des Alters Ihrer Tochter, der Stellung und der von Ihnen getrossenen Verbrechen wiederholen. Zum Abzug des 1/3 Kronengeldes ist der Restantur berechtigt. — **G. S. Marienfelde.** Wenn Sie Ihren Wohnsitz aufgeben, sind Sie zur Abmeldung verpflichtet. Behalten Sie ihn neben Ihrem neuen bei, so ist die Abmeldung nicht erforderlich. — **N. 23. 107.** Der Stüt ist nicht berechtigt, zu verlangen, daß Ihre Schwester von Ihnen liebt, insbesondere dann nicht, wenn er gestattet hätte, daß sie zu Ihnen gehe. — **N. 23. 108.** Soweit sich ohne Kenntnis des Wortlauts der alten und neuen Statuten erkennen läßt, sind Sie zur Zahlung verpflichtet.

**Socialdemokratischer Wahlverein für den 2. Berliner Reichstags-Wahlkreis.**  
Dienstag, den 9. Februar, abends 9 Uhr:  
**General-Versammlung**  
im „Hoffäger-Palast“, Hofenstraße 52/53.  
Tages-Ordnung:  
1. Vorstands- und Kassenericht. 2. Beschlußfassung über den neuen Organisationsplan (siehe das neue Statut des Wahlvereins). 3. Wahl des Vorstandes sowie 4. Wahl von je zwei Mitgliedern für die Lokalkommission und Bezirkskommission sowie ein Mitglied für die Agitationskommission und drei Redaktoren für die Zeitungs-Redaktion. 5. Verschiedenes.  
Mitgliedsbuch legitimiert. 238/2\*  
Rege Beteiligung erwartet. Der Vorstand.

**Socialdemokratischer Wahlverein Rixdorf.**  
Mittwoch, den 10. Februar, abends 8 1/2 Uhr, bei Herrn Thiel, Bergstraße 151—152:  
**Mitglieder-Versammlung.**  
Tages-Ordnung:  
1. Vortrag des Genossen Dr. Max Albert über: Die preussische Kulturpolitik und die revolutionären Strömungen in Rußland. 2. Diskussion. 3. Bericht von der Kreis-Generalversammlung. 4. Aufnahme neuer Mitglieder. 5. Vereinsangelegenheiten, Verschiedenes und Fragekasten.  
Um zahlreiches Besuch bittet. Der Vorstand.

**Todes-Anzeige.**  
Am Sonntag, den 7. Februar, früh 9 Uhr, starb nach schweren Leiden an Herzlähmung mein innigst geliebter Mann und Vater, unser Schwiegersohn und Schwager  
**Emil Rosenow**  
im Alter von 33 Jahren.  
Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 10. Februar, nachmittags 3 Uhr, auf dem Schöneberger Friedhofe in der Maxstraße statt.  
**Die trauernden Hinterbliebenen.**  
Schöneberg-Berlin — Glashütte I. S.

**Achtung! Produkthändler! Achtung!**  
Mittwoch, den 10. Februar, abends 9 1/2 Uhr, in den Armiahallen, Kommandantenstraße 20:  
**Oeffentliche Versammlung**  
aller Produkthändler und Händlerinnen Berlins und Umgegend.  
Tages-Ordnung:  
1. Vortrag über: **Wirtschafts- u. Organisationsfragen.**  
Referent: Herr Ludwig Bartels. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.  
Kollegen und Kolleginnen! Da es sich in dieser Versammlung um eure wichtigsten Lebensbedingungen handelt, bitten wir Euch, Mann für Mann zu erscheinen und schließt Euch dort jeder der wirtschaftlichen Organisation an.  
Der Einberufer:  
Robert Deutsch, Reimoldendorferstraße 46a, I. 286/1

**Deutscher Holzarbeiter-Verband.**  
Morgen Mittwochabend 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15:  
**Sitzung der Ortsverwaltung**  
und der Kontrollkommission.  
78/18  
Die Ortsverwaltung.

**Achtung! Kleber. Achtung!**  
Donnerstag, den 11. d. M., abends 8 Uhr, bei Feuerstein, Alte Jakobstr. 75:  
**Oeffentl. Versammlung.**  
Tages-Ordnung:  
1. Die Situation in unserem Beruf und wie verbessern wir dieselbe? 2. Diskussion.  
Die Kollegen der Werkstätten Martin Otto, Steeger, Haubenreißer, Helm, Bölligle, Hoase, Cohn, Schulz Cohn, Köber, Witt, Wundt, Schlen, Gronau, Schwarzer, Kalmbach, Eickert, Kölligle, Seifert, Rürtenau, Randon u. Roske, Winterfeld und Knauer sind ganz besonders eingeladen. Erscheinen in der Versammlung ist Ehrensache eines jeden Klebers!  
Der Einberufer. 101/2

**Deutscher Buchbinder-Verband.**  
Zahlstelle Berlin.  
Morgen Mittwoch, den 10. Februar, abends 8 1/2 Uhr:  
**Mitglieder-Versammlung**  
im „Gewerkschaftshaus“, Engel-Ufer 15 (Saal I).  
Tages-Ordnung:  
1. Vortrag des Kollegen Drauz über: „Die Fortschritte unserer Organisation in Berlin in den Jahren 1902/03“. 2. Die bevorstehende Urabstimmung. 3. Verbandsangelegenheiten und Verschiedenes.  
Um pünktliches und zahlreiches Erscheinen der Mitglieder ersucht.  
Die Ortsverwaltung.

**Achtung! Einsetzer! Achtung!**  
Mittwoch, den 10. Februar, abends 6 Uhr, bei Feuerstein, Alte Jakobstraße 75:  
**Oeffentliche Versammlung der Einsetzer Berlins u. Umg.**  
Tages-Ordnung:  
1. Bericht über die Lohnbewegung. 2. Bericht der Verhandlungskommission. Es ist Pflicht, daß jeder Kollege erscheint.  
Der Einberufer. 78/19

Nach langem, schwerem Leiden entschlief am Sonntag mein lieber Mann, der Maurer 1644b  
**August Warmbier.**  
Beerdigung: Mittwochnachmittag 3 Uhr in Mariendorf, Heilig Kreuz-Kirchhof.  
Ww. Warmbier, Jagelbergerstr. 8.

**Deutscher Metallarbeiter-Verband.**  
Verwaltungsstelle Berlin.  
Bureau: Engel-Ufer 15, Zimmer 1—3. Fernsprecher: Amt IV, 3353.  
Mittwoch, den 10. d. M., abends 8 1/2 Uhr, im Volkshaus, Köpenickerstr. 3:  
**Bezirks-Versammlung für Charlottenburg.**  
Tages-Ordnung:  
1. Vortrag des Genossen Bänge: „Monatliche Weltanschauung“. 2. Diskussion. 3. Bericht der Delegierten zur hiesigen Gewerkschaftskommission und Reuwahl derselben. 4. Verbandsangelegenheiten und Verschiedenes.  
Mittwoch, 10. d. M., abds. 8 1/2 Uhr, bei Schellhase, Steglitz, Kohnstr. 15a:  
**Bezirks-Versammlung.**  
Tages-Ordnung:  
1. Grimmitzschau und seine Lehren. Referent: Kollege Wuschel. 2. Diskussion. 3. Verbandsangelegenheiten.  
Kollegen! Wir erwarten das Erscheinen aller Mitglieder, da die wichtige Tages-Ordnung es erfordert. Mehr wie bisher muß von Euch für einen guten Besuch der Mitglieder-Versammlungen agitiert werden. 111/9  
Mit kollegialem Gruß Die Ortsverwaltung.

**Genossinnen! Genossen!**  
Donnerstag, den 11. Februar, abends 8 1/2 Uhr, in Kellers Festfälen, Koppenstraße 29:  
**Protest-Versammlung.**  
Tages-Ordnung:  
1. Vortrag der Genossin Klara Zetkin (Stuttgart): **Der Zar in Deutschland voran.** 2. Diskussion.  
Um zahlreiches Erscheinen ersucht. Die Vertrauensperson.

**Central-Kranken- und Sterbekasse der Zimmerer**  
(G. S. Nr. 2, Hamburg).  
Certifizierte Verwaltung Berlin.  
Donnerstag, 11. Februar, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus (Saal 3), Engel-Ufer 15:  
**Mitglieder-Versammlung.**  
Tages-Ordnung:  
1. Abschreibung vom 4. Quartal 1903. 2. Wahl der Revisoren. 3. Verschiedene Kassangelegenheiten.  
Der Vorstand.

**Engelhardt Caramel-Malz-Bier**  
pasteurisiert, ganz alkoholfrei



Vielfach ärztlich empfohlen. Seit vielen Jahren bevorzugt.

Ueberall käuflich! Preis 10 Pfennig ca. 1/10 Liter-Flasche

**Brauerei Ernst Engelhardt Nachf.**  
BERLIN N.  
Abt. I Chausseestraße 33  
Abt. II Bergstraße 22

**Tabakarbeiter und Tabakarbeiterinnen!**  
Mittwoch, den 10. Februar, abends 8 1/2 Uhr, bei Wilke, Brunnenstraße 188:  
**Oeffentliche Versammlung.**  
Tages-Ordnung:  
1. Vortrag des Reichstags-Abgeordneten Hermann Förster-Hamburg über den am 7. März und folgende Tage in Berlin stattfindenden Heimarbeiters-Kongress und die Notwendigkeit der Beschäftigung desselben. 2. Delegiertenwahl. 3. A. Carl Dutry.

**Dankagung.**  
Für die vielen Beweise herzlichster Teilnahme bei der Beerdigung meines lieben Mannes und meines guten Vaters, des Ruhest. **August Arndt** sagen wir allen Freunden und Bekannten, insbesondere den Kollegen der letzten Arbeitsstätte, dem Verband (Zweigverein der Fuher mit seinem Gesangsverein) und dem Verein „Guter Wille“ für die so reichen Kranzsenden und den schönen Gesang innigsten Dank. 1630b  
Die trauernden Hinterbliebenen.  
Für die vielen Beweise herzlichster Teilnahme bei der Beerdigung meines Mannes sage ich allen den tiefgefühltesten Dank.  
Witwe Anna Pötzsch.

**Auguste Gruschow**  
sage ich allen Bekannten, Kollegen und Genossen sowie meinen Herren Chef's und dem Gesangsverein „Vorwärts“ meinen herzlichsten Dank.  
Im Namen der Hinterbliebenen  
**Karl Gruschow.**

**Dankagung.**  
Für die vielen Beweise herzlichster Teilnahme sowie die Kranzsenden bei der Beerdigung meines lieben, unvergesslichen Mannes **August Salomon** sage ich allen meinen herzlichsten Dank. 1630b  
Auguste Salomon nebst Tochter.

**Künstliche Zähne**  
**Karl Winzer,**  
Alexanderstr. 27b I.  
Schönendste Behandlung.  
Teilzahlung gestattet.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

### Theater.

**Dienstag, 9. Februar.**  
Anfang 7 1/2 Uhr:  
**Neues König. Opern-Theater.**  
Don Juan.  
**Schauspielhaus.** Viel Lärm um Nichts.  
**Deutsches.** Robella d'Andrea.  
**Berliner.** Maria Theresia.  
**Veiling.** Hassenfreud.  
**Welfen.** Die lustigen Weiber von Windsor.  
**Neues.** Der Strom.  
**Welfen.** Die Empfehlung. Der Kaufmann Galmei.  
**Central.** Das Schwalbennest.  
**Belle Alliance.** Der Hochtourist.  
Anfang 8 Uhr:  
**Schiller O.** (Wolff-Theater.)  
König Lear.  
**Schiller N.** (Friedrich-Wilhelmstadt.)  
Die Kinder der Erde.  
**Eulens.** Die Weisse aus Lowood.  
**Thalia.** Isadora Duncan.  
**Aleppo.** Orestes.  
**Trianon.** Rabane X.  
**Carl Weh.** Der Alte kommt.  
**Metropol.** Durchlaucht Radleschen.  
**Deutsch-Amerikanisches.** Ueberr'n großen Tisch.  
**Sakno.** Wie einst im Mai. Bedenken.  
**Reichshallen.** Elettiner Säng. Gedr. Herrfeld. Nur eine Nacht.  
**Vollgas Theater.** Lo-Lo. Fred Elmi.  
Spezialitäten. Anfang 8 Uhr.  
**Apollo.** Frühlingluft. Blütenhochzeit. Spezialitäten.  
**Winter-Garten.** Cléo de Mérode. Spezialitäten.  
**Urania.** Landenstraße 48/49.  
Um 8 Uhr: Der Erdball als Träger des Lebens.  
Im Vorland: Dr. B. Donath: Neuere Versuche mit künstlicher Luft, insbesondere die Verflüssigung des Ozons.  
**Jubiläumstraße 57/62.** Sternwarte. Täglich geöffnet von 7 bis 11 Uhr.

**Neues Theater.**  
Schiffbauerdamm 4a-5.  
**Salome.**  
Sofor: Logik des Herzens.  
Anfang 7 1/2 Uhr.  
Mittwoch zum erstenmal: Schwester Beatrix. — Der Schlachtenlenker.

**Central-Theater.**  
Täglich 7 1/2 Uhr:  
**Das Schwalbennest.**  
Operette in 3 Akten v. H. Odouneau.  
Musik von Henry Herbiay.  
Sonnabendabend 4 Uhr: Dalbe Preise. Jeder Erwachsene ein Kind mit einem Extraplatz frei: Der gestiefelte Kater.

**Luisen-Theater.**  
Abends 8 Uhr:  
**Die Waise aus Lowood.**  
Mittwoch: Die goldene Eva.  
Donnerstag: Der Bescheidenste.  
Freitag: Opern-Gastspiel: Der Trompeter von Säckingen.  
Sonnabend: Die regelesten Studenten.

**Deutsch-Amerikanisches Theater.**  
Heute: Köpnickstrasse 67.  
Zam.  
Anfang 8 Uhr.  
Ende 10 Uhr 30 Min.  
GASTSPIEL  
Ad. Philipp.  
Ueberr'n grossen  
Male: **TEICH.**

**Residenz-Theater**  
Direktion E. Lautenburg.  
Abends 7 1/2 Uhr:  
**Die Empfehlung.**  
Abends 8 Uhr:  
**Der kensche Casimir.**

**Metropol-Theater**  
Durchlaucht Radleschen!  
Ausstattungsposse mit Gesang und Tanz.  
Anfang 8 Uhr.  
Rauchen überall gestattet.

**WINTERGARTEN**  
„Pas de Deux“ getanzt von Sign. Fiorentini u. Sgr. Cerutti.  
Kaufmann-Truppe Weibl. Radfahrer.  
Sisters Moulter Rockturnerinnen.  
Brothers Damm Excentric Akrobaten.  
Paul Bally Dressierte Bären.  
O'Neil und Tony Excentrics.  
**Dora Keplinger** Sängerin vom k. k. priv. Theater a. d. Wien.  
**Costantino Bernardi**  
In einer Komödie mit 9 Personen v. Bernardi allein dargestellt.  
Georg Hartmann Zauberkünstler.  
Athleta & Brada Kraftproduktion.  
Cléo de Mérode Biograph.

**Thalia-Theater.**  
Dresdenerstr. 72/73. Amt IV 4440.  
Direktion Jan Kraus und Alfred Schönfeld.  
Heute Dienstag u. Donnerstag 8 Uhr:  
**Gastspiel Isadora Duncan.**  
Mittwoch, Freitag und folgende Tage:  
**Guido Thielscher als Hochtourist.**

**Belle-Alliance-Theater.**  
Belle-Alliancestr. 7/8. Amt VI 283.  
Heute Dienstag u. Donnerstag 7 1/2 Uhr:  
**Guido Thielscher als Hochtourist.**  
Mittwoch, Freitag und folgende Tage:  
**Götterweiber.**

**Cirkus Schumann.**  
Nur kurzes Gastspiel.  
Einzig und allein das höchste und größte Naturwunder der Jetztzeit.  
**Der Chimpanse gen. Consul.**  
Die größte Lebendwürdigkeit.  
**25 Löwen**  
wunderbar dressiert von Herrn Julius Seeth.  
**BABEL.** Grosse Ausstattungs-Pantomime.  
Eine Wanderung durch 8 Jahrtausende.  
Gebrüder

**Urania.**  
Taubenstr. 48/49.  
Um 8 Uhr im Theater:  
**Der Erdball als Träger des Lebens.**  
Hörspiel: Dr. B. Donath: Neuere Versuche mit künstlicher Luft, insbesondere die Verflüssigung des Ozons.  
**Sternwarte** Invalidenstr. 57/62.

**CASTANS PANOPTICUM**  
Friedrichstr. 165.  
**Ein Naturwunder:**  
Die bildschönen  
**Herkules-Brüder**  
Der Indianer-Riese Mianko Karoo.

**Apollo-Theater.**  
8 Uhr:  
**Frühlingluft**  
mit dem Blütenhochzeit.  
9 1/2-11 Uhr:  
**Das glänzende Februar-Programm.**  
Robert Steidl mit neuem Repertoire.  
Joscaryn, Akrobaten.  
Drei Zagnas, Luftakt.  
Morris Cronin, Jongleur-Akt.  
Martin Kottner, Humorist.  
Legays, französisch. Tänzer.  
Messieurs Kosmograph. Neue Bilder.  
**??? Nordini ???**  
Sonnabendabend 8 Uhr ermässigte Preise: **Lysistrata.**

**Kleines Theater.**  
Unter den Linden 44.  
**Elektra.**  
Anfang 8 Uhr.  
Morgen: **Nachtasyl.**  
**Carl Weiss-Theater.**  
Grote Frankfurter Straße 132.  
**Der Alte kommt!**  
Baudenille-Operette in 3 Akten von Max Feldberg und Max Epitomski.  
Anfang 8 Uhr.  
Morgen nachm. 4 Uhr: **Wilhelm Tell.** Abends: **Der Alte kommt.**

**Trianon-Theater.**  
Georgenstraße, zwischen Friedrich- und Universitätsstraße.  
**Madame X.**  
Anfang 8 Uhr.  
Sonnabendabend 8 Uhr: „Biscotte.“  
**Casino-Theater.**  
Vossingstr. 37. Anf. 8. Sonn. 7 1/2.  
Das brill. neue Februar-Programm.  
Dazu nur noch einige Tage:  
**Badekuren.** — Wie einst im Mai.  
Sonnabendabend 4 Uhr: Hotel Klingebusch.

**Passage-Theater.**  
Anfang Sonn. 3. Wochentage 5 Uhr.  
Anfang d. Abendvorstellung 8 Uhr.  
**Die neue Sensation Berlins:**  
**To To,** der mysteriöse Musiker.  
**Fred Edlwi,**  
d. beste Vorwandlungskünstler, schneller als der Blitz.  
**Madge u. Nelly Perry,**  
die reisend. Amerikanerinnen.  
14 ersteklassige Nummern.

**Stadt-Theater Moabit**  
Alt-Moabit 47/49.  
Dienstag, den 9. Februar 1904:  
**Bernhard Rose-Theater-Ensemble.**  
**Die Schule des Lebens.**  
Schauspiel in 5 Akten v. G. Hauptmann.  
Anfang 8 Uhr.  
Donnerstag, den 11. Februar 1904:  
**Mit Vergnügen.**

**Victoria-Säle**  
Rixdori, Hermannstraße 49:  
Dienstag, den 23. Februar:  
Grosses  
**Humoristisches Konzert**  
und  
**Bockbierfest.**  
Eintritt 30 Pf., im Vorverkauf 20 Pf.

**Herrnfeld-Theater.**  
Anfang 8 Uhr. Sonntag 7 Uhr.  
Die anerkannt erfolgreichste Komödie  
**Nur eine Nacht!**  
2 Akte aus einer Ehe.  
Komödie von A. und D. Herrnfeld mit den Prachtdarstellern  
Willi Waldheim . . . . . Donat Herrnfeld.  
Tuschok . . . . . Anton Herrnfeld.  
Dambitsch . . . . . Ferd. Grünecker.  
Premier: Das neue Februar-Künstler-Programm.  
Lyrics-Quartett, Italienisches Opern-Ensemble. 5 Schweser Longonelli in ihren Orig.-Gesängen u. Tänzen.  
Harka Freya. — Hilda Stadthagen.  
**Neu! Neu!**

**W. Noacks Theater.**  
Direktion: Robert Dill.  
Brunnenstrasse 10.  
**Ein gemachter Mann.**  
Anfang 8 Uhr. Eintritt 30 Pf.  
Mittwoch: Keine Vorstellung.  
Donnerstag:  
**Extra-Vorstellung.**  
**Palast-Theater**  
Burgstraße 22, früher Foen-Palast.  
Heute und folgende Tage 8 1/2 Uhr:  
**Das Millionemädel.**  
Am Spezialitätenabend:  
Signora Ernesto mit ihrem mysteriösen Geliebten.  
Lilli Eriston, Kollin-Soubrette.  
Doamando und Anni, Luft-Kraftakt.  
Mr. C. Jürgensen, Wilmier.  
Leo Raffalle, Duo-Darbühnenmaler.  
Anfang 8 Uhr. Eintritt 50 Pf.  
Freitagabend 8 Uhr: **Gilbe**  
Vorstellung: **Wilhelm Tell.** Schauspiel in 5 Akten v. F. v. Schiller.  
Gastspiel bedeutender Bühnenkünstler.  
Vollständig neue Ausstattung. Galde Stiefelpresse.

**Fröbels Allerlei-Theater**  
H. Puhlmann, Schönhauser Allee 148.  
Gastspiel der  
**Harburger Säng. Frei-Tanz.**  
Nach der Vorstellung:  
Anf. 8 Uhr. Eintritt 30 Pf.

**Sanssouci.**  
Schönhauser Thor — Stat. der Hochbahn.  
Dienstag: Theater-Abend.  
Ein Mann aus dem Gasse.  
Holtstäd von J. Ellens.  
Verl. v. Roland in Berlin.  
Sonntag, Montag und Donnerstag:  
**Hoffmanns Norddeutsche Säng.**  
Nach der Sotree: **Tanz.**  
Dochentage: Vorzugskarten gütlig.

**Reichshallen**  
**Stettiner Säng.**  
Zum Schluss neu:  
**Die Berliner bei den Pereros.**  
Anfang 8 Uhr.  
Sonntag 7 Uhr.

**Cirkus Busch.**  
Nur noch kurze Zeit  
**Die offene Schleiße**  
8 Meter Sprung.  
von Monsieur Satan aus Paris.  
Nur noch kurze Zeit!  
**Wander-Dressur** des Hr. Richard Sawade mit seinen wilden Königsligern.  
Zum 49. Male:  
**Aus den Alpen.**  
Bemerkenswert:  
**Der Automobilsturz.**

**Steidl-Theater**  
Linien-Oranienburger Thor.  
strasse 132.  
Riefenerfolg!  
**Das teure Vaterhaus.**  
Dramat von Fritz Steidl.  
Vollständig neues Programm.

**Königstadt-Kasino**  
Holzmarktstr. 72, Ecke Alexanderstraße.  
Täglich:  
**Franz Sobanaki.**  
Die neuen Spezialitäten mit **Hedwig Böring.**  
Zum Schluss die **Der Polacke.**  
Gesangsposse.  
Nach der Vorstellung: Mittwoch, Sonntagabend u. Sonntag: **Tanz.**

**J. Kurzberg**  
Neue Königstr. 47  
direkt am Alexanderpl.  
Liefert eleg.  
nach Mass bei nur geringer Teilzahlung.  
Werkstatt im Hause.  
**Herrn- und Damen-Mohlen**

**Secreta**  
Bewegliche künstl. Menschen-Augen fertigt direkt nach der Natur in Gegenwart der Patienten.  
**W. Müller, Albrechtstr. 16.**  
Einziges Augenklinik Berlin.  
Anatomisch richtige Formen für jede Augenhöhle, ohne jede Beschwerden, unter Garantie.  
Künstliche Augen vom Lager zu Spezial-Briefen.  
41402\*

**Stoff-Reste**  
für Herrenanzüge, Paletots usw.  
**spottbillig.**  
**Tuchfabrik-Niederlage**  
Berlin C., Rosstrasse 2  
**Koch & Seeland.**

**Bruch-Pollmann**  
empfiehlt sein Lager in Bruchhandgarn, Leibbinden, Geradestalten, Spritzen, Suspensoren, sowie sämtliche Artikel zur Krankenpflege.  
**Eigene Werkstatt.**  
Lieferant! Orts- u. Hilfs-Krankenstellen  
Berlin C.,  
**30. Finien-Strasse 30.**  
NB. Alle Bruchbänder mit elastischen Belfoten, angenehm und leicht am Körper.  
38252\*

Im Verlage von **G. Birk & Co.,** München, erschien und durch alle Buchhandlungen und Kolportageur ist zu beziehen:  
**Die Opfer der Kaserne**  
von Rudolf Kraft  
fr. harr. Oberleutnant a. D.  
96 S. Groß. 50 Pf.  
Die Schrift des bekannten Militär-Schriftstellers enthält eine Fülle von Material gegen den Militarismus und über die Soldatenmishandlungen.  
Demnächst erscheint:  
**Julius Vahlteich: Ferd. Lassalle**  
und die Anfänge der deutschen Arbeiterbewegung.  
Preis 1 Mk. 40882\*

**10% Rabatt**  
auf  
**Echte Perser Teppiche**  
und handgeknüpfte  
**Smyrna, indische u. türkische Fabrikate.**  
Tappich-Specialhaus **Emil Lefevre,**  
Oranienstr. 158, Berlin S.  
Seiten günstige Kaufgelegenheit.

**5 1/2 Pfund Brot**  
Badware **50 Pf.**  
6 Stück 10 Pf.  
**Albrechts Bäckereien:**  
Wangelstraße 9, Kraussstraße 19, Hallesche Str. 28, Zeughausstr. 2, Marktstraße 11, Stand 229/33, Marktstraße 11, Stand 16/18.

**Masken-Garderobe**  
von 38242\*  
**Carl Ernst,**  
Königsplatz 199, 1 Tr.  
Größe Answahl!  
Günstige Preise!  
Vorläufer dieser Annonce erhält 10% Preisermäßigung.  
1373.

**Beerdivigungsverein**  
**Berliner Zimmerleute.**  
Ungeliebter Umstände halber findet der schon bekannt gemachte **Maskenball** nicht am 20., sondern schon am **13. Februar** statt in den Gemächern der **Fräulein Königl. Schönhauser Allee** (am Schönhauser Thor), wozu wir die Mitglieder, Freunde und Gönner unseres Vereins freundlichst einladen, recht zahlreich zu erscheinen.  
Eintrittskarten a 50 Pf. sind vorher bei den unterzeichneten Komiteemitgliedern zu haben: **Lebb, Poststr. 29; Poststr. 29; Schulstr. 102, 5. Aufgang 2 Treppen; Jahn, Uferstr. 10, 1. Seitenfl. 2 Tr.; Hagenstein, Schmöderstr. 21, Seitenfl. 3 Tr.; Sagonz, Kastanien-Allee 12; J. m. m., Schreinerstr. 50, 2. Aufg. 3 Tr.; Girtz, Waldemarstr. 49, dort parterre; außerdem bei den Mitgliedern Herren **Vandelow, Lange-straße 13 im Restaurant, und Brungel, Wilmersd. Str. 61, Seitenfl. 3 Tr.**  
Anfang 8 1/2 Uhr. [286/3] **Das Komitee.****

Gruppe Berlin des Bundes der Vereine für naturgemässe Lebens- u. Heilweise.  
Morgen **Mittwoch, 10. Februar, 8 1/2 Uhr abends, in Gräße 6 Central-Besitzung, Allee Zetobhr. 32:** 16345  
**Oeffentlicher Vortrag.** Herr Dr. med. Prager spricht über: **Reife** (Kritik und das Sozial der Krankenpflege).  
Diskussion. — Versäume niemand diesen sensationellen Vortrag.  
Eintritt 20 Pf. **Der Vorstand.**  
Zimmer für 50 und 20 Personen, auch für Gesangsvereine. **Neues Pianino, Tischlerstr. 39, 1. Etage.**  
**Karl Grosser.** (Zwischen Bahnhof Ecke und Alexanderplatz.) Telefon: Amt III, 1813. Vertretungsstelle des Verbandes deutscher Gastwirtschaftlichen. 43002\*

Berlin SO. 16,  
**H. & P. Uder, Engel-Ufer 5.**  
Fabrik-Lager sämtlicher gangbarer Kautabake.  
**Spezialität: Nordhäuser Kautabak**  
stets frisch zu billigsten Engros-Preisen. 3055L\*  
Amt 4, 3014.

Franco geg. Nachn. Keine Nebenberechnung! Konkurrenz berechtigt.  
Porto zc. extra mit 70 Pf. So lg. Vorrat. Man bestelle sofort!  
**Das Konkurrenzkolli.**  
1 ganzer fetter Kieler Rauchsal.  
2 Dosen ca. 50 Delikatesshering, u. Rollmops.  
1 Dose französische Gelsardinen.  
1 Stück ff. Lauch, 1/2 N. Caviar.  
u. noch 60 Brätheringe, Büchl, u. Spratten.  
Alles zusamm. 4 1/2 Mk., aber franco. Fischkochbuch gratis.  
H. Degener Nord- u. Ostseefischerei-Exp. Swinemünde, 102.  
ca. 100 neue Salzher., Brauer u. Delikatesshering u. Rollmops. Zusamm. 4 Mk. franco. 134/9\*

**Jede Uhr**  
zu reinigen kostet bei mir unter Garantie nur **1,50 Mk.**, außer Bruch. Meine Reparaturen billiger. **Trauringe** in jedem Gold und Doublet zu billigen Preisen in jeder Größe und Nummern feils am Lager. **Großes Ketten-Lager** zu allen Preisen. 38092\*  
**Emil Rothert, Uhrmacher und Goldarbeiter,**  
Andreas-Strasse 62. — Frankfurter Allee 114.

Verlag von **Otto Janke, Berlin SW. 46.**  
Soeben erschienen:  
**Erstklassige Menschen.**  
Roman aus der Offizierskaste  
von  
**Freiherr von Schlicht.**  
(Wolf Graf v. Baudissin.)  
Der bekannte Verfasser, selbst Aristokrat und Offizier a. D., greift die Sonderstellung des Offiziers in der „Gesellschaft und im öffentlichen Leben“ an, die Guldheiraten, Schuldenmachen und sogar sittliche Verfehrungen zur Folge hat. Der sogenannte „guten Gesellschaft“ rechnet er den größten Teil der Schuld an bei der Züchtung dieser „erstklassigen Menschen“. Das Buch wird besonders auch durch die Persönlichkeit des Verfassers aufsehen erregen, es kommt in diesen Kreisen selten vor, dass jemand so scharfe Liebe an die Standesgenossen austellt.  
1 Band. 23 Bogen. Preis ungeb. 4 Mk., geb. 5 Mk.

**Wer-Stoff-hat.**  
Herige Anzug 20 Mk., feinste Anth. 2 Anproben, für guten Stoff bestm. goldne Wabale.  
**Ludwig Engel.**  
Grenzauerstraße 23, 2 Tr., nahe Alexanderplatz. Begr. 1892.

**Kranz- und Blumenbinderei**  
von **Robert Meyer,**  
nur **Mariannen-Strasse 2.**  
Vereins-Bezüge, Palmen, u. Blumenarrangements, Bouquets, Gullanden usw. werden fein u. preiswert geliefert.

**Kranz- und Blumenbinderei**  
von **H. Rodewald,**  
Alexandrinenstrasse 1a.  
Kranze mit Bindungsstellen, Kranz, zu Festlichkeiten, Bouquets, Topfgewächse jeder Art zc. preiswert.  
**Dr. Schünemann**  
Spezialarzt für Haut, Horn- und Frauenleiden. Seydelstr. 9.  
12-1/3, 1/3-1/5, Sonn. 9-11  
**Dr. Simmel,** Str. 47.  
Spezialarzt für **170/13\***  
**Haut- und Hornleiden.**  
10-2, 5-7. Sonntags 10-12 2-4.

**Neues Parzellierungsterrain!**  
2 1/2 Meilen v. Centrum Berlins,  
Mark vor **Rute !!**  
Straßenland gratis, feinstes Gartenboden, herrliche, gesunde Lage, verl. Schutz, Rinderf., Renaustr. 12, Burkhardt, Ober-Schöneweide, Siemensstr. 9. \*

**Stenographie**  
**Stolze-Schrey.**  
Unterrichtskurse finden statt:  
Freitag, 12. Februar, abends 8 1/2 Uhr, bei Gruppe, Varnhagenstr. 16.  
Sonntag, 14. Februar, vorm. 10 Uhr, bei Herrsching, Reichensbergerstr. 19, am Rottbuler Thor.  
Unterrichtsgeld 6 Mark inkl. Lehrmittel. Die erste Stunde ist frei.  
Für Fortgeschrittene findet jeden Freitagabend bei Gruppe, Varnhagenstr. 16 Unterrichtsstunde statt. 1373.

**Aus Industrie und Handel.**

**Kapital und Presse.**

Wenn die Agrarier zur Verdeckung egoistischer Motive mit dem sogenannten nationalen Gedanken operieren und in patriotischen Krüften die hohen Verdienste des nationalen Schweine- und Viehdiebs um die deutsche Volkswirtschaft preisen, spöttelt gerne die Presse mit hämischer Ueberlegenheit über die krause Argumentation der ostelbischen Herren; liegt aber das Ausspielen des nationalen Gedankens im Interesse der Profitpolitik der Hochfinanz, dann verfährt sie genau nach demselben Rezept. Der Beweis dafür liefert das Verhalten der liberalen Handels- und Börsenblätter zu den Erwerbungen von Petroleumfeldern in Rumänien durch die Deutsche Bank und die Berliner Diskontogesellschaft. Ganz im Stile der agrarischen Hochfinanzpolitik wird in den meisten der jüngst erschienenen Auslassungen jener Blätter von der Verletzung der nationalen Interessen durch die Geschäftspolitik der Standard Oil Co. und ihrer deutschen Tochtergesellschaft, der Deutsch-amerikanischen Petroleumgesellschaft, geredet und die Gründung der neuen Petroleumgesellschaft durch die Deutsche Bank als eine verdienstvolle Befreiung des deutschen Konsums von Rockefeller's Weltmonopol gefeiert, obgleich die neue Gesellschaft bekanntlich keineswegs zur Förderung der deutschen Petroleumindustrie, sondern zum Import rumänischer, vielleicht auch galizischer Petroleum gefördert ist, und niemand weiß, ob sie tatsächlich einen Konkurrenzkauf gegen die Standard Oil Co. zu eröffnen gedenkt oder nicht vielmehr in stiller Bescheidenheit vorziehen wird, mit dieser sich friedlich in der Ausbeutung des lieben Publikums zu teilen.

Wenig schon, daß es sich um eine deutsche Gesellschaft, um deutsches Kapital handelt, genügt in diesem Fall der Handelspresse, die erwählte Gründung als nationale That zu feiern. Zwar findet man in den betreffenden Artikeln nebenbei noch allerlei energische Resierungen gegen amerikanische Monopolbestrebungen; aber auch hier liegt nicht etwa, wie naive Gemüter annehmen könnten, der Nachdruck auf dem Worte „Monopol“, sondern lediglich auf dem Wort „amerikanisch“. Gegen deutsche Monopolbestrebungen, mögen sie auch den deutschen Konsum und die deutsche Industrie ungleich härter treffen, haben die meisten jener Blätter absolut nichts einzusetzen, wie sie denn auch nicht nur die Praktiken des Rheinisch-westfälischen Kohlenyndikats ganz gerechtfertigt finden, sondern auch in den letzten Monaten Tag für Tag in der unverfrorensten Weise für das geplante Stahlwerks-Kartell agitiert haben.

Doch nicht immer ist die liberale Börsenpresse patriotisch und national; wenn es im Interesse ihrer Götter von der hohen Finanz liegt, macht sie auch zur Abwechslung in Kosmopolitismus, sogar in Amerikanismus. Ein solcher Fall läßt sich gerade jetzt wieder konstatieren, wo die Hochfinanz dabei ist, das deutsche Publikum für amerikanische Eisenbahn-Obligationen recht fragwürdiger Qualität zu interessieren. Besonders handelt es sich um die vierprozentige Refunding Mortgage Gold Bonds der Long Island Railroad Company, von denen zur Zeit die Diskontogesellschaft im Verein mit ihrer Filiale, der Norddeutschen Bank in Hamburg und des Bankhauses R. R. Warburg u. Co. für 10 Millionen Dollar — eingeteilt in 7500 Bonds a 1000 Dollar und 5000 Bonds a 500 Dollar — zum hohen Zeichnungskurs von 99,60 Proz. auf dem deutschen Markt abzusehen sucht.

Die Long Island Railroad Company gehört zu den mit am höchsten verschuldeten amerikanischen Eisenbahn-Unternehmungen; das Aktienkapital beträgt 12 Millionen Dollar, die Bondschuld stellt sich nach dem Prospekt am 30. September vorigen Jahres auf 21,77 Millionen Dollar, die Bondschuld der von der Long Island Railroad Co. gepachteten Eisenbahnlinien auf 4,48 Millionen Dollar. Von diesen sind 4,18 Millionen — Kapital wie Zinsen — durch die Long Island R. R. Co. garantiert, ferner hat sie für 82.500 Dollar eine jährliche Dividenden-Garantie von 38.462 Dollar übernommen. Die gepachteten Bahnen tragen eine hypothekarische Belastung von nicht weniger als 41,88 Millionen Dollar, und die unbefriedigten Rechnungen hatten nach der Bilanz vom 30. Juni vorigen Jahres die Höhe von 34,66 Millionen Dollar erreicht. Dividenden hat die Long Island R. R. Co. denn auch schon seit acht Jahren nicht mehr verteilen können, während ihre Passiva stetig anschwellen. Sie hat sich deshalb bei ihren früheren Bondausgaben mehrfach schon zu 5 und sogar 7 Proz. Zinsen verstehen müssen.

Son den neuen vierprozentigen Refunding Mortgage Gold Bonds werden für 45 Millionen Dollar ausgegeben, die im Range der eben genannten Bondschuld nachstehen, also milderer Güte sind. Allerdings sollen von diesen 45 Millionen etwa 26,6 Millionen zum Rückwerb der früher ausgegebenen Bonds dienen, doch kann diese Konvertierung der alten Bonds in neue nicht zwangsweise vorgenommen werden. Nur ein Teil von rund 6,8 Millionen Dollar kann gekündigt werden; betreffs des übrigen Teils steht es ganz im Willen der Bondbesitzer, ob sie ihre höher verzinslichen Bonds behalten oder umtauschen wollen. Soweit sie nicht auf die Konvertierung eingehen, behalten ihre Bonds das Vorrrecht vor den neuen Mortgage Bonds.

Unter diesen Umständen dürften sich wohl nur ganz wenige naive Seelen zur Anlegung ihres Geldes in den neuen vierprozentigen Bonds gefunden haben — besonders nicht bei einem Einzahlungskurs von 99,60 Prozent. Die Long Island R. R. Co. läßt deshalb ihre neuen Obligationen durch die Pennsylvania-Eisenbahn garantieren. In den meisten Blättern wird diese Garantie als eine durchaus sichere hingestellt; tatsächlich aber gehört eine solche Dosis von Unkenntnis oder Optimismus dazu, eine solche Sicherheit zu behaupten. Das emittierte Aktienkapital der Pennsylvania Railroad Co. betrug am 30. November v. J. 206,4 Millionen Dollar, die fundierte Schuld 115,6 Millionen Dollar. An Dividenden sind von 1894—99 alljährlich 6 Proz., in den letzten Jahren jedoch 6 Proz. verteilt worden. Das erscheint ganz passabel; es kommt aber hierbei in Betracht, daß die Jahre seit 1898 infolge der amerikanischen Hochkonjunktur ganz besonders günstig für die amerikanischen Eisenbahnen gewesen sind, vor allem für jene Bahnen, denen, wie der Pennsylvania Railroad Co., der Gütertransport in den Hauptrevieren der amerikanischen Eisenindustrie zugefallen ist.

Inmerhin könnte die Garantie als sicher gelten, wäre nur nicht die Pennsylvania-Bahn anderweitig in höchstem Maße finanziell engagiert, ein Punkt, der sowohl im Prospekt der Bank, als in den Aufzählungen der Presse mit Stillschweigen übergangen wird. Ende 1902 befah z. B. die Bahn nicht weniger als 67 Proz. des sich auf 48 Millionen Dollar belaufenden Aktienkapitals der von ihr abhängigen Pittsburg, Cincinnati, Chicago und St. Louis Railway Co., die in den letzten Jahren trotz des Aufschwunges des amerikanischen Wirtschaftslebens, auf ihre Vorzugsaktien nur 2 Proz. Dividende verteilt hat, auf ihre Stammaktien durchweg nichts. Außerdem aber hat die Pennsylvania Railroad Co. die Garantie für 25 Millionen Dollar 4 1/2-prozentige Goldbonds und für 75 Millionen Dollar Consolidated Mortgage Bonds der genannten Bahn übernommen. Hinzukommt noch, daß die Pennsylvania-Bahn nach Mitteilungen

amerikanischer Zeitungen eine neue Anleihe von 50 Millionen Dollar plant, nach einigen Meldungen, um auf dem Umwege über die von ihr beherrschte Norfolk und Western Bahn die Western Maryland Bahn von sich abhängig zu machen, nach anderen Meldungen um die Hudson und Manhattan Railroad Co. unter ihre Herrschaft zu bringen. Wie ein am Sonnabend eingelaufenes Telegramm aus New York anzeigt, ist inzwischen diese Anleihe mit der Bankfirma Kuhn, Loeb u. Co. auf der Basis von 4 1/2 Proz. abgeschlossen worden.

Welcher Wert danach den neuen Obligationen der Long Island Railroad Co. beizumessen ist, bedarf keiner weiteren Erörterung. Um so sonderbarer ist, daß fast die ganze Handels- und Börsenpresse, von den sogenannten demokratischen bis zu den gemäßigten liberalen Blättern die Refunding Mortgage Gold Bonds anpreisen oder ohne Kommentar Auszüge aus dem Prospekt im Handelsteil abdrucken. Allerdings haben sich die Banken ihre Inserate, in denen sie zur Zeichnung einladen, recht respektable Summen kosten lassen. Nur einige wenige Blätter wagen eine schüchterne Anzweiflung des Wertes der neuen Obligationen. So schreibt das „Berliner Tageblatt“:

„Danach gehört die Pennsylvania-Bahn zu den prosperierendsten Bahnen Amerikas. Die von ihr für die Long Island Bonds geleistete Garantie ist deshalb nicht zu unterschätzen. Trotzdem vermögen wir im Hinblick auf die Eigenartigkeit amerikanischer Eisenbahnverhältnisse auch die Long Island Bonds nur als eine relativ sichere Anlage zu bezeichnen.“

Etwas deutlicher wird der „Deutsche Oekonomist“:

„Der Subskriptionspreis von 99,60 Proz. erscheint jedenfalls sowohl im Vergleich mit unsren besten heimischen Anleihen wie im Vergleich mit andren guten amerikanischen Bonds — wir erinnern nur an die vierprozentigen San Louis und San Francisco Bonds — viel zu hoch.“

Das ist alles ein interessanter Beitrag zum Kapitel: Kapital und Presse.

**Der japanisch-russische Krieg und die Börse.**

Die Meldung von dem Abbruch der diplomatischen Beziehungen zwischen Rußland und Japan hat heute an allen großen europäischen Börsen zu starken Kursfällen der Staatspapiere geführt, besonders natürlich der russischen und japanischen Papiere. In London schwankte der Kurs der vierprozentigen Japaner längere Zeit zwischen 66 bis 70 Proz., hielt sich dann zum Schluß aber auf 68 Proz. In Paris fiel die vierprozentige russische Staatsanleihe auf 93, während die dreiprozentigen Anleihen, die am Sonnabend noch 79 1/2 notiert hatten, auf 75 Proz. geworfen wurden. Auch hier in Berlin begann die Börse — da man in Anbetracht der teilsen Finanzlage Rußlands und Frankreichs noch immer auf einen Ausgleich der Streitigkeiten im fernem Osten gerechnet hatte, mit einer allgemeinen Waise, die indes weniger aus einem überstarken Angebot als aus einer völligen Zurückhaltung der Käufer entsprang. So erlitten die Aktien der hiesigen großen Banken gleich bei Beginn der Börse mehrprozentige Kursstürze, z. B. die Deutsche Bank um 5 Proz., Diskontogesellschaft um 3 1/2 Proz., Dresdner Bank um 5 Proz., der Schaaffhausen'sche Bankverein um 3 1/2 Proz. Ein nicht minder starker Rückschlag machte sich auf dem Montanmarkt geltend, die Aktien der Laurahütte fielen zum Beispiel 3/4, des Selsenkirchener Bergwerks 5/8, der Hibernia 7, der Harpener Bergwerks-Gesellschaft 3/4, des Bochumer Vereins 3/4, der vierprozentigen russischen Anleihen und die russischen Eisenbahnprioritäten, für die offiziell erste Kurse nicht festgesetzt worden, fielen im Markt um 2 bis 2 1/2 Proz., während gleich zu Beginn die Aktien der Russenbank auf 123 1/2 sanken, also beinahe 9 Proz. einbüßten. Selbst die dreiprozentige deutsche Reichsanleihe und die preussischen Konsols verloren 90 Pf.

Auch auf dem Kassamarkt wurden eine Reihe Kurse geworfen, vielfach um mehr als 10 Proz. Dagegen hatten an der Produktenbörse die Nachrichten aus Petersburg und London ein Steigen der Preise für Weizen, Roggen und Hafer um 2—3 M. pro Tonne zur Folge, da man in den beteiligten Kreisen damit rechnet, daß infolge des Krieges die Getreide-Ausfuhr aus Rußland abnehmen und zugleich die Preise für amerikanischen Weizen und Hafer steigen werden, weil den Vereinigten Staaten von Amerika in erster Linie die Verproviantierung Japans mit diesen Cerealien zufallen dürfte.

Der Stahlwerks-Verband ist nach vielen Irrungen nun doch zu stande gekommen; allerdings nicht in der Ausdehnung, in der er anfangs geplant worden. Eine Reihe der größten Werke bleibt ihm fern, doch ist es immerhin den um jeden Preis zur Gründung entschlossenen 15 Werken gelungen, aus dem Lager der Schmollenden noch fünf Firmen zu sich herüberzuziehen, so daß an dem Zusammenschluß jetzt 20 Werke beteiligt sind, nämlich: Kachener Hütten-Atenverein „Rote Erde“, Deutscher Kaiser, Gutehoffnungshütte, Förder Verein, Eisen- und Stahlwerk Hölz, Rheinische Stahlwerke, Dortmunder Union, Burbacher Hütte, Köchlingsche Eisen- und Stahlwerke, Bombacher Hüttenwerke, Gebr. Stamm, De Wendel, Preiner Stahlwerk, Deutsch-Luxemburgische Bergwerke und Hütten-Aten-Gesellschaft, Dödelinger Eisenhütten-Atenverein, Maximilianshütte, Voßbringer Hüttenverein Aumey-Grube, Dillinger Hüttenwerke, Gosper Eisen- und Stahlwerke, Eisenwerk Krämer. Diese 20 Werke beschloßen, den Verband zu bilden und die Konstituierung am 24. und 25. Februar vorzunehmen. Die Forderungen von Krupp und Höpfer wurden einstimmig als unangemessen hoch bezeichnet und abgelehnt. Die Verhandlungen mit den übrigen rheinisch-westfälischen Werken sollen unverzüglich aufgenommen werden; auch sollen bis zur nächsten Hauptversammlung Vorschläge ausgearbeitet werden, auf Grund deren der Beitritt der oberhessischen Gruppe angestrebt werden solle.

Preussische Pfandbriefbank, Berlin. Der Jahresbericht weist eine nicht unbedeutliche Ausdehnung der Geschäft nach. Im Hypothekengeschäft wurden 29 346 800 M. (i. R. 27 798 000 M.) neu abgeschlossen und 8 820 800 M. prolongiert. Zur Auszahlung kamen 26 788 300 M., zurückgezahlt wurden 4 709 300 M., so daß der Hypothekenbestand auf 206 158 600 M. angewachsen ist. Der Gesamtverkauf an Pfandbriefen über den Rücklauf hinaus belief sich auf 26 387 500 M. Von 3 1/2-prozentigen und 3-prozentigen minderbilligeren Kommunalobligationen wurden per Saldo 10 564 200 M. begeben. Der Bestand an Darlehensforderungen ist um 30 691 000 M. gegen 20 524 600 M. im Vorjahre, der Umlauf an Emissionspapieren um 35 039 800 M. gegen 18 008 700 M. gestiegen. Der Reingewinn beläuft sich auf 1 880 313 M. gegen 1 864 277 M. im Vorjahre, von dem nach Abzug verschiedener Rückstellungen eine Dividende von 7 Proz. zur Verteilung gelangt.

**Gewerkchaftliches.**

**An die Arbeiterschaft Deutschlands.**

Wie der hier nie gekannte Jubel von Arbeitern aus allen Ecken Deutschlands beweist, ist die aller Menschlichkeit Hohn sprechende Verhinderung des Arbeitgeberverbandes „Untereiser“ in den weitest möglichen Fällen von Erfolg. Derselbe sucht fortgesetzt in allen Teilen Deutschlands Arbeitkräfte nach den Arbeitsplätzen

an der Untereiser, Bremen, Begeck, Bremerhaven, Geestemünde, Lehe und heranzuziehen, obgleich hier bereits eine große Arbeitslosigkeit herrscht.

Zusubereiten werden gesucht: Schlosser, Maschinenbauer, Dreher, Messerschmiede, Schneide, Schiffbauer, Rieter, Former, Gelbgießer, Kupfer- und Schmiedearbeiter.

Auf welchen Wegen diese Verarbeit vollzogen wird, zeigt uns ein Plakat, das in Minden i. W. auf dem Bahnhof aushängt, da ist zu lesen:

Arbeiter oben genannter Berufe wollen sich wegen Arbeit an die Arbeitsnachweisstelle des Arbeitgeberverbandes „Untereiser“ in Bremen, Begeck und Bremerhaven wenden, bevor sich dieserhalb unter Vorlage des Militärpasses, Führungsattest und der Zeugnisse ihrer früheren Tätigkeit bei einer dieser Stellen melden. Arbeitgeberverband Untereiser.

Anmeldungen beim Vorsitzenden des Arbeitervereins Minden in Weisfalen, R. Kumpf, Königstraße 40.

(Zur Stempel: Bremischer Landes-Arbeiter-Verband.)

Die Arbeitervereine werden als „williges Werkzeug“ benutzt, um gefühlige Arbeitkräfte zu dem Heer der Arbeitslosen an die Untereiser heranzuziehen.

Um Ihnen ein Bild von der Arbeitslosigkeit zu geben, diene folgendes:

Die Arbeitsnachweisbureau in Bremerhaven haben über ihre Tätigkeit in den letzten Monaten folgende Zahlen veröffentlicht: Es meldeten sich an den genannten Stellen im

Oktober v. J.	3511 Arbeit.	1335 erh. Arbeit.	2176 bl. Arbeit.
Novbr.	2932	893	2039
Dezbr.	1676	684	992

Im Monat Januar hat sich die Zahl der um Arbeit Nachsuchenden wieder bedeutend vermehrt, während die Arbeitslosigkeit eine viel schlechtere geworden ist. Bedenklich traurig liegen die Verhältnisse an den übrigen Arbeitsplätzen der Untereiser. In ihrem eignen Interesse warnen wir die Arbeiter allerorts davor, dem Liebeswerben des Arbeitgeberverbandes „Untereiser“ Gehör zu schenken und nach hier zu kommen, da bei den oben veröffentlichten Zahlen es ausfällt, daß hier sobald lohnende Beschäftigung zu finden, die Lebens- und Wohnungsverhältnisse am Plage aber die denkbar besten sind. Wir haben schon Protest- und Arbeitslosen-Versammlungen abgehalten. Weiter sind Eingaben an den Stadtrat von Bremerhaven, die Magistrat von Lehe und Geestemünde ergangen, die letzteren haben uns mit einer Antwort beglückt, die besagt, daß es nicht schön ist, zu dem Heer der Arbeitslosen immer neue Scharen heranzuziehen, erklären sich aber außer stande, um hier einzugreifen, außerdem ist ihnen noch nicht einmal bekannt, ob überhaupt Arbeitgeber von fraglichen Städten in dem Arbeitgeberverband sind, trotzdem es die Spaten von den Dächern pfeifen. Der Stadtrat von Bremerhaven, der Stadt, wo die Streifbrecherbureau domiziliert hat bis jetzt überhaupt nicht geantwortet.

Wir sehen also, daß von dieser Seite ein Einschreiten gegen die standlose Heranziehung immer mehr Arbeitsloser nicht zu erwarten ist. Deshalb wenden wir uns im vorstehenden an familiäre Gewerkschaftskartelle, Parteien und Gewerkschaftsblätter Deutschlands mit der dringenden Bitte um möglichste Verbreitung dieser Thatfachen.

Die Vorstände der Gewerkschaftskartelle ermächtigen wir, sollten in nächster Zeit durch Inserate oder Plakate Arbeitskräfte zum Arbeitgeberverband nach hier gesucht werden, auf untre Kosten im Inseratenteil einer geeigneten Zeitung durch Veröffentlichung obiger Zahlen die Arbeiterschaft vor einer Reise nach hier zu warnen, denn was dieselben hier erwartet, ist alles andre als beneidenswert. Lehe/Bremerhaven, im Februar 1904.

Mit Parteigruß  
Das Gewerkschaftskartell Bremerhaven und Umgegend  
J. A.: Wilh. Angele, Lehe, Weserstr. 23.

**Berlin und Umgegend.**

Eine Organisation der Zuschneider Berlins, die auf dem Boden der modernen Arbeiterbewegung steht, wird angestrebt. Zur Zeit existieren hier drei getrennte Gruppen der Branche, die man zu einem Verband vereinigen will. In einer außerordentlichen Versammlung der Zuschneider-Vereinigung Berlins wurde der Vorschlag gemacht, aus allen drei Gruppen eine vorbereitende Kommission zu wählen, deren Beratungen als Grundlage für eine Vereinigung derselben dienen sollen. Später wird dann eine gemeinsame öffentliche Versammlung endgültig über die Frage Beschluß fassen.

**Deutsches Reich.**

Ein Sängerstreik in Kachen. Im Kachener Stadttheater kam es jüngst zu einem Streik der Chorsänger. Die Direktion des Theaters veranstaltet von Kachen aus auch Konzerte in benachbarten Orten, für die natürlich dem Personal eine besondere Entschädigung gezahlt werden muß, da dasselbe in solchen Fällen auch besondere Anstrengungen hat, seine Wahlzeiten in Wirtshäusern nehmen, eventuell auch Logiskosten bezahlen muß usw. Die Höhe dieser Entschädigung war indes nicht vorgegeben. In einem Falle zahlte die Direktion dem Chorpersonal Diäten von 3,50 M. für die Fahrt nach M. Gladbach, wofür die Leute jedoch nicht zu recht kamen. Bei einem zweiten Absteher nach Krefeld verlangten sie 5 M. pro Person, und nun kam es zu dem Streik, den wir, um jedem Wortwuch der Parteilichkeit von vornherein vorzubeugen, nach dem Briefe eines Vertreters der Direktion an die „Allgemeine Deutsche Chorverbands-Zeitung“ schildern wollen. Es heißt in demselben:

„Am Tage des Abstehers kam ein Schreiben, daß sich die Chordamen und -Herren (mit einigen Ausnahmen) weigern, nach Krefeld zu fahren, falls sie nicht sofort gleichzeitig mit der Fahrkarte die Diäten von 5 M. unbezahlt bekommen. Selbstverständlich hat Herr Direktor dies nicht. Nachmittags 2 Uhr 18 war die Abfahrt nach Krefeld, die Chorsänger hatten sich in einem Wirtshaus in der Nähe des Bahnhofes versammelt und ließen nochmal Herrn Direktor, welcher am Bahnhofe war, sagen, er solle in das Wirtshaus sofort die beanspruchten 5 M. und die Fahrkarte jedem schicken, was Herr Direktor selbstverständlich wieder nicht that und kein Direktor der Welt gethan hätte. Die Abfahrt erfolgte schließlich ohne die nun offiziell streikenden Damen und Herren vom Chor. Unter Führung des Herrn Senja begab sich eine Deputation zu Herrn Bürgermeister, welcher dieselben abweidlich beschied.“

Das „Selbstverständlich“ in der Ablehnung jeder Forderung ist thöricht. Auch die Herren Musikindustriellen, die sich Theater-Direktoren nennen, handeln nach dem berühmten Unternehmerwort vom „Herr im Hause sein“. — Dabei verdient Herr Direktor Schroetter nach der „Chorverbands-Zeitung“ mit diesen Absteher in einer Saison ca. 16 000 M.!

Hebrigens fanden sich auch in diesem Falle „Streifbrecher“. Vier Herren und drei Damen vom Düsseldorf'scher Stadttheater bildeten an Stelle der streikenden Kachener Künstler den Chor im „Heimchen am Meer“.

Die Zugeständnisse der „Gute Hoffnungs-Hütte“ an die streikenden Vergleute bestehen darin, daß dieselbe die alte Schicht bis zum 31. März weiter bestehen läßt. Während dieser Zeit soll bei der Bergbehörde der Antrag gestellt werden, daß die jetzt eine Stunde betragende Seilschiffahrt, „Sonderort“ auf 1/2 Stunden vergrößert werden darf. Wird dieser Antrag genehmigt und läßt sich die Abkürzung der Seilschiffahrt auf 1/2 Stunden auf Grund dieses genehmigten Antrages auch durchführen, dann tritt vom 1. März 1904 auch dieselbe Schichtzeit und Seilschiffahrt auf „Sonderort“ wie auf „Oberhausen“ I/II (Königsberg) ein. Läßt sich die Abkürzung der Seilschiffahrt nicht tatsächlich durchführen, dann tritt vorläufig, und zwar bis die neuen maschinellen Anlagen auf „Sonderort“ in Betrieb treten (etwa

# Lokales.

## Reichstags-Abgeordneter Rosenow.

Die Beerdigung unsres so plötzlich aus dem Leben geschiedenen Parteigenossen Emil Rosenow erfolgt Mittwochnachmittag 8 Uhr auf dem neuen Friedhof an der Magstraße in Schöneberg und zwar von der Leichenhalle dieses Friedhofes aus. Auswärtige Parteigenossen seien darauf aufmerksam gemacht, daß der Friedhof gegenüber der Siedingbahnstation C b e r s t r a ß e liegt.

## Die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Berliner Straßenreiner.

Das gewaltige Wachstum der Stadt Berlin hat eine ständige Vermehrung des Reinigungspersonals zur Folge. Während für das Etatsjahr 1902 benötigt wurden 113 Vorarbeiter, je 602 Arbeiter erster und zweiter Lohnklasse, 70 Arbeiter dritter Lohnklasse und 379 Arbeitsburschen, zusammen 1766 Personen, ist für 1903 das Personal um 30 Vorarbeiter, 10 Arbeiter und 38 Arbeitsburschen vermehrt worden. An Löhnen sind dafür 2219 789 M. oder 101 794 M. mehr wie im Vorjahre eingestellt. Die Lohnsätze betragen für die ältere Hälfte der Vorarbeiter 4,25 M., für die jüngere Hälfte 4,00 M.; Arbeiter der ersten Lohnklasse erhielten 3,75 M., der zweiten 3,50 M., der dritten 3,00 M. Die älteren Arbeitsburschen werden mit 2 M., die jüngeren mit 1,75 M. entlohnt, während die im Hauptdepot vorhandenen Handwerker 4,25 M. erhalten. An Kleidung wird gewährt alle acht Monate Drillichrock, Drillichhose, Tuchmütze und Halbinde und alle 12 Monate ein Gummitragen und für die Wintermonate eine Dose aus englischem Leder. Die Arbeitszeit war, wie der Geschäftsbericht hervorhebt, in der Regel eine achtstündige, bezüglich des Ruhegeldes ist insofern eine wesentliche Veränderung eingetreten, als durch Beschluß der Gemeindebehörden angeordnet ist, daß auf Antrag Ruhegeld-Empfänger, denen die vollen Bezüge durch die Bestimmungen des § 48 des Invalidengesetzes nicht gewährt werden können, als Ergänzung eine laufende Unterstützung bis zur Höhe der geschiedenen Mürzung und jedesmal auf eine begrenzte Zeit zu bewilligen. Es steht zu hoffen, daß die Gemeindebehörden diesen anerkennenswerten Beschluß auch auf die übrigen Arbeiter der städtischen Betriebe ausdehnen, wie denn überhaupt nur gewünscht werden kann, daß sich die anderen Verwaltungen in der Arbeiterfürsorge die Straßenreinigung zum Vorbild nehmen. Die Direktion der Gaswerke hat die überaus berechtigte Forderung ihrer Betriebsarbeiter auf Verkürzung der Arbeitszeit abgelehnt, und das aus Gründen, die jeder Verechtigter entbehren. Für die Straßenreinigung bildet die achtstündige Arbeitszeit bereits die Regel. Den Kanalisationsarbeitern hat man, trotz des Versprechens des Magistrats, auf einen dahingehenden Wunsch überall Arbeiter-Ausschüsse zu errichten und trotzdem die Arbeiter über ein Jahr darum bitten, bisher keinen Ausschuß gewählt. Den Ausschuß der Straßenreiner dagegen hat man — was auch den Intentionen des Gesetzgebers entspricht — sogar den Entwurf einer Arbeitsordnung berauben lassen. Hier also die Anfänge sozialpolitischer Verständnisses, während dort noch jede sozialpolitische Regelung vermißt wird. Trotzdem auch noch für die Arbeiter der Straßenreinigung viel zu thun bleibt, kann man sie in Bezug der Arbeitszeit und Löhne fast als die „Arbeitskronen“ unter den städtischen Arbeitern bezeichnen. Das bedeutet für die Stadt Berlin kein Lob.

Was Straßen kosten. In der Zeit vom 1. Oktober bis 31. Dezember 1903 sind vom Magistrat auf Grund von Verträgen oder richterlicher Entscheidung nicht weniger als 681 432 M. für Straßenland gezahlt worden. Für die Abtretung von 1263 Quadratmeter Terrain Alexanderstr. 12, das zum Teil zur Verbreiterung der Alexanderstraße gebraucht wird, sind den Leisinger Erben 577 065 M. gezahlt worden, nachdem im Enteignungsverfahren der Preis für das Straßenland festgesetzt worden war. Für die Abtretung von 79 Quadratmeter Straßenland vom Grundstück Alexanderstraße 12 a mußten nicht weniger als 64 455 Mark gezahlt werden. Für die Erwerbung von 90 Quadratmeter Straßenland Potsdamerstraße 30/30a sind dem Eigentümer, der rund 94 000 M. forderte, durch Urteil des Kammergerichts nur 8100 M. zugesprochen worden, wovon rund 4000 M. auf die Straßenbahn entfallen. Die Stadt hat mit den Jinsen etwa 6400 M. zu zahlen, spart also in diesem Falle. Jandorf u. Co. verlangten für 64 Quadratmeter Straßenland in der Bellealliancestraße 1/2 nicht weniger als rund 42 000 M. Durch Urteil des Kammergerichts wurden der Klägerin, die ihren Anspruch an den Baumeister Hr. Platon abgetreten hatte, nur 2000 M. zugesprochen. In diesem Falle hat die Stadt rund 40 000 M. gespart.

Neue Normaluhren. Der Berliner Magistrat beabsichtigt in diesem Jahre zu den bestehenden öffentlichen Normaluhren noch 17 neue Uhren in den verschiedenen Stadtteilen aufstellen zu lassen. Die Kosten für die Errichtung und Herstellung der Uhren sind zum Teil schon am 10. Mai 1900 von der Stadtverordneten-Versammlung bewilligt und mit 45 000 M. in den Etat eingestellt. Die Gesamtkosten sind mit 78 000 M. beantragt, so daß noch 33 000 M. in den Etat für 1904 eingestellt werden müssen. Der Stadtverordneten-Versammlung wird hierüber noch eine ausführliche Vorlage zugehen.

Landgerichtsrat Hermann Krede ist in ziemlich jungen Jahren plötzlich verstorben. Dieser preussische Richter verdient in seiner Zeit um deswillen hohe Beachtung, weil er eine durchaus selbständige und vornehme Natur war und Anschauungen zu vertreten wagte, mit denen er unter seinen Berufsgenossen ziemlich allein stand. Er war Anhänger der Freilandbewegung, stand auch dem Oberlieutenant v. Egiby sehr nahe und scheute sich nicht, für seine Ideen in öffentlichen Versammlungen einzutreten. Grund genug, ihm bei der Regierung und damit auch unter seinen wohlgesinnten Kollegen eine so bedenkliche Kummer zu geben, daß seiner Zeit sogar von einem Disziplinarverfahren gegen ihn die Rede war. Seit längerer Zeit hielt Krankheit diesen seltenen Richter vom öffentlichen Auftreten zurück. Ob in Berlin noch ein zweiter seinesgleichen vorhanden ist?

Fromme Spitzhaken. In manchen Kirchen ist es üblich, daß eine Anzahl von Gesangbüchern bereit gehalten wird, um sie leihweise denjenigen Besuchern zur Verfügung stellen zu können, die ohne Gesangbuch kommen. In einem hiesigen Markt hatte nun jemand durch ein Eingekauft seinem Unmut darüber Luft gemacht, daß in der Kaiser-Wilhelm-Gedächtniskirche Gesangbücher nur in geringer Zahl und nur vorn an der Kanzel ausgeliehen würden. Darauf antwortet jetzt in demselben Blatt eine „der Kirche nachsehende“ Persönlichkeit, die in der Kaiser-Wilhelm-Gedächtniskirche im Jahre 1897 vorhanden gewesen 200 Stück Gesangbücher hätten sich schon in zwei Jahren um 35 Stück vermindert, die von Kirchenbesuchern „aus Versehen“ mitgenommen worden seien. Da sei es begründlich, daß die Kirchenverwaltung Gesangbücher nur noch in geringer Zahl ausleihe, nur so weit, daß die Entleiher überhaupt werden können. Auf die Kreise, aus denen die Kaiser-Wilhelm-Gedächtniskirche Zulassung hat, wirft diese Antwort ein eigenartiges Licht. Es sind ja wohl die besseren und besten Schichten der Gesellschaft, die dort ihre Erbauung suchen.

Aus dem städtischen Obdach. Ein Trupp junger Kaufbolde zog Sonntagabend kurz vor 8 Uhr lärmend und singend die Fröbelstraße entlang und marschierte durch die Pforten des Obdachlosen-Ahls. In dem Augenblick, als diese zwanzig Burschen den Hof des Ahls betraten und sich zu den hunderten dort harrenden Obdachlosen gesellten, gab es eine merkwürdige Ueberraschung. Oben im dritten Stockwerk, wo sich die Geschlechtskranken-Station für Mädchen befindet, wurden die Fenster aufgerissen und im selben Augenblick hagelte es Pantoffeln, Fußhände und andern Hausrat auf die im Regen harrenden Obdachlosen herab. Auch etliche Fensterscheiben gingen in Trümmer. Ob diese Rebellen der Prostituierten mit dem provokatorischen Lärm der erwähnten Kaufbolde in Zusammenhang steht, wissen wir nicht und ist an sich ja auch gleichgültig.

nach drei Monaten), mit Wirkung vom 1. März 1904 ab diejenige Schichtzeit und Seilfahrtszeit in Kraft, welche jetzt schon mit Geltung vom 1. Februar 1904 in Aussicht genommen war. Mit Inbetriebnahme der neuen maschinellen Anlagen auf „Bonderort“ wird die Seilfahrtszeit auf 3/4 Stunden und dementsprechend der Anfang und das Ende der achtstündigen Schicht (§ 7 Absatz 1 Ziffer 1 der geltenden Arbeitsordnung) geregelt werden, so lange sich diese Dauer der Seilfahrtszeit mit dem Bedürfnis deckt.

Damit ist der Kampf zu Gunsten der Arbeiter entschieden. Verhoffentlich wird der Erfolg dadurch, daß die Kommission auch für die Zukunft anerkannt wird und Beschwerden vermitteln und Vorschläge zur Abhilfe machen soll. Die Direktion erklärt, daß Maßregelungen ausgeschlossen seien.

Am Sonnabend sah die Lage sehr bedenklich aus. Ohne Zugeständnisse der Direktion war zu befürchten, daß etwa 40 Seihen der Umgegend von Oberhausen sich der Bewegung anschließen. — Das schnelle Eingreifen der Bergbehörde bildet einen erfreulichen Gegensatz zu dem Verhalten der sächsischen Behörden in Crimmitschau.

## Nachklänge von Crimmitschau.

Der bekanntlich „unpolitische“ königlich sächsische Militärverein sah seiner Zeit ruhig mit an, daß die ihm angehörigen Fabrikanten seine Mitglieder mit der Kasse der übrigen Spinner und Weber aussperrte. Als dann die Fabrikanten die Fabriken wieder öffneten, verlangte er von seinen ausgesperrten Mitgliedern die bedingungslose Wiederaufnahme der Arbeit. Jetzt schließt er diejenigen als Sozialdemokraten aus, die dieser tapferen Parole seiner Zeit nicht Folge leisteten.

Das Vorgehen der Fabrikanten gegen den Textilarbeiter-Verband übersteigt mit der Zeit das Maß dessen, was man noch in parlamentarischen Formen kritisieren kann. So ging der Leitung des Verbandes in Crimmitschau folgendes Schriftstück zu:

Crimmitschau, 2. Februar 1904.

Spinner- und Fabrikantenverein Crimmitschau.  
Ortsgruppe Crimmitschau des Verbandes  
von Arbeitgebern der sächsischen Textilindustrie  
zu Chemnitz.

Herrn Albin Hecht, hier.

Hierdurch teilen wir Ihnen mit, daß die Quittungsbücher der Arbeiter von morgen, Mittwoch, vormittag ab Ihnen zum Ausfüllen der fehlenden Marken und Bescheinigung des Austritts durch die betreffenden Firmen nach und nach vorgelegt werden. Die Bücher werden als Eigentum der Arbeiter betrachtet und müssen uns zurückgebracht werden, um sie zur Verfügung der betreffenden Arbeiter halten zu können.

Achtungsvoll

Der Vorstand des Spinner- und Fabrikantenvereins  
Lukas Schmidt, Vorsitzender.

Der Vorstand des Textilarbeiter-Verbandes hat sich darauf jede Einmischung der Herren in seine Geschäftsführung verboten. Die Herren dürften denn doch zu schwach sein, dem Verband das feine Maßgrat zu brechen.

## Ausland.

Die Differenzen in der Diamantindustrie entwickeln sich, wie es scheint, jetzt doch zu einem ersten Kampf. Wie aus Entwürfen berichtet wird, haben die Zulieferer dort in ihrer Versammlung am Freitag einen Antrag, mit der Arbeiterorganisation weiter zu verhandeln, abgelehnt und beschlossen, am Montag Lehrlinge in die Fabriken zu bringen. Damit ist der Krieg erklärt. Auch wurde eine Delegation ernannt, die das Rohstoff-Syndikat in London ersuchen soll, keinen rohen Grundstoff mehr auf den Markt zu bringen.

Die Streikbrecher von der Hafnarbeiter-Aussperrung in Stockholm haben sich jetzt, wo die Unternehmer sich nach Abschluß des neuen Tarifvertrages mit ihren alten Arbeitern genötigt sehen, die zu entlassen, eine eigene Organisation gegründet, einen Vertrauensrat gewählt und beschlossen, einen Arbeitsnachweis zu errichten. Der Vertrauensrat soll „an die nichtsozialistischen Arbeitgeber mit der Bitte um Unterstützung herantreten“. — Hinter dieser Streikbrecher-Organisation stehen offenbar eine Anzahl Schiffszeder, die vielleicht die Absicht haben, einen neuen Konflikt heraufzubekommen. In einigen bürgerlichen Blättern sucht man Mitleid wahrzunehmen für die braven Arbeitswilligen, die nun, nachdem sie den Unternehmern zehn Monate lang mit Hundstrenue gedient haben, wieder ihrer Wege gehen müssen. Sie haben aber, wie die Unternehmer selbst behaupten, während der ganzen Zeit gut verdient, da für die unzureichende Zahl von Arbeitswilligen fast immer mehr als genug Arbeit vorhanden war und sich die Arbeitslosigkeit, unter der die Hafnarbeiter sonst jedes Jahr während mehrerer Monate zu leiden haben, nur wenig fühlbar machte.

Die Maler in Göteborg befinden sich in einer Lohnbewegung. Die Meister haben die Vorschläge zu einem neuen Tarifvertrag abgelehnt; die Gehilfen haben jedoch beschlossen, ihre Forderungen aufrecht zu erhalten und den Meistern anheimgestellt, Delegierte zu einem Verhandlungsausschuss zu ernennen.

Bei der Charlottenburger Gewerkschafts-Kommission gingen für die ausgesperrten Crimmitschauer Textilarbeiter folgende weitere Beiträge ein:

A. Auf Listen gesammelt: Maurer durch Wille 4,10. Bauhilfsleiter Falter 7.—. Dieß, Progress Charl. 22,30. Bauhilfsleiter Falter 6.—. Gef. d. Riffal 4,90. Gef. d. Kammor 10,95. Zimmerer d. Wille 5.—. Roter d. Schubert 6,90. Zimmerer und Maurer d. Photogr. Gesellschaft Steglitz 8,70. Kneze, Schleiferer 8,25. Arbeiter d. Firma D. Grobe 23,85. Gef. d. Bergmann 6,65. Gef. d. Krüger 12,90. Schmiede d. Menge 15,85. Bauhilfsleiter Falter 5,50. Maler d. Drämer 13,40. Gef. d. Grieger 5,50. Maler d. Hemming 3,10. Maler d. Feige 5,35. Gef. d. Dieß 6,50. Gef. d. Brüssel 5,40. Zimmerer d. Scheib 1.—. Gef. d. Barzel 4,25. Gef. d. Krede 8,05. Gef. d. Sonnenberg 6,30. Gef. d. Schulz 7.—. Durch Unterdrück 21,75. Durch Hanke 7,35. Handlungsges. d. Löwenberg 9,55. Tischlerei Pech, Juchusch 10,10. Gef. d. Vollbrecht 6,10. Gef. d. Kapalle 6.—. Möbelfabrik R. Schulz u. Comp., 3. Rate 18,90. Motorenfabrik Daimler 32.—.

B. Sonstige Zuweisungen: Maler Van Reijner, Rixdorf, 2. Rate 4,50. Verbotene Zellerfassung d. ewang. Arbeiterverein 6,33. Ortsverein der Gehilfen des Charl. 15.—. Amerik. Mission 5. Rosenthal 6. Fabrikant Charlottenburg 28.—. Maler Van Reijner, Rixdorf, 3. Rate 3,50. Ein Student für die Crimmitschauer 3.—. Gef. auf dem Rasenball der Handels- u. Verkehrsarb., Charlottenburg 4,65. Gef. d. Restaurateur Kohn, Kleischtrahen-Gde 5,68.

In Summa 403,01 M. Bereits quittiert 2874,70 M. Gesamtsumme 3277,71 M.

Die Listeninhaber werden ersucht, dieselben sobald als möglich bei Franz Jost, Ballstr. 68, abzuliefern.

Gewerkschafts-Kommission Charlottenburg.

## Berliner Partei-Angelegenheiten.

Rixdorf. Die Parteigenossen verweisen wir auf die heute Mittwochabend 8 1/2 Uhr bei Diehl, Vergstr. 161, stattfindende Mitgliederversammlung des Wahlvereins, in welcher Genosse Albrecht über „Die preussische Kulturverschwendung und die revolutionären Strömungen in Preußen“ referieren wird. Wir ersuchen die Parteigenossen, für regen Besuch der Versammlung Sorge zu tragen.

Ober-Schöneberg. Der Wahlverein hält Mittwochabend 8 1/2 Uhr seine Mitgliederversammlung ab. Tagesordnung: Vortrag über die preussische Landgemeinde-Ordnung, Diskussion und Vereinsangelegenheiten. Die Versammlung findet bei Stauffach, Wilhelmshofstraße 18, statt. Zahlreiches Erscheinen der Gäste und Mitglieder erwartet.

Der Vorstand.

Für die Zustände in dem städtischen Institut ist der Vorstand bezeichnend und unwillkürlich erhebt sich die Frage, warum immer nur dort und fast nie im Asyl des Asylvereins in der Bienenstraße unter den Obdachlosen Ausschreitungen vorkommen. In der Bienenstraße geht alles in Ruhe und Ordnung zu; in das städtische Asyl dagegen kann ein noch nicht gänzlich verkommener Obdachloser, wie die Schilderungen unrer Parteigenossen Augustin und Hoffmann zeigen, sich nur mit Grauen hineinwagen. Der hier mitgeteilte Vorgang spricht vor allem dafür, daß die Geschlechtskrankenstation aus dem Obdachlosen-Asyl entfernt werden muß.

Der Verein ehemaliger Heilstätten-Pfleglinge schreibt uns: Unter der Stichmarke „Heilstätten-Pfleglinge, Geisteskranken und Socialdemokratie“ brachte die „Post“ in ihrer Nr. 34 einen Artikel, der sich auf eine von uns am 17. Januar in den „Vorwärts“ eingelegte Anzeige bezog. Der in diesem Inserat angelegte Rasenball erlitten der Phantasie des Scharmacherblattes als ein bestialisches Wüten gegen unsre eigne Gesundheit, als eine Orgie, auf welche hin, wie die „Post“ sich ausdrückte, wir ins Gras beißen müßten. Das Blatt mag die kürzlich aus dem Kölner „Grenzland“ geschilderten Vorgänge vorgeahnt haben; bei uns stehen nach dem von uns abgehaltenen jahnen Vergnügen die Dinge so, daß noch kein Vereinsmitglied der „Post“ den Gefallen getan hat, das Zeitliche zu segnen. Uebrigens ist es eine närrische Annahme, daß der Zweck unsrer Vereinsgründung das Lachen sei. Wir haben aus unsrer Tasse schon häufig bedürftige Mitglieder unterfüßt und werden in diesem Wirken fortfahren, unbekümmert darum, ob das Scharmacherblatt albane Entrüstung markiert. Wenn dies Blatt aber nun einmal meint, daß es berufen sei, Tugend und Enthaltsamkeit zu predigen, so möge es sich in solchem Thun zunächst bei der ihm näher stehenden goldnen Jugend versuchen und erst, wenn es den letzten verbummelten Studenten befehrt hat, bei der Arbeiterkassette mit dem Moralprediger beginnen.

Ein Straßenschild. Am Sonntag fuhr in der zweiten Nachmittagsstunde ein Brauerwagen die Charlottenburger Chaussee unter bedenklichen Umständen hinunter. Sowohl der Kutscher als der Mitfahrer waren schwer betrunken und schliefen auf dem Bod. Jeden Augenblick schien es, als ob sie herabstürzen würden. Das Publikum machte einen Schußmann auf die Gefahr aufmerksam und der Beantw. schritt mit der imponierenden Ruhe, die einen Schußmann auszeichnet, auf das Gefährt zu. Inzwischen aber hatte schon ein Kutscher den Bierwagen angehalten. Auch der Schußmann erreichte allmählich den Wagen und ergriff nun die am Boden liegende Leine, um das Fuhrwerk nach der nächsten Polizeistation zu bringen. Obgleich ein Herr aus dem Publikum den Beamten darauf hingewiesen hatte, daß es notwendig sei, die schlafenden Bierfahrer zu wecken, damit sie die Gefährlichkeit der Situation begreifen lernten, ließ der Mann die Leute ruhig weiter schlafen. Bald trat denn auch ein, was befürchtet worden war: der Kutscher fiel vom Bod herab und kam zwischen Wagen und Pferd zu liegen. Zum Glück waren die Verletzungen beim Fall gering und der Betrunkenen konnte wieder auf den Wagen geladen werden. Als das Fuhrwerk vor der Polizeiwache hielt, begaben sich einige Personen mit nach oben, um die näheren Umstände der Angelegenheit zu Protokoll zu geben.

Vom Schicksal ereilt wurde das „jüdische Ehepaar“, das hier in Berlin auftrat und zuletzt in Charlottenburg ein gemietetes Zimmer zur Nachtzeit austräumte. Der Mann gab sich als Monteur aus und hatte nach langer Trennung den Besuch der liebenden Gattin aus Bernburg erhalten. Von hier hatten sich die Liebsteite nach Magdeburg und dem nahen Burg begeben. Hier wurden sie, als man ihnen auf Grund einer Zeitungsnachricht scharf auf die Finger sah, bei einem Diebstahl abgefaßt. Wie hier in Berlin gleich angenommen wurde, ist es kein Ehepaar, vielmehr der Arbeiter Witow und die unberechtigete Ubrecht, seine Frau. Beide haben eine Anzahl Diebereien eingestanden.

Den Abfah von Damenwäsche veranlaßten gestern zwei junge Burschen in der Volkstraße am Bahnhof Börse. Dort hielten sich unerkannt mehrere Polizeibeamte auf, die den mit G. S. und L. S. gezeichneten Vorrat sowie eine wollene Jacke mit dem Zeichen „Jäger früh auf — Garde-Jägerbataillon 1. Kompagnie“ an sich nahmen. Hinsichtlich des rechtlichen Erwerbes der Sachen, die die jungen Leute gekauft haben wollen, bestehen Zweifel. Deswegen werden die Eigentümerinnen etwa gestohlene Wäsche gebeten, ihre Ansprüche im Zimmer 36 des Polizeipräsidiums geltend zu machen.

Sammlerfest. Nach langjährigen Diebereien wurde in seiner Wohnung in der Reibstrasse der Geschäftsführer Julius F. verhaftet. Er trat vor 18 Jahren als Lehrling bei einer Kunsthandlung in der Leipzigerstraße ein und arbeitete sich zum Geschäftsführer empor. In dem Geschäft wurden fortwährend Diebstähle an der Kasse und an Kunstgegenständen ausgeführt, ohne daß der Thäter ermittelt werden konnte. F. verdächtigte stets die Angestellten des Geschäfts, und dabei blieb es. Eine Kassiererin, bei der die Kontrollkässe einmal nicht stimmte, hegte Verdacht gegen den Geschäftsführer und stellte ihm eine Falle, indem sie ein gezeichnetes Zwanzigmarsstück in die Kasse legte. F. konnte nicht widerstehen und wurde auf diese Weise entlarvt. Nach der Festnahme wurde bei ihm Hausdurchsuchung gehalten. Dabei wurden in Kisten verpackt viele gestohlene Kunstgegenstände im Wert von 8000 M. zu tage gefördert. Er räumte ein, daß er seit zwölf Jahren insgesamt etwa 600 solcher Diebstähle ausgeführt habe.

Ein tragischer Vorfall hat sich Sonntag in Wilmersdorf ereignet. Im Quergebäude des Hauses Uhlendstr. 70 wohnt die junge Witwe Prochnow mit ihrem einjährigen Söhnchen. Die Frau war als ruhige und fleißige Person im Hause, in dem sie schon lange wohnte, bekannt. Mit ihrem Schlafburschen unterhielt sie ein Verhältnis, das nicht ohne Folgen blieb, obgleich Frau Prochnow es allen gegenüber, die sie deswegen befragten, energisch abgelehnte. Sonntagmorgen nun klopfte der kleine Prochnow an die Thür der Nachbarin und erzählte schluchzend, seine Mutter läge im Wirt und antworte ihm nicht. Man folgte ihm in das Zimmer, fandte schließlich nach einem Arzt und fand bei näherem Nachsuchen in der Stube in einem mit Wasser gefüllten Blechimer die Leiche eines neugeborenen Kindes. Während die Nachbarin über der Leiche des kleinen Kindes gebengt stand, starb im Zimmer nebenan die Mutter, die heimlich das Kind geboren hatte. Es wird angenommen, daß die Frau das Kind umgebracht hat. Die Leichen sind beschlagnahmt worden.

In dem angeblichen Vattenmord in Charlottenburg erfahren wir, daß sich der Verdacht gegen den Arbeiter Grünberg, den Tod seiner Frau durch schwere Mißhandlungen herbeigeführt zu haben, durch die Untersuchung verstärkt hat. Gegen Grünberg schwebte bereits ein Verfahren wegen Mißhandlung seiner Ehefrau. Da der Beschuldigte zu dem festgesetzten Verhandlungstermin nicht erschien, war seine Verhaftung beschlossen worden. Bevor jedoch die Festnahme des G. stattfand, erfolgte der Tod seiner Ehefrau unter den geschilderten eigenartigen Umständen. Der Wirt des Arbeiters hörte, wie in der Wohnung gelärmt wurde, und als er, um Ruhe zu gebieten, das Zimmer des Ehepaars betrat, fand er die Frau brennungslos quer über dem Bett liegend. Die Behauptung des Grünberg, seine Frau sei in der Trunkenheit gefallen und habe sich dabei die Verletzungen zugezogen, hat nach dem Befund der Leichenchau keine Bestätigung gefunden.

Feuer im königlichen Schauspielhaus. Immer mehr bricht sich die Erkenntnis Bahn, daß die transportablen elektrischen Beleuchtungs-einrichtungen weit gefährlicher sind als man früher anzunehmen berechtigt war. Vorgestern Abend kam im königlichen Schauspielhaus während der Vorstellung — es wurde „Margarete“ gegeben — auf der Bühne Feuer aus. Ein Seitenvorhang (Gardine) über einer elektrischen Linie, die einer Birne Strom gab, fing Feuer. Die anwesende Feuerwache bemerkte die Gefahr und erlöschte die Flammen, ohne daß vom Publikum etwas bemerkt wurde.

Mit einer schweren Gehirnerschütterung wurde gestern Abend eine unbekannte, etwa 50-jährige Frau in das Krankenhaus am Urban eingeliefert. Die Verunglückte passierte gestern Abend gegen 1/10 Uhr die Solmsstraße und versuchte an der Ecke der Gneisenstraße ummittelbar vor einem Straßenbahnwagen der Linie Marheineke-Platz-Moabit den Fahrdamm zu überschreiten. Die Frau wurde von der Vorderplattform des Motorwagens erfasst und zu Boden gerissen. In betäubungslosem Zustande wurde sie nach der Unfallstation in der Belle-Alliancestraße und von dort nach dem Krankenhaus am Urban gebracht.

**Ueber den Ursprung der Syphilis.** Die seit Jahrhunderten viel erörterte Streitfrage, ob die Syphilis eine schon im Altertum bekannte oder eine neuzeitliche Krankheit der europäischen Kulturwelt ist, wurde auf dem von der Berliner Ortsgruppe der Deutschen Gesellschaft zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten veranstalteten Vortragsabend von Dr. J. van Bloh, der diese Frage in seinem grundlegenden Werke über den „Ursprung der Syphilis“ neuerdings mit den Hilfsmitteln der modernen Wissenschaft zu lösen versucht hat, in sehr interessanter Weise behandelt. Im Beginn des Vortrages wies der Redner auf die große praktische Bedeutung der Frage hin, da die sichere Erkenntnis des neuzeitlichen Ursprungs der Syphilis auch die Hoffnung auf endgültigen Erfolg in der Bekämpfung und Ausrottung dieser Seuche bedeutend fördere und den Beweis liefere, daß keinerlei geschlechtliche „Sünden“ oder Laster sie hervorgerufen hätten. Redner verbreitete sich sodann über den unendlichen Segen einer systematischen Volksaufklärung hinsichtlich des Wesens und der Gefahren der Geschlechtskrankheiten und ging dann zu dem eigentlichen Thema, der Mitteilung seiner Forschungen über den Ursprung der Syphilis, über. Nach Bloh lassen sich für eine Existenz der Syphilis im Bereich der alten Welt während des Altertums und Mittelalters keinerlei Beweise beibringen. Weder bei den antiken noch den mittelalterlichen Schriften findet sich die geringste Erwähnung der Syphilis. Auch hat man niemals einen syphilitischen Knochen aus diesen Epochen aufgefunden. Das erste Auftreten der Syphilis von epidemischer Form knüpfte sich an den Feldzug Karls VIII. von Frankreich nach Italien in den Jahren 1494 und 1495. Redner schilderte die Umstände, die die plöbliche Verbreitung dieser ersten Syphilis-Epidemie begünstigten, besprach die näheren Einzelheiten derselben und ging dann zu einer Darstellung des eigentlichen Ursprungs der Syphilis über, die, wie er in überzeugender Weise nachwies, aus Central-Amerika, speziell Haiti, durch die Mannschaft des Kolumbus nach Spanien eingeschleppt worden ist, wofür als Hauptbeweismittel die Berichte des Arztes Diaz de Isla, des Schriftstellers Oviedo, des Bischofs Las Casas und anderer mitgeteilt wurden. Auf der anderen Seite brachte der Redner einwandfreie Zeugnisse für das Bestehen der Syphilis auf dem Festlande von Amerika in der Zeit vor Kolumbus bei, wo in Mexiko bereits eine wissenschaftliche Medizin sich entwickelt hatte, und schilderte sodann die Ausbreitung der Syphilis in der alten Welt, wo sie überall als eine neue Krankheit in bösartiger Form auftrat. Großes Interesse erregten die Ausführungen des Vortragenden über die kulturgeschichtliche Bedeutung der Syphilis als spezifischer Krankheit der Neuzeit sowie die zum Schluß gegebenen hoffnungsvollen Aussichten auf das endgültige Verschwinden der Krankheit, an das schon Männer wie Virchow geglaubt haben.

Es wurde mitgeteilt, daß die diesjährige Jahresversammlung der Deutschen Gesellschaft am Sonntag, den 6. März, vormittags 11 Uhr, im Berliner Rathaus stattfinden werde.

**Die Tierbestände des Berliner Aquariums** sind durch Ankäufe und Zuzugenden wieder mehrfach bereichert worden, und zwar in erster Linie die Abteilungen der Wirbeltiere. Gleich die oberste Ordnung, die der Affen, welche durch die vorhandenen Menschenaffen einen großen Anziehungspunkt bildet, hat durch einen von Frau Ottilie Meyer-Guben überwiesenen Affen eine neue Anschaffung erhalten. Der neue Gast gehört zu einer westafrikanischen, von den Händlern „Mangabeh“ genannten Gruppe, deren verschiedene Arten aber noch nicht genügend auseinander gehalten und auch hinsichtlich ihrer geographischen Verbreitung noch nicht ausreichend festgestellt sind. Vielfach werden sie mit den bekannten langschwänzigen Meeraffen in einer Gattung vereinigt, als deren größte und stärkste Form sie gelten dürfen. Herr Bernhard Berlin überhandte dem Aquarium eine ganze Anzahl jener im südöstlichen Asien heimischen Labrynthische, welche wegen ihres reichen Flossenwerkes „Großflosser“ genannt werden. Eine interessante Erweiterung besteht in sechs Stück einer bisher im Aquarium noch nicht geeigneten Species Schildkröten, die im südlichen China zu Hause ist und nur selten zu uns gelangt. Sie gehören einer dem südöstlichen Asien eigenen Gattung (Cyclemys) an, die wie unsere gewöhnliche Sumpfschildkröte in der Wasserhülle dröten zählt.

**Der Berliner Zoologische Garten** hat jetzt zum erstenmal eine Pfeifdrösel erworben, die im neuen Vogelhaus, gegenüber dem Papageien, in einem verglasten Flugraum untergebracht ist. Dieser prächtige, vom Himalaja stammende Vogel ähnelt in seinem Äußeren unserer Schwarzdrösel, ist aber viel ansehnlicher, da er an Größe einer Turtleibente etwa gleichkommt. Die Färbung ist ein tiefes, metallisches Schwarzblau, das an Kopf und Flügelbug etwas heller erscheint; der Schnabel ist gelblich, längs der Fiste schwarz; die Ansellfigur deutet schon darauf hin, daß die Pfeifdrösel sich viel am Boden, auf dem sie hurtig schrittweise dahinkläuft, unter dichtem Gebüsch aufhält. Diese vorrechte Lebensweise bringt es wohl mit sich, daß diese Art nur sehr selten lebend zu uns gelangt. Eine tonleiterartige Reihe von Pfiffen bildet den Gesang dieses Vogels.

**Das Passage-Theater** hat sich etwas darauf zu gute, seinem Publikum mit Käsefen zu kommen. Nach Ago, dem Rotomädchen, und der grauenhaften Einrichtung eines weiblichen Besens kommt jetzt eine problematische Natur männlichen Geschlechts an die Reihe. Es ist dies der Pöcherpieler To To, der angeblich eine Puppe sein soll, aber mit so lebhaftem Gefühl eine junge Dame auf der Bühne begleitet, daß man ob seiner Künstlichkeit bange wird. Berufener Leute als wir mögen die Zweifel zu lösen suchen. Weiter machen die Spezialitäten wie immer im Passage-Theater buntes Meise. staum ein Fach, das nicht auf der Bühne vertreten ist, und zumeist in vorzüglicher Nummer. Die Amerikanerinnen Madge und Kelly Perry sind vorzügliche Gesangs- und Tanzkünstlerinnen, die Geschwister Strach mächtige Rollschuhläufer, Lertion und Egerton ausgezeichnete Turner. Einen Kompositionskongreß läßt der Verwandlungskünstler Fred Edlavi auftreten und der Gesangshumorist Will Prager kommt mit bekannten Schlagern. Diesen Künstlern reichen sich andre nicht minder tüchtige an und besonders die holde Gesangskunst findet in Quantität und zuweilen auch in Qualität eine Pflege, wie kaum auf einer andern Spezialitätenbühne.

### Aus den Nachbarorten.

**Rixdorf.** Der Magistrat hat die Vorberatung des städtischen Etats für 1904 nunmehr beendet und für das neue Steuerjahr folgende Gemeindesteuern in Vorschlag gebracht: Zuschlag zur Städteinkommensteuer 130 Proz. (bisher 150 Proz.); Gemeinde-Grundsteuer 2,90 M. pro Tausend des gemeinen Wertes; 200 Proz. Zuschlag zu der vom Staate veranlagten Gewerbesteuer; Umsatzsteuer 1 Proz. des Umsatzwertes der bebauten und 2 Proz. der unbebauten Grundstücke. Warenhaus-, Betriebs-, Luftverkehrs-, Bier- und Hundesteuer werden in gleicher Höhe wie im Vorjahre erhoben.

**Das Schöneberger Gewerbegericht** hat zum dem Entwurf über die Kaufmannsgerichte Stellung genommen. In einer Ausschussung wurde beschlossen, dem Reichstag eine Petition zu überreichen, in welcher acht Abänderungen der Regierungsvorlage beantragt werden. Zunächst wird verlangt, daß die Frage der Vorständen im Sinne des Gewerbegerichtsgesetzes geregelt wird und daß Rechtsanwälte beim Kaufmannsgericht nicht zugelassen werden. Ferner sollen Magistratsmitglieder, die im Auftrag des Magistrats ein kaufmännisches Geschäft betreiben, als Vorstände fungieren

dürfen, sowie auf Verlangen beider Parteien Klagen, die zu der Zuständigkeit beider Gerichte gehören, zusammengezogen werden. Streitigkeiten aus der Konkurrenzklause sind unbedingt dem Kaufmannsgericht zu unterstellen. Den weiblichen Angehörigen ist das aktive und passive Wahlrecht zu geben, ebenso soll die Wahl der Richter im Sinne des Gewerbegerichtsgesetzes erfolgen. Sodann wird verlangt, daß in Städten über 20 000 Einwohnern ein Kaufmannsgericht errichtet werden soll.

**Aus Spandau.** In der Stadterordneten-Versammlung brachte unser Parteigenosse Ding zur Sprache, daß die Baukontrolle von der städtischen Baupolizei nur mangelhaft geübt werde. Er forderte eine wirksamere und aufmerksamere Beobachtung der bestehenden Arbeiterlohnbestimmungen durch die behördlichen Organe. Der Verkauf der Predigergräben wurde gegen den ausdrücklichen Protest der sozialdemokratischen Fraktion beschlossen, und zwar mit der Begründung, daß die Stadt Geld brauche. Dabei kann Spandau sehr leicht schon in aller nächster Zeit in die Lage kommen, für eigene Verantwortlichkeiten ein Grundstück in derselben Gegend teuer kaufen zu müssen. Bei der Beratung des Antrages J. v. Gen. betreffend Veränderung der Geschäftsordnung in einem rein formalen Punkte nahm Genosse Nieger die Gelegenheit wahr, der bürgerlichen Mehrheit einige ihr unangenehme Wahrheiten über das Verhalten einzelner der ihrigen und über die Handhabung der Geschäftsordnung überhaupt zu sagen. Genosse Ding beantragte, den Beginn der Sitzungen von 4 auf 5 Uhr nachmittags zu verlegen. Da die Versammlung die Reformbedürftigkeit der jetzigen Geschäftsordnung auch in zahlreichen anderen Punkten anerkannte, wurde diese ganze Angelegenheit einem siebenköpfigen Ausschuss zur Vorberatung überwiesen.

**Mangel an Lehrstellen.** Der Magistrat von Charlottenburg ersucht uns um die Aufnahme folgender Mitteilung: Ein Mangel an geeigneten Lehrstellen ist am städtischen Arbeitsnachweis Charlottenburg hervorgerufen. Insbesondere erhalten Schlosser-, Tischler- und Maurermeister daselbst Lehrlinge nachgeholt, ebenso wie Rechtsanwälte, Notare, Gerichtsvollzieher usw. auf Zuweisung von Schreibschülern rechnen können. Von sonstigen Berufen, für welche sich zum bevorstehenden Ostertermin Lehrlinge gemeldet haben, sind zu erwähnen: Lötzer, Lackierer, Steinbrüder, Köche, Gärtner, Fleischer, Friseur. Die Vermittlung am städtischen Arbeitsnachweis Charlottenburg (Kirchstr. 5) ist für beide Teile unentgeltlich.

**Die Sawower Eisenbahnkatastrophe,** bei welcher der Lokführer des Verlagsbuchhändlers Kirmse-Halensee und ein junger Mechaniker ihr Leben einbüßten, hat der Potsdamer Staatsanwaltschaft Veranlassung gegeben, gegen den Eisenbahnwärter Adolf Steinberg aus Berlin ein Verfahren wegen fahrlässiger Tötung einzuleiten.

**Pankow.** In der letzten Sitzung der Gemeindevertretung beantragte Gemeindevorsteher Voltz, Erhebungen darüber anzustellen, ob es gemäß § 53 des Kommunalabgaben-Gesetzes angängig sei, die Stadt Pankow zu den Schullasten der Gemeinde Pankow heranzuziehen. Der Antragsteller wies darauf hin, daß Weihensee und Rixdorf im gleichen Sinne vorgegangen seien. Gemeindevorsteher Gottschall erwiderte, daß diese Erhebungen bereits im Gange wären und er zur Zeit der Vertretung das Resultat mitteilen werde. In der nun folgenden Diskussion stellten sich sämtliche Redner, auch die unserer Partei, auf den logischen Standpunkt, daß nichts gegen die Stadt Pankow zu unternehmen sei. Wenn wir auch in der kommunalen Verwaltung getrennt seien, so bilden wir doch ein Groß-Berlin. Berliner Lehrer und andre Berliner Beamte, welche in den Vororten wohnen, könnten andernfalls leicht gezwungen werden, nach Berlin zu ziehen. Auch die Berliner Krankenhäuser, auf welche wir angewiesen sind, könnte man uns verschließen; die wirtschaftliche Entwicklung von Groß-Berlin beweise, daß wir ein Ganzes bilden. Es wurde beschlossen, die Erhebungen fallen zu lassen.

**Pankow.** Die Gehälter der Gemeindebeamten und Volksschullehrer sind nunmehr auf folgender Basis geregelt worden. Es erhalten die Gemeindefunktionäre als Anfangsgehalt 2100 M. gegen 1800 M. der früheren Gehaltskala; ihr Gehalt steigt bis 3700 M. Die Assistentengehälter sind um 200 M. erhöht und die der Unterbeamten um 100 M. Der Standpunkt, die früheren Dienstjahre der älteren Beamten nicht anzurechnen, ist aufgegeben worden. Das Grundgehalt der Lehrer ist von 1300 auf 1400 M. erhöht; zu diesem Gehalt kommen noch 450 M. Wohnungsgeldzuschlag. Das Gehalt der Lehrerinnen ist von 1100 M. auf 1200 M. erhöht worden. Durch diese Erhöhung der Gehälter wird der Gemeinde-Etat jährlich um 13 750 M. mehr belastet.

**Reinickendorf.** Die Gemeindevertretung hatte sich in ihrer letzten Sitzung mit der Frage zu beschäftigen, ob die Arbeitszeit der Bureaubeamten von acht auf sieben Stunden zu verkürzen sei. Ein Vertreter der ersten Wählerklasse, Herr Dr. Berliner, brachte für die Arbeitszeitverkürzung einige Argumente vor, die am Ende für industrielle Arbeiter, welche 10 oder 11 Stunden in staubiger Fabrik schaffen müssen, gut zu verwerthen sind. Er führte an, daß durch größere Intensität und Arbeitsfrische in sieben Stunden daselbst je leisten sei wie jetzt in acht Stunden. Der Antrag wurde abgelehnt. Ein Antrag, die Umsatzsteuer für unbebaute Grundstücke von 1 Prozent auf 2 Prozent zu erhöhen, fand Annahme. Die Vertretung beschloß ferner, für die Gemeinde-Schullehrer das Anfangsgehalt auf 1300 M. zu belassen, die Alterszulage von 200 auf 250 und die Wohnungsgeld-Zulage von 400 auf 500 M. für verheiratete, von 270 M. auf 350 M. für unverheiratete Lehrer zu erhöhen. Für die sieben Lehrerinnen wird das Gehalt von je 1000 M. auf 1100 M., die Alterszulage von 100 auf 125 M. und die Wohnungsgeld-Zulage auf 350 M. erhöht. Für die Gemeinde beträgt die Mehrausgabe zusammen 9681 M. Gleichfalls wird die Wohnungsgeld-Zulage für die Gemeindebeamten entsprechend erhöht.

**Ober-Schöneweide.** Mit einer wichtigen Tagesordnung hat die Gemeindevertretung sich in ihrer heute nachmittags 5 Uhr in der Säulaula stattfindenden öffentlichen Sitzung zu befassen. Es steht zur Beratung die Erhöhung der Zahl der Stadterordneten und die Bewilligung von 110 000 M. für Kirchenbauten.

**In Posen** steht eine Polizeiliste die Bevölkerung in Aufregung. Am Sonntagabend hielt der Gesangsverein „Freie Sänger“ im Lokal von Käfer seinen Maskenball ab. Keiner der Besucher ahnte etwas Arges, bis der Polizeibeamte Zane ein seltsames Interesse für das Vergnügen bekundete und vor dem Eingang nachrichtlich einzog, ob die Besucher auch mit Karten versehen seien und von wem sie in diesem Falle solche erhalten hätten. Um zehn Uhr füllte sich der Hofraum des Lokals plötzlich mit Gendarmen und Polizisten. Was war geschehen? Hatte man es in den freien Sängern mit der Räuberbande des seligen Karl Moor zu thun oder war die Posener Polizei sonst einem verächtlichen Verbrechen auf die Spur gekommen? Die erstaunten Besucher des Vergnügens wurden bald aufgeföhrt. Der erwähnte Polizeibeamte verkündete, daß er im Auftrage seiner Vorgesetzten komme, um den Maskenball unter allen Umständen aufzulösen, denn hier ströme alles zu und anderwärts sei gar nichts los; es wären auch an Richtmitleider auf der Straße Eintrittskarten verkauft worden. Die Einwendungen der Festbesucher halfen nichts; man mußte sich der Polizeigewalt fügen und in dem tröstlichen Bewußtsein nach Hause gehen, daß die Polizei zwar harmlosen Leuten die Laune verdorben, zu gleicher Zeit jedoch an ungewollter Agitation gegen die heutige Ordnung der Dinge ausgezeichnet geleistet hatte.

### Vermischtes.

**Feuersbrunst in Baltimore.** Wieder kommt aus Amerika die Nachricht von einem schweren Brandunglück: In dem Stadtteile, in dem die großen Manufakturwarenhäuser sind, ist Sonntag eine

Feuersbrunst ausgebrochen. Das Feuer brach morgens in der Nähe der Station der Baltimore und Ohio-Bahn aus, von wo es sich in nordwestlicher Richtung verbreitete. Das Hauptgeschäftsviertel der Stadt ist zerstört. 600 Häuser sind bereits niedergebrannt. Das Feuer verbreitet sich nordwärts und bedroht die katholische Kathedrale sowie die John Hopkins-Universität. Aus Philadelphia und Washington trafen Feuerwehrgesellschaften in Sonderzügen um 8 Uhr abends ein. Die Flammen greifen jetzt auch in östlicher Richtung über. Der Bürgermeister empfahl, zwei Straßenviertel mit Dynamit in die Luft zu sprengen, um ein weiteres Umsichgreifen der Flammen zu verhindern. Die Sprengung wird jetzt ausgeführt. Die Feuerwehreinrichtungen sind machtlos. Die Milch ist zur Aufrechterhaltung der Ordnung einberufen worden. Der Feuerschaden wird auf 50 Millionen Dollar geschätzt. — Innerhalb zwei Stunden wurden 70 Geschäftshäuser vernichtet. Acht Feuerwehrlente wurden getötet. Zahlreiche Personen erlitten Verletzungen. Das ganze Geschäftsviertel der Stadt scheint der Vernichtung geweiht zu sein. Heute in früher Morgenstunde wüthete das Feuer immer noch. Zwanzig Häuserblocks des Geschäftsviertels sind zerstört, darunter mehrere öffentliche Gebäude. Der Brand ist eine der größten Katastrophen, die das Land heimgesucht haben. Der bis Witternacht angerichtete Schaden wird auf mehr als 40 Millionen Dollar geschätzt.

Baltimore liegt im Staate Maryland, hat einen guten Hafen und ist nach der Einwohnerzahl die sechste Stadt der Vereinigten Staaten. Infolge seines Handelsverkehrs hat es eine überaus schnelle Entwicklung genommen. Seine Einwohnerzahl stieg von 267 854 im Jahre 1870 auf 508 959 im Jahre 1900. Seitdem hat seine Bevölkerungsziffer noch rapide zugenommen.

Ein weiteres Telegramm vom Montag meldet: Seit dem großen Brande von Chicago im Jahre 1871 ist in den Vereinigten Staaten keine solche Feuersbrunst mehr erlebt worden, wie diejenige, von welcher jetzt Baltimore heimgesucht ist und die noch ungeschwächt fortbrennt. Die Gebäude, die zerstört sind, bedecken zusammen 60 Acres Land. Der bisher entstandene Schaden wird mit etwa 50 Millionen Dollar angenommen. Das Zollhaus, Post- und Theatergebäude, sämtliche Zeitungsdruckereien und viele Warenlager sind dem Feuer völlig zum Opfer gefallen. Auch das Stadthaus steht in hellen Flammen. Sonderzüge brachten die Feuerwehren von Washington, Philadelphia, New York und andern Städten hierher. Doch sind alle Bemühungen gegenüber dem wüthenden Feuermeere vergeblich, das gleich einer Flutwoge von zweihundert Fuß Höhe die Straßen entlang segt, an den himmelhohen Wolkenträgern hinaufsteigt und sie gleich Streichholzstäbchen verzehrt. Heute früh halb sieben Uhr sprang der Wind um und trieb die Flammen der Wasserseite der Stadt entlang, so daß jetzt auch deren südöstlicher Teil bedroht ist.

**Opfer des Alpenports.** Ein Telegramm aus Garmisch meldet: Zwei seit dem 1. Februar auf der Zugspitze vermisste Touristen wurden gänzlich erschmettert einige hundert Meter unterhalb der Wiener-Kneipstütte hinter der Ruhdenegrube aufgefunden. Beide waren von Sachverständigen vor der Tour einbringlich gewarnt worden. Die Leichen der Vermissten die gestern Abend nach Ehrwald gebracht wurden, sind rekonstruiert worden: es sind der Sohn eines Wäldermeisters Zimmermann und der Sohn eines Brauereibesizers Reiter aus Ingolstadt; beide studierten an der Technischen Hochschule in München.

**Kalesund.** Der Dampfer „Phönix“ ist Sonnabendabend von der Hilfsaktion nach Kalesund in den Hamburger Hafen zurückgekehrt. Direktor Wolff von der Hamburg-Amerika-Linie empfing die Teilnehmer der Expedition und sprach ihnen für ihre aufopfernde Thätigkeit seinen warmsten Dank aus. Aus den Berichten der Heimgekehrten geht hervor, daß die an sie herangetretenen Anforderungen recht groß waren, jedoch erfolgreich gelöst wurden.

**Barbier- und Friseurhilfen.** Die städtische Versammlung am Mittwoch, den 10. Februar, abends 10 Uhr, bei Bugenhagen am Rixplatz: Die Freigabe der drei zweiten Feiertage.

**Ueber die freie Arztwahl und das Schicksal der Krankenkassen** hält Herr Dr. med. Prager, Wittmoosend 87, Uhr, in Grödel Central-Bibliothek, Alte Jakobstr. 32, einen öffentlichen Vortrag. Der Eintrittspreis beträgt 20 Pf.

### Eingegangene Druckschriften.

Von der „Neuen Zeit“ (Stuttgart, Dietz Verlag) ist soeben das 19. Heft des 22. Jahrganges erschienen. Aus dem Inhalt des Heftes heben wir hervor: Antonio Labriola. — Überhand Revolutionäres. Von Karl Kautsky. 1. Gedanken gegen die Konsequenzen des proletarischen Regimes. — Die Arbeiterbewegung in modernen Japan. Von Gullas Gellert. (Fortsetzung). — Die Einkommensverteilung in Oesterreich. Von Dr. Fritz Winter. — Die Krankerversicherung in Basel-Stadt. Beitrag zur Frage der freien Arztwahl oder Kassenärzte. Von Dr. J. Herz (Herkau). — Literarische Rundschau: Dr. G. Roth, Die Beschäftigten zwischen Stadt und Land in gesundheitlicher Beziehung und die Sammlung des Landes. Von Dr. G. Wagner. Hubert Rüd, Der unerschöpfte Socrates. Von P. Das Geschichtliche in der Jugendliteratur. Von H. Tr.

Die „Neue Zeit“ erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Postämtern und Kolportage zum Preise von 3,25 M. pro Quartal zu beziehen. In der Zeitungspreisliste der Postämtern ist die „Neue Zeit“ unter Nr. 3575 eingetragen; jedoch kann dieselbe bei der Post nur pro Quartal abnominiert werden. Das einzelne Heft kostet 25 Pf. Probenummern stehen jederzeit zur Verfügung.

Von der „Gleichheit“, Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen (Stuttgart, Dietz Verlag), ist uns soeben die Nr. 4 des 14. Jahrganges zugegangen. Aus dem Inhalt dieser Nummer heben wir hervor: Die Hausindustrie II. Von ad. hr. — Die Konjunktionslosigkeit und die Frauen des arbeitenden Volkes. Von Simon Kapstein (Berlin). — Zur Lage der Heimarbeiterinnen in Oösterreich. Von Anna Scholz. — Aus der Bewegung. — Feuilleton: Verta. Von Guy de Maupassant. Deutsch von Wilhelm Thal. — Notizen: Zur Lage in Grimschau. — Welche Fabrikinspektoren. — Soziale Gesetzgebung. — Gewerkschaftliche Arbeiterinnenorganisation. — Vereinstreik der Frauen.

Die „Gleichheit“ erscheint alle 14 Tage einmal. Preis der Nummer 10 Pf., durch die Post bezogen beträgt der Abonnementspreis vierteljährlich ohne Postgebühr 35 Pf., unter Kreuzband 85 Pf.

Die **Fachnachnummer des „Wahren Jacob“** ist soeben erschienen. Aus dem Inhalt derselben erwähnen wir die beiden farbigen Bilder „Das Schachmatt von vorne und von hinten“ und „In der Waschküchle der deutschen Sozialreform“ sowie die Illustrationen „Unter Kameraden ganz egal“, „Die neueste Finanzreform“, „Denkmalsteine“, „Fischingszoologie“, „Eine Königskrönung“, „Konservative Sozialpolitik“, „König und Kari“, „Mitternachts“, „Nationalliberal“, „Bälows Rede“, und „Von Föhling bis Mitternachts“. Der textliche Teil der Nummer bringt die Gedichte „Der Spul in der Wilhelmstraße“, „Grimmischau“, „Das Rilsch“, „Des Kampfes Ende“, „Der Rarr der Rarren“, „Der Zukunftsauf“, „a. Einem“, „Tutiz-Ungeleser“, „Der Ohlpei der Sozialreform“ und außer zahlreichen kleineren Beiträgen noch die größeren Feuilletons „Stammische des Regiermeisters a. D. Burstler in München“, „Das Kiental“ und „Uniformveränderungen“. Der Preis der 12 Seiten starken Nummer ist 10 Pf.

**Hans Zeilmann.** Das Streitverfahren in den Reichs-Verkehrsgerichten. Zweite gänzlich umgearbeitete und verbesserte Auflage. 320 Seiten. — **Karl Lang.** Die Rechtspflege zum Krankenversicherungs-Gesetz. Textausgabe des Gesetzes mit einer Sammlung der auf dem Gebiete der Krankenversicherung vom Jahre 1899 ab ergangenen Entscheidungen des Reichsgerichts, der Ober-Vermaltungsgerichte, Verwaltungsgerichtsstände sowie zahlreicher anderer Gerichte und Verwaltungsbehörden. 172 Seiten. Beide im Verlage der Arbeiter-Versorgung u. Tröschel, Berlin-Grünental 1904.

**Musee Social.** Annales No. 1, Janvier 1904. Memoires et Documents No. 1 Janvier 1904. Editeur: Arthur Rousseau, Paris, 14, Rue Soufflot et Rue Touillier, 13.

### Briefkasten der Redaktion.

**Strolach.** Wenden Sie sich an den Vorsitzenden der Offenbacher Frauenfasse, B. Ditz, Feingestr. 66.

### Briefkasten der Expedition.

**Reform 26.** Wollen Sie und Ihre genaue Adresse angeben.

